13. JAHRGANG
ISSN 1436-0675
EINZELPREIS 7,- DM
D4356F

Nr. 3/98

Rassismus Biologismus

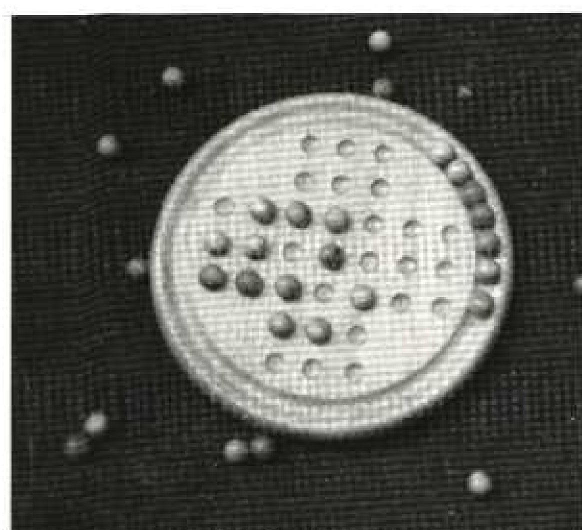
die randschau
ZEITSCHRIFT FÜR BEHINDERTENPOLITIK



...und:

ABSCHIED AUS DER RED. - Abomann Ralf geht ◆ ABSCHIED VON DEN SORGENKINDERN? - zu AK Sorgenkind ◆ ABSCHIED VOM JAMMERN? - LeserInnenbriefe!!! ◆ ABSCHIED VON MENSCHEN... - Nachrufe





Solitaire

Wer springt am besten? Das ist hier die Frage! Ein prima Kopf-Zerbrech-Spiel für alle, die gern verzwickte Probleme lösen.

Die 32 Spielsteine gruppieren sich um ein freibleibendes Loch in der Mitte des Spielbrettes. Ziel ist, möglichst wenig Spielsteine auf dem Feld übrigzulasen. Man entfernt einen Stein, indem man ihn überspringt. Übersprungene Steine sind aus dem Spiel zu nehmen. Übersprungen werden kann ein Stein, wenn hinter ihm ein Loch frei ist. Erlaubt ist dabei nur, waagerecht oder senkrecht zu springen, nicht diagonal oder übers Eck. Die auf dem Spielbrett übriggebliebenen Steine - also alle die, die man nicht mehr überspringen kann, zählen als Verlustpunkte, denn gewonnen hat derjenige, der nur noch einen Spielstein auf dem Feld übrigläßt. Ein höherer Schwierigkeitsgrad ergibt sich, wenn der übriggebliebene Stein genau in der Mitte des Spielbrettes plaziert werden kann.
(Nach einer Spielanleitung)

Rassismus
Biopolitik

HALLO!

Hier sind wir wieder, mittlerweile mit unserer 3. Ausgabe. Diese Mal jedoch in veränderter Zusammensetzung: Ralf Datzer hat sich dazu entschlossen, seine Arbeit als randschau-Redakteur an den Nagel zu hängen. Unser **neuer Verantwortlicher für die Abos ist deshalb ab sofort Martin**. Das bedeutet, daß sich (mal wieder) eine Adresse bei uns ändert. Wer ein Abo der randschau haben möchte, möge sich bitte an

ABO!
Martin Seidler,
Memelweg 17
53119 Bonn
Fax.: 0228/9875427
e-mail:
m-g.seidler@t-online.de

wenden (Achtung! Auch diese Adresse ist neu, da Martin umgezogen ist!!) Wir hoffen, daß wir diese Umstellung schnell und ohne größere Schwierigkeiten bewältigen können und Neu-Abos in Zukunft prompt und zuverlässig bearbeitet werden.

An dieser Stelle möchten wir uns auch mal bei allen AbonnentInnen der Cassettenversion für die miserable Qualität der letzten beiden Ausgaben entschuldigen! Wir sind wirklich bemüht, diesen Zustand zu ändern. Eine unserer Überlegungen in diesem Zusammenhang ist, ob es nicht sinnvoller wäre, das Ganze auf Kaufcassetten umzustellen. Zu einem konkreten Ergebnis sind wir bisher jedoch noch nicht gekommen, und wir freuen uns daher auch über Verbesserungsvorschläge von Eurer Seite. Ändern werden wir aber auf alle Fälle etwas.

Leider haben wir im Nachhinein festgestellt, daß unser Vorwort der letzten Ausgabe nicht allgemein verständlich war. Deshalb hier ein paar Worte zur Erklärung:

Also: Daß ISL an einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit uns nicht interessiert ist, scheint so nicht zuzutreffen. Vielmehr handelte es sich hierbei um ein gegenseitiges Mißverständnis, das wir aufdecken und klären konnten. Wir wollen es daher nicht weiter breittreten bzw.-fahren.

Nun zum Dauerbrenner Aktion Sorgenkind (AS). Für uns ist Aktion Grundgesetz (AG) letztlich nichts anderes als eine Geldwaschanlage für AS: AS hat die Kohle und alle machen mit. Was sonst sollte ISL, die Lebenshilfe, den Reichsbund, den VdK und noch etliche andere, so sehr vereinen? Daß AS bei AG die entscheidende Rolle spielt, zeigt sich bereits daran, daß sie auf Plakaten u.ä. immer an erster Stelle und als einzige Organisation namentlich genannt wird. Und der vielbeschworene Einfluß von ISL und anderen auf AS langt noch nicht einmal dafür, dieses zu ändern und wenigstens nach außen hin eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zu demonstrieren. Und wo sind die großen Veränderungen, von denen alle reden? Etwa daß AS bzw.AG mit alten Sprüchen, die aus der KrüppelInnenbewegung stammen, hausieren geht? Oder vielleicht das Logo von AG, das dem der AS zum Verwechseln ähnlich sieht? Das einzige, das sich wirklich geändert hat, ist, daß wir plötzlich die Chance haben, Geld von AS zu bekommen, was früher nicht der Fall war. Endlich, nach langen Jahren der Entbehrung, können auch KrüppelInnen an Macht und Einfluß teilhaben, haben die Möglichkeit, sich wenigstens einen Teil ihrer (Polit-)Wünsche zu erfüllen. War der wahre Grund dafür, daß AS vor nicht allzu langer Zeit in der KrüppelInnen- und Behindertenbewegung auf breite Ablehnung gestoßen ist, etwa nur der blanke Neid und der Zorn darüber, nichts vom Kuchen abzubekommen? Hätten sie uns vielleicht auch damals schon kaufen können, wenn sie nur gewollt hätten? Oder steckte nicht doch mehr hinter der Kritik von früher? AS hat massiv Aussondereinrichtungen finanziert, und Humangenetische Beratungsstellen. Sie hat das Bild von KrüppelInnen als bemitleidenswerte Geschöpfe, die stets unterwürfig und dankbar zu sein haben, geprägt, wie sonst keineR. Und das alles soll auf einmal vergeben und vergessen sein, nicht mehr zeitgemäß? Es geht jedoch um viel mehr, als um eine nichtbewältigte Vergangenheit (mal unterstellt, daß dies alles tatsächlich der Vergangenheit angehören sollte, was wir bezweifeln): Es geht um Vertrauen und um Glaubwürdigkeit, die Basis für eine gute Zusammenarbeit. Beides erfüllt AS im Hinblick auf eine Behindertenpolitik in



Foto: Jutta Harbusch



unserem Sinne nicht. Es bleibt ein bitterer Beigeschmack und ein ungutes Gefühl, wenn ausgerechnet AS zur „KrüppelInnenbefreiungsorganisation" mutiert und sich für die Gleichberechtigung von KrüppelInnen und NichtkrüppelInnen stark macht. Dafür braucht es viel mehr als ein paar nette Plakate und viel Geld und Macht.

Nun noch kurz zu der aktuellen Ausgabe:

Wir haben dieses Mal gleich zwei LeserInnenzuschriften bekommen, die wir Euch nicht vorenthalten wollten. Andererseits konnten wir sie aber auch nicht so stehen lassen. Deshalb haben wir uns für den Mittelweg entschieden und jeweils einen Stellungnahme der Redaktion dazu abgegeben. Das bedeutet nun aber nicht, daß wir in Zukunft alle Reaktionen unserer LeserInnen nur kommentiert abdrucken werden!

Wie wichtig übrigens mal wieder eine Rassismus/Biologismusausgabe ist, in der Aussonderungsmechanismen und -strukturen beleuchtet werden, stellten wir bei unserem letzten Redaktionstreffen fest, als wir fassungslos vor dem Radio saßen und im Deutschlandfunk beinahe eine Stunde lang einen kritisch aufgemachten, letztlich aber sehr positiven Bericht über Peters Singers Entwurf einer neuen „zeigemäßen" Ethik anhörten, bei der Singer sehr oft selbst zu Wort kam. Grausen überkam uns, als immer wieder über „die Heiligkeit allen menschlichen Lebens" gespöttelt wurde, als wenn es das Selbstverständlichste wäre, dieses endlich in Frage zu stellen und die „veralteten" Ethik-Theorien den praktischen Bedürfnissen der heutigen Zeit anzupassen. Wird es tatsächlich langsam salonfähig, sich öffentlich über und mit Peter Singer (u.a.) und dessen menschenverachtenden Thesen zu reden? Wir befürchten es.

P.S. Noch zwei gute Nachrichten:

1. Es ist uns gelungen, ein bißchen Geld von einer Stiftung für eine Gebärdendolmetscherin aufzutreiben (was unsere Arbeit sehr erleichtert),

und 2. ist die randschau jetzt eine „richtige" Zeitschrift mit ISSN-Nummer, das bedeutet u.a., daß wir in öffentlichen Schlagwortverzeichnissen auftauchen und damit leichter gefunden werden können.

RALFS NACHWORT:

Hallo, zum Abschied von der Verwaltung der randschau hier ein paar Zeilen von mir. Die Verwaltung der randschau wird jetzt nach Bonn zu Martin verlegt, ich steige aus, dies hat viele Gründe, wie zum Beispiel die Schwierigkeit mit einer schweren Sehbehindertung Verwaltungsarbeit zu machen, meine chaotische Lebensituation, meiner Perspektivensuche usw... die eine Verwaltungstätigkeit sowieso erschwert, zum Amderen die immer gleiche Tätigkeit, die jemand für gewisse Zeit machen sollte. Bitte erleichtet weiterhin der Verwaltung die Arbeit. Es ist auf jedenfall genug. Schreibt lesbar, gebt Eure Abo-Nr. an, wendet Euch ans zuständige Resorts, denkt daran, dies ist ein selbstorganisiertes Projekt und kein Dienstleistungsunternehmen.

RALF

NÄXTES...

4/98 Schwerpunkt: Behinderung und Krankheit

verantwortlich:

Heike Lennartz	UND	Tanja Muster
Foorthkamp 53 F		Buntentorsteinweg 463
22419 Hamburg		28201 Bremen
Tel.&Fax:		Fax: 0421/872 91 54
040/520 98 28		eMail: Tanuschka@aol.com

Redaktionsschluß: 5.November 1998

VORSCHAU...

1/99 KrüppelInnen im geschichtlichen und kulturellen Vergleich





Einführung der Sterbehilfe durch die Hintertür

Ende Juli hat das Oberlandesgericht Frankfurt eine Entscheidung mit dem Aktenzeichen 20 W 224/98 getroffen, deren Konsequenzen noch nicht absehbar sind.

Unter Berufung auf dem Paragraphen 1904 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der vorsieht, daß "die Einwilligung des Betreuers in eine Untersuchung des Gesundheitszustandes, eine Heilbehandlung oder einen ärztlichen Eingriff ... der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts [bedarf], wenn die begründete Gefahr besteht, daß der Betreute auf Grund der Maßnahme stirbt oder einen schweren gesundheitlichen Schaden erleidet" - eine Bestimmung, die also eindeutig auf die Lebenserhaltung bzw. die Verbesserung des Gesundheitszustandes der betroffenen Person abzielt - haben die Richter nun exakt das Gegenteil entschieden. Sie leiteten daraus ab, daß das Vormundschaftsgericht auf Betreiben des Betreuers auch einer lebensbeendenden Maßnahme - etwa den Abbruch der künstlichen Ernährung - zustimmen kann; eine "kreative Interpretation deutscher Gesetze" nennt dies Klaus-Peter Görlitzer in der taz vom 23.7.98. Begründet wird diese paradoxe Auslegung mit einer behaupteten "planwidrigen Unvollständigkeit" des Gesetzes, einer Lücke, die zu schließen sei. Scheinbar logisch wird argumentiert, wenn das Gericht die Amputation von Gliedmaßen genehmigen darf, dann dürfe es auch die Amputation des Lebens genehmigen. Der Behandlungsabbruch, so argumentieren die Richter, sei mit einer Risikooperation durchaus vergleichbar.

Da der Gesetzgeber zwar jüngst das Betreuungsrecht geändert, aber zu dieser Frage kein Wort gesagt hat, schlüpften die Richter hier kurzerhand in die Rolle des Ersatz-Gesetzgebers und schufen mit ihrer (Präzidenz-)Entscheidung Tatsachen, in dem sie sich im Wege der Analogie die Zuständigkeit geben, den Tod einer Koma-Patientin zu genehmigen.

Bekanntlich wird bei der Frage der Sterbehilfe meistens mit dem Interesse der betroffenen Person argumentiert, für die das (Weiter-)Leben an "Maschinen" eine Qual darstelle, welche beendet werden müsse. Bewußt ausgespart wird, daß "es ... oft auch um die Reduzierung der Kosten [geht], es geht um Organe und um eine Gesellschaft im Jugendrausch, die Krankheit und Sterben nicht ertragen und deshalb abschieben und beenden möchte", wie Michael Emmrich es treffend in der Frankfurter Rundschau vom 23.7.98 formuliert. Daher muß unbedingt rechtzeitig und eindringlich auf mögliche Folgen des Urteiles hingewiesen werden:

❙ Es ist zu befürchten, daß Vormundschaftsgerichte zukünftig beispielsweise auch darüber entscheiden, ob bei Koma-PatientInnen die Nahrungszufuhr eingestellt werden darf. Da aber Medizin und Hirnforschung derzeit noch keine konkreten Prognosen für Koma-PatientInnen abgeben können, warnt der Selbsthilfeverband der „Schädel-Hirnpatienten in Not" davor - das wäre Mord. Die Erfahrung seines Verbandes lehre nämlich, daß „mehr als die Hälfte der betroffenen Koma-PatientInnen oft noch nach Monaten und Jahren in Schule, Beruf und Familie wieder eingegliedert werden", so der Vorsitzende des Verbandes Armin Nentwig.

◆ Es wäre denkbar, daß der Gesetzgeber den Gerichten im Zuge der Kostendämpfung den Auftrag gibt, immer pro Sterbehilfe zu entscheiden.

◆ Bei zunehmender Finanzknappheit könnte das OLG-Urteil die Grundlage dafür geschaffen haben, das "Horrorszenario" schlechthin realisierbar zu machen: Daß die Euthanasie-Forderungen auch auf weitere (vorgeblich leidende) Patientengruppen ausgeweitet werden: auf Kranke mit fortgeschrittener Alzheimer-Demenz oder auf sog. Schwerstbehinderte mit großem Assistenzbedarf.

(Quellen: FR, 23.7.98; taz, 23.7.98; SZ, 24.7.98 [teilweise wörtliche Übernahme von Textpassagen])

Rückführung in den sicheren Tod?

Mensch mit spinaler Muskelatrophie soll(te) abgeschoben werden

Mitte Juli 1998 schlug die "Interessengemeinschaft behinderter und nichtbehinderter Studierender an Bochumer Hochschulen" (IbS Bochum) Alarm: Der 27jährige behinderte Kriegsflüchtling Mevludin Suljic soll in den nächsten Tagen nach Bosnien-Herzegowina abgeschoben werden, da seine Aufenthaltserlaubnis abgelaufen ist. Für den jungen Mann, der seit vier Jahren in Bochum lebt, ist aufgrund seiner Behinderung ständige medizinische Betreuung überlebenswichtig. Wegen einer schweren Form der spinalen Muskelatrophie ist er seit seinem 10. Lebensjahr ständig auf die Nutzung eines Elektrorollstuhls sowie auf persönliche Assistenz angewiesen. Seine Eltern können wegen ihres fortgeschrittenen Alters und ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigung die notwendige Pflege und Unterstützung nicht mehr leisten.

Mevludin Suljic hat einen Platz im Studienkolleg und ein behindertengerechtes Zimmer für das kommende Wintersemester in Münster, ein Stipendium ist beantragt.

Die IbS Bochum hat die Härtefallkommission des Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß Mevludin Suljic in Deutschland bleiben kann, denn mit einer Abschiebung in das ehemalige Jugoslawien wäre sein Leben existentiell bedroht, da dort die nötige medizinische Spezialversorgung nicht gewährleistet ist. Außerdem wäre die notwendige technische Wartung und Ersatzteilversorgung für medizinische Hilfsmittel (z.B. Elektrorollstuhl) äußerst schwierig.

Trotz der Bitte der Härtefallkommission, keine „aufenthaltsbeendenden Maßnahmen" durchzuführen, bis sie über den Fall beraten hat, händigte die Ausländerbehörde der Stadt Bochum dem jungen Mann am Freitag den 31.07. eine Grenzübertrittsbescheinigung aus, mit der er aufgefordert Deutschland bis zum 14.08. verlassen zu haben.

Die behinderten Studierenden haben eine Unterschriftensammlung initiiert und riefen zu Solidaritätsaktionen für ein Bleiberecht für Mevludin Suljic auf (Download: www.cebeef.com). Sie haben sich inzwischen zusätzlich an den Petitionsausschuß des Landtages NRW gewandt und wollten die Unterschriften im Laufe des Monats August dort vorlegen.

Kontakt: Interessengemeinschaft behinderter und nichtbehinderter Studierender an Bochumer Hochschulen (IbS Bochum), Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus 037, Universitätsstrasse 150, 44801 Bochum, Tel: 0234 / 7 00 - 23 93, Fax: 0234/ 70 94- 4 60, e-

mail: ibs-kontakt@ruhr-uni-bochum.de

"Schwangerschaft ohne Selektion" (S. o. S.)

Die diversen - inzwischen fast schon routinemäßig angewandten - Untersuchungsmethoden der pränatalen Diagnostik bedeuten in ihrer Konsequenz Selektion: Ein Befund, der auf eine Krankheit oder Behinderung hindeutet, führt in 99% aller Fälle zu einem Schwangerschaftsabbruch, da das Kind *so* (d. h. mit einer sog. Normabweichung) nicht erwünscht ist.

Ausgehend von dieser Realität hat Autonom Leben e. V. (AL) in Hamburg damit begonnen, eine Informations- und Unterstützungsstelle für Frauen und Männer aufzubauen, welche die "Qualitätskontrolle" durch pränataldiagnostische Untersuchungen ablehnen. (Es ist den InitiatorInnen wichtig klarzustellen, daß ein Schwangerschaftsabbruch keineswegs generell abgelehnt wird: Frauen sollen entscheiden können, ob sie ein Kind wollen oder nicht; diese Entscheidung soll jedoch nicht aufgrund bestimmter Eigenschaften des erwarteten Kindes getroffen werden.)

In der geplanten Einrichtung, die "Schwangerschaft ohne Selektion" genannt wurde, soll eindeutig über die gesellschaftlichen Gefahren der pränatalen Diagnostik und deren Folgen informiert sowie eine klare Stellung dagegen bezogen werden; auch Unterstützung bei der Realisierung dieser Position im Alltag soll ein Hilfsangebot sein. - Dies ist ein in Deutschland bislang einmaliger Ansatz, den es unbedingt zu unterstützen gilt!

Da die Finanzierung des Projekts noch unklar ist, wurde zunächst damit begonnen, entsprechendes Info-Material zu erstellen.

Kontakt: "Schwangerschaft ohne Selektion", c/o Autonom Leben e. V., Langenfelder Str. 35, 22769 Hamburg, Tel. 040/ 43290149, Fax: 040/ 43290147.

(Demnächst ist auch eine Hörcassette eines Mitschnittes zu S. o. S. von Radio St. Paula bei genannter Adresse zu beziehen. Bei Interesse bitte einen adressierten und ggf. frankierten Umschlag und eine C 90-Cassette zusenden!)

Pflegeversicherung: Umverteilung der Kosten auf dem Rücken von Menschen mit Behinderungen

Mensch kann gar nicht oft genug über die katastrophalen Auswirkungen der Pflegeversicherung auf Menschen mit Behinderungen schreiben.

In Niedersachsen wurde jetzt ein Schreiben von Herrn Ramms aus dem dortigen Sozialministerium bekannt, das besagt, daß Menschen in Pflegestufe III künftig nicht mehr in Eingliederungs-, sondern in reine Pflegeeinrichtungen verwiesen werden.

In einem Schreiben von Elke Bartz, Vorsitzende des Forums selbstbestimmter Assistenz behinderter Menschen, an Karl Finke, Behindertenbeauftragter von Niedersachsen, führt sie die Konsequenzen dieser Entscheidung aus: "Das Schreiben verdeutlicht, daß Menschen gegen ihren Willen, ausschließlich aus Kostengründen, von einer Anstalt in die nächste manövriert werden sollen. Das erinnert stark an einen Güterbahnhof, auf dem die Container platzsparend - weil kostengünstig - gelagert werden müssen. Doch hier handelt es sich nicht um Waren, sondern um Menschen. Diese Befürchtungen (als Menschen mit Behinderungen mehr und mehr aus der Gesellschaft ausgesondert und in Anstalten abgeschoben zu werden), scheinen sich zu bewahrheiten. Das grundgesetzlich verankerte Benachteiligungsverbot und das Recht auf Freizügigkeit wird so auf übelste Weise ad absurdum geführt."

Kontakt: Forum selbstbestimmte Assistenz Behinderter, c/o Elke Bartz, Nelkenweg 5, 74673 Mulfingen, Tel. 07938/515, Fax: 07938/8538, e-mail: g.bartz@LINK-CR.bawue.cl.sub.de

Bundestag zu Gebärdensprache

Erstmals gab es Konsens der Parteien in einem Ausschuß des Deutschen Bundestages zum Thema „Gebärdensprache": Im Ausschuß für Arbeit und Soziales wurde am 5. Mai(!) 1998 beschlossen, daß es sich „bei der Schriftsprache, Lautsprache, lautsprachbegleitende Gebärden und der Gebärdensprache um gleichberechtigte Kommunikationsformen handelt."



Foto: Kassandra Ruhm

Nun müssen daraus auch die Konsequenzen gezogen und der Beschluß über ein Gesetz verbindlich und „wasserdicht" gemacht werden.

Näheres im Internet unter der Adresse

http://selbsthilfe.seiten.de/bv/nw3 in der Rubrik „Aktuelle Gleichstellungs-Infos"

Kölner Zentrum für selbstbestimmtes Leben ist umgezogen

Das ZsL Köln bittet uns darum, seine neue Adresse weiterzugeben: An der Bottmühle 2-15, 50678 Köln. Die Telefonnummer (0221/32 22 90) und die Faxnummer (0221/32 14 69) bleiben unverändert gültig.

Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen in Mainz hat sich vergrößert

Einen erfreulichen Mitarbeite-rInnenzuwachs hat das ZsL Mainz zu vermelden: statt früher fünf arbeiten nun 11 Personen in vier Projekten und in teilweise neuen Räumen. Bei den Arbeitsbereichen handelt es sich um

- ◆ Grundlegende Beratung zur Eingliederung behinderter Menschen in das Arbeitsleben, BEA
- ◆ Peer Counselling in Behinderteneinrichtungen
- ◆ Koordinierung und Beratung behinderter Frauen in Rheinland-Pfalz, KOBRA
- ◆ Unterstützung beim eigenständigen Wohnen für körper- und sinnesbehinderte Menschen, UWO

Nähere Informationen

- zu den ersten beiden Projekten: Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen Mainz e. V., Rheinstraße 4F, Fort-Malakoff-Park, 55116 Mainz, Tel. 06131/ 146743, Fax: 06131/1467444, e-mail: zsl@mainz-online.de

- zu "KOBRA" und "UWO": ZsL Mainz, Am Zollhafen 8, 55118 Mainz, Tel. 06131/ 618671, Fax: 06131/618672.

Archiv für Sozialgeschichte der Behindertenbewegung sucht alte und neue Materialien

Christian Bönschen bittet uns, noch einmal auf sein Archiv hinzuweisen, das in der Geschichtswerkstatt Dortmund neue Räumlichkeiten bekom-

men hat und die Archivarbeit ausbauen will. Das Ziel der Arbeit ist es, Geschichte aus einem anderen Blickwinkel betrachten zu können: die Lebenszusammenhänge der sogenannten "kleinen Leute", also der Frauen und Männer in ihrem Alltag, in ihren familiären, gesellschaftlichen und beruflichen Beziehungen zu dokumentieren und einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. (Mittlerweile arbeitet das Archiv mit verschiedenen Schulen, Universitäten und Dokumentationszentren zusammen.)

Zur Erweiterung des Bestands bittet er um die Zusendung alter und neuer Verbands- und Vereinsrundschreiben, Bücher und Broschüren, Informationsblätter, Diplomarbeiten, Fotos, Privatnachlässe, Erfahrungsberichte, Plakate, etc.

Die Adresse: Archiv für Sozialgeschichte der Behindertenbewegung, c/o Christian Bönschen, Wellinghofer Str. 44, 44263 Dortmund (Hörde), Tel. 0231/412242, Fax: 0231/417312

Kasseler Bürgerpreis wird an Apartheitsbefürworter und Euthanasieanhänger verliehen

Eigentlich wäre der Kasseler Bürgerpreis "Glas der Vernunft", mit dem sich die Stadt alljährlich eine positive Erwähnung in der überregionalen Presse sichern will, nicht erwähnenswert, doch dieses Jahr wurde der Südafrikaner Christaan Barnard als Preisträger nominiert. Er wird diesen trotz heftiger Proteste seitens der Antifa und der Behindertenbewegung am 4. Oktober 1998 in Empfang nehmen.

Die Proteste gegen Barnard - er bewies 1967 die Machbarkeit des Organtransfers, indem er zum ersten Mal eine Herztransplantation durchführte, und machte damit einen neuen Zweig der Hightech-Medizin marktfähig - entzünden sich an eindeutig befürwortenden Aussagen zum damaligen Apartheitsregime und zu Euthanasie. So sagte er beispielsweise in einem Interview mit der burischen Sonntagszeitung "Rapport" zum Umgang mit dem politischen Gegner: "Südafrika muß zweifellos seine Feinde ermorden. ... Ich selbst habe Mitgliedern der Regierung die Namen von ein paar Leuten gegeben, die meiner Meinung nach eliminiert werden sollten." (Rapport, 5.8.79, zitiert nach epd, 7.8.79). Zum Thema "Euthanasie" heißt es in seinem Buch "Glückliches Leben - Würdiger Tod" (Hestia Verlag 1981): "Es geht ... in erster Linie nicht um die Diagnose des Todes, sondern um die Entscheidung, was man einem Menschen noch als 'Leben' zumuten darf und was nicht." An anderer Stelle dieses Buchs beschwert er sich über die seiner Meinung nach falsche Selektion des potentiellen Kanonenfutters im Krieg: nicht "Alte, Kranke und Asoziale" ständen in vorderster Front, sondern die "Jungen und Gesunden".

Nebenbei bemerkt: In den 80ern enthüllte Barnard, daß die Herztransplantation hätte früher vorgenommen werden können, wäre das Spenderherz nicht "schwarz" gewesen (taz, 17.6.91). ...

Für eine Protestkampagne ist es jetzt zu spät; dennoch hier die Geschäftsstellenadresse: Glas der Vernunft, c/o Kasseler Sparkasse, z. Hd. Frau Homburg, Wolfsschlucht 9, 34117 Kassel, Tel. 0561/7124-221, Fax: 0561/7124-627.

(Quelle: Brüche, Linke Zeitung aus Kassel, Nr. 48/April 1998)

Aufgeschoben, aber nicht aufgehoben:

Die Ratifizierung des umstrittenen Menschenrechtsübereinkommen des Europarats zur Biomedizin ist erst einmal, d. h. für diese Legislaturperiode, vom Tisch. Wie die randschau berichtete, haben sich im Bundestag zwei fraktionsübergreifende Gruppen gegen bzw. für die Unterzeichnung gebildet, die zahlenmäßig nicht genau definierbar waren. Deshalb erschien der Bundesregierung eine Abstimmung zu riskant.

In der nächsten Legislaturperiode müssen Anträge für bzw. gegen eine Unterzeichnung der Bioethik-Konvention neu eingebracht werden.

Broschüre: "Die Bioethik-Konvention: Ein Angriff auf die menschliche Würde

Unter diesem Titel hat der Behindertenbeauftragte des Landes Niedersachsen eine kostenlose Materialiensammlung zur Bioethik-Konvention herausgegeben. Neben der Übersetzung des Menschenrechtsübereinkommens vom Bundesjustizministerium (die allerdings beschönigende Übersetzungsfehler enthalten soll - M. S.) ist in dem Heft enthalten der Beschluß des Vorstandes der Lebenshilfe zur Konvention, eine Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des deutschen Bundestages, welche das Menschenrechtsübereinkommen mit deutschem Recht vergleicht, der Nürnberger Kodex 1997 und viele andere Texte. Ebenfalls findet mensch eine Adressenliste von ReferentInnen zum Thema Bioethik (die m. E. etwas willkürlich zusammengestellt ist - M. S.).

Das 71seitige Heft ist zu beziehen beim Behindertenbeauftragten des Landes Niedersachsen Karl Finke, Postfach 141, 30001 Hannover, Tel. 0511/120-4032, Fax: 0511/120-4297.



Eine Lizenz zum Töten?

Bioethik, Transplantationsmedizin, "Sterbehilfe", Gesundheitsökonomie - mit solchen Themen setzen sich die Kölner Anti-Euthanasie-Gruppe und das Referat für Biopolitik im Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) der Kölner Universität auseinander. Ein gedrucktes Ergebnis liegt jetzt vor: die Broschüre "Bioethik - Lizenz zum Töten?". Sie zeichnet die Debatte über bioethische Thesen und "Tournee" des australischen "Euthanasiephilosophen" Peter Singer nach. Außerdem thematisiert sie die geplanten Sterbehilferichtlinien der Bundesärztekammer.

Wie die randschau berichtete, war Singer im Frühjahr 1996 zu einem Symposium nach Heidelberg eingeladen und - aufgrund zahlreicher Proteste - wieder ausgeladen worden. Andernorts durfte er öffentlich reden, wie z. B. im Bonner Presseclub. Dort hatte der Widerstand gegen seinen Auftritt ein juristisches Nachspiel: 35 DemonstrantInnen mußten zusammen insgesamt ca. 10 000 DM an die Staatskasse bzw. an gemeinnützige Vereine zahlen, weil ihr lautstarker Protest gegen Singer und seine Propaganda vom Amtsgericht Bonn als Hausfriedensbruch gewertet wurde.

Die 64seitige Broschüre ist für DM 6,– incl. Versand zu beziehen beim AStA der Universität Köln, Biopolitik-Referat, Universitätsstr. 16, 50937 Köln, Tel. 0221/470-2613.

Proseminar zu Singer

Wie der randschau leider erst jetzt bekannt wurde, fand im Wintersemester 1997/98 ein Proseminar mit dem Titel "Peter Singer - sein Standpunkt

und dessen Rezeption in Deutschland" von Dr. Wolfgang Buschlinger am Seminar für Philosopie der TU Braunschweig statt. Zum Glück löste die Veranstaltung Proteste aus: So wurde ein "Braunschweiger Appell wider tödliche Philosophie" initiiert, der dem Rektor der Hochschule, Prof. Dr. Bernd Rebe, am 16. März 1998 mit insgesamt rund 2000 Unterschriften aus verschiedenen Gruppen (Lebenshilfe, Evangelische Stiftung Neueckerode, AStA der TU, ...) übergeben wurde.

Seminare zum Thema Lebensrecht/Lebenswert sind leider keine Seltenheit mehr. Außergewöhnlich ist in diesem Falle, daß Rebe, der bis zu jenem Tag die Durchführung des umstrittenen Seminars gerechtfertigt hatte, ein Versäumnis einräumte. Er mußte eingestehen, daß er nie mit seinem Kollegen über die Lehrveranstaltung gesprochen hatte, und zeigte sich entsetzt über Buschlingers Ansichten, der - genauso wie Singer - die Meinung vertritt, das Leben sei nicht um jeden Preis schützenswert.

Deutscher Bauchredner Singers gibt auf

Nach einer Protestaktion des AStA der Uni Mainz im letzten Jahr gegen ihn bat der Rechtsphilosoph Norbert Hoerster um die Versetzung in den Ruhestand. Der Professor, welcher z. B. wie Singer zwischen Menschen und Personen unterscheidet, freimütig von "lebensunwertem Leben" spricht, und Mitglied der DGHS ("Deutsche Gesellschaft für humanes Sterben") ist, zu dessen "wissenschaftlichen" Auswürfen es gehört, das Lebensrecht behinderter Menschen zur Disposition zu stellen, begründete dies offiziell mit seinem angeschlagenen Gesundheitszustand.

BioSkop Nr. 2 erschienen

Anfang Juni ist die zweite (reguläre) Ausgabe der sehr lesenswerten Zeitschrift "BioSkop" erschienen. Die Artikel thematisieren die derzeit in fünf Städten laufenden Ausstellungen "Genwelten", die in manchen Krankenhäusern bereits eingeführten "Score-Systeme", mit Hilfe derer die Entscheidung über die Weiterbehandlung schwerkranker PatientInnen an einen Computer überantwortet werden soll, das HUGO-Projekt (= Projekt zur Entschlüsselung des menschlichen Genoms), "Euthanasie"-Entwicklungen in den Niederlanden u. v. a.

Bestellungen an: BioSkop e. V - Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften und ihrer Technologien, Grendplatz 4, 45276 Essen, Tel. 0201/ 512647, Fax: 0201/519792

Krankenkasse muß Stromkosten für E-Rollstuhl zahlen

Für viele unserer LeserInnen interessant ist vermutlich das Urteil des Bundessozialgerichts vom 06.02.97 (Az. 3 RK 12/ 97), das entschieden hat, daß die Krankenkasse nicht nur die Anschaffungskosten, sondern auch die Unterhaltskosten für einen E-Rollstuhl, also auch die Stromkosten zum Aufladen der Akkus, zahlen muß. Ist kein separater Stromzähler vorhanden, so soll eine Pauschale gezahlt werden.

In der Praxis aber lehnen die Krankenkassen jedoch die Übernahme der Kosten ab; sie vertreten die Meinung, es hätte sich um eine beim o. g. Urteil um eine Einzelfallentscheidung gehandelt. Jedoch könnte es sich lohnen, selber einen Prozeß zu führen ...

Stadtführer für Kornwestheim

Im Magazinteil wurde schon mehrmals auf Stadtführer für behinderte Menschen hingewiesen; nun gibt es auch einen Stadtführer für gehbehinderte und rollstuhlbenutzende Menschen von Kornwestheim bei Stuttgart. Die Initiative für das 64seitige Werk ging von der Sozial-AG Klasse 7c des dortigen Ernst-Sigle-Gymnasiums aus (- was ich nicht so ganz unproblematisch finde, u. a. weil keine Betroffenen mit einbezogen waren [Anm. M.S.]). Der Führer - er umfaßt die Bereiche Bildung, Freizeit, Kultur, Behörden, Handel, Dienstleistungen, Gastronomie und Verkehr - kostet 10,– DM und ist zu beziehen bei der Sozial-AG des Ernst-Sigle-Gymnasiums, z.Hd. Herrn Axel Schütz, Hohenstaufenallee 8, 70806 Kornwestheim.

Materialie der BAG Behindertenpolitik bei Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Schon seit langem geistert die Hoffnung auf ein SGB IX (= Sozialgesetzbuch) umher, in dem ein wesentlicher Teil der Gesetze, die Menschen mit Behinderungen betreffen, zusammengefaßt werden sollen: das Schwerbehindertenrecht (bisher im Schwerbehindertengesetz) und das Rehabilitationsrecht (bisher in verschiedenen Büchern des SGB und im BSHG sowie im Rehabilitationsangleichungsgesetz verteilt). Die Bundesarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat jetzt ein Positionspapier für ein solches SGB als Leistungsgesetz erarbeitet, das angefordert werden kann bei: Andreas Jürgens, Karl-Kaltwasser-Str. 27, 34121 Kassel, Tel. 0561/ 9324985, Fax: 0561/ 9324984, e-mail:

Andreas_Juergens@t-online.de

Wohnprojekt "Stadt und Frau" in Freiburg

In Freiburg entsteht in Genossenschaftsform ein Wohnprojekt mit über 100 Wohneinheiten. Davon sind einige behindertengerecht gestaltet, weitere werden folgen. Für diese werden zur Zeit Interessentinnen gesucht. Wer Lust auf gemeinschaftliches Wohnen hat, kann nähere Informationen erfragen bei Stadt & Frau, Wohnungsgenossenschaft e. G., Adelheid-Steinmann-Str. 4, 79111 Freiburg, Tel. 0761/ 4765450 bzw. Fax 0761/ 4765451

Kölner Urteil: Gutachterliche Stellungnahme

Im sog. Kölner Urteil (s. randschau 1/98) wurden die vorgeblich störenden "Geräusche" vom Kläger aufgenommen. Diese Aufzeichnungen fielen nicht unter das Beweisverwertungsverbot, da es sich - nach Ansicht der Richter des OLG - um Äußerungen nichtsprachlicher Art handele, die nicht reproduzierbar und nicht einer bestimmten Person zuzuordnen sind (Umkehrschluß dessen, was unter das Beweisverwertungsverbot fällt - Anm. M. S.). Daß diese "Geräusche" sehr wohl als Teil einer (bewußten) Kommunikation der Bewohner einzustufen sind, die


Foto: Kassandra Ruhm



reproduzierbar ist, geht aus einer lesenswerten gutachterlichen Stellungnahme hervor, die von Prof. Dr. Barbara Fornefeld vom Lehrstuhl für Geistigbehindertenpädagogik der Universität zu Köln (Klosterstr. 79b, 50931 Köln, Tel. 0221/470-5550, Fax: 0221/470-5580) erstellt wurde.

Verfassungsbeschwerde gegen Kölner Urteil

Eingelegt hatten die Beschwerde sowohl der Landesverband als Träger des Wohnheims, der Beklagter in dem Verfahren vor dem Kölner Oberlandesgericht (OLG) war, als auch die Männer, die sich nach der Entscheidung des OLG nur noch zu bestimmten Zeiten im Garten des Wohnheims unterhalten dürfen.

Der Landesverband begründete seine Verfassungsbeschwerde damit, daß das Urteil des OLG nicht ordnungsgemäß zustande gekommen sei, weil in dem Verfahren nicht berücksichtigt worden war, daß er beantragt hatte, die Wesentlichkeit der Lärmeinwirkung auf das Grundstück des Nachbarn auf eine andere Art festzustellen, als durch die (rechtlich bedenklichen) Tonbandaufnahmen. Jedoch konnte der Landesverband die Behauptung, daß er tatsächlich einen solchen Antrag gestellt hat, nicht beweisen, woran seine Verfassungsbeschwerde scheiterte.

Die Männer brachten vor, das Urteil des OLG verletze ihre Menschenwürde und ihre Rechte auf Freiheit und freie Enfaltung ihrer Persönlichkeit. Außerdem verstoße das Urteil des OLG gegen Art.3 Abs.3 S.2 GG, weil sie aufgrund ihrer Behinderung unzulässig benachteiligt würden.

Hierauf entgegnete das BVerfG, daß sie sich bereits an dem Verfahren vor dem OLG Köln hätten beteiligen können und müssen, und zunächst auf diese Art hätten versuchen müssen, Einfluß auf die Entscheidung zu nehmen, um ein derartiges Urteil zu verhindern. Weil aber diese Möglichkeit der Einflußnahme versäumt worden war, könne jetzt auch keine Beschwerde vor dem BVerfG gegen das Urteil eingelegt werden.

Fazit: Rein formal ist das Urteil des BVerfG in Ordnung. Es setzt jedoch voraus, daß die betroffenen Männer die ungeheuerliche Entscheidung des OLG hätten voraussehen und sich in weiser Voraussicht den Weg zum BVerfG hätten offenhalten müssen.

Behindertenfeindlicher Werbespot

In einem Werbespot, mit dem die Brauerei Veltins für ihr neues Produkt warb, versucht ein verliebter und unsicherer junger Mann seiner Angebeteten ein Liebesgedicht vorzutragen und stottert dabei. Die „Pointe": „Liebe (...), wenn Du etwas Besseres willst, kaufe Dir ein Veltins-Pils."

Nach Protesten der Kölner Bundesvereinigung Stotterer-Selbsthilfe, die der Brauerei zu verstehen gaben, daß "es ... empörend und deprimierend [ist] zu sehen, daß in unserer Gesellschaft immer noch Behinderte zu Spottobjekten der Werbung gemacht werden" und den Spot als geschmacklos und diskriminierend brandmarkte, wurde der Hörfunkspot zurückgezogen, obwohl die Pressesprecherin der Brauerei Gröber betonte, daß das Unternehmen sich keiner Schuld bewußt sei; eine Diskriminierung der bundesweit 800.000 Stotterer habe Veltins nie im Sinn gehabt.

Assistenzförderung vor dem Aus !?

Seit April ist ein Urteil des Frankfurter Verwaltungsgerichtes rechtskräftig geworden. Danach ist bei der Integration von Schwerbehinderten ins Erwerbsleben nur noch ein Reha-Träger zuständig. Das hat zur Folge, daß die Kosten für die Assistenz nicht übernommen werden.

Die Gewährung der Assistenzkosten muß immer wieder neu erstritten werden, was häufig lange dauert. Oft muß dann das Geld für die Assistenz vorgestreckt werden.

Auf einer Tagung des Deutschen Vereins Blinder und Sehbehinderter in Studium und Beruf (DVBS) wurde eine Resolution erarbeitet. In dieser wurden Änderungen von Schwerbehindertengesetz und -Ausgleichsabgabeverordnung gefordert, wonach die Förderung von Assistenz festgeschrieben werden soll.

Weitere Informationen zu der Resolution gibt es bei:
DVBS
Frauenbergstr.8
35037 Marburg
Tel.: 06421/ 948880

Sozialhilfe gestrichen

Als „Sozialschnorrer", „Abzocker" und „Betrüger" wird der 50jährige Sozialhilfeempfänger Bernd H. seit dem 11. Juli in mehreren überregionalen Zeitungen, - unter anderem „Bild" und „Focus" - betitelt. Indem er sich als schwer Gebehinderter ausgab, habe er sich mehrere tausend Mark vom Sozialamt Frankfurt am Main erschlichen. Dieses ist Anfang des Jahres erstmals auf den vermeintlichen Schmarotzer aufmerksam geworden, da er seinen Zigarettenkonsum und seine vielen Faxe an das Amt nach Meinung des Sachbearbeiters unmöglich von seiner Unterstützung bezahlen konnte. Das Sozialamt schaltete eine Detektei ein, worauf bis zu fünf Detektive Bernd H. und seine Frau nahezu rund um die Uhr bewachten - und ihn als Simulanten „entlarvten": Bernd H. könne ohne Krücken laufen, obwohl er angibt, schwerbehindert zu sein. Prompt wurde ihm die Sozialhilfe gestrichen. Ein im Januar dieses Jahres angefertigtes amtsärztliches Gutachten, welches ihm eine achtzigprozentige Schwerbehinderung bescheinigt und ausdrücklich bestätigt, daß Herr H. keine Krücken benutzen kann, da sie bei ihm eine „beidseitige Schmerzsymptomatik" hervorrufen, wurde dabei offenbar ignoriert. Da Bernd H. seine Miete nun nicht mehr bezahlen kann, steht ihm eine Räumungsklage unmittelbar bevor. Zu dem Mittel der jeglicher gesetzlicher Grundlage entbehrenden Überwachungen von SozialhilfeempfängerInnen durch „externe Ermittler" werde laut zuständigen Sozialreferenten Ralf Kinkenborg nur in „extremen Ausnahmefällen" gegriffen. Anders stellen dies allerdings die privaten Ermittler selbst dar, die vom Sozialamt dazu angehalten werden, möglichst genau die Lebensgewohnheiten der Überwachten zu erforschen, wozu die tägliche Kontrolle des Briefkastens, Lauschen an der Wohnungstür, das Aufzeichnen von Gesprächen und so weiter gehören. Betroffen seien vor allem Ausländer und Behinderte. Ein Einzelfall sei die Überwachung nicht, so ein Mitarbeiter der Detektei, in anderen Bundesländern sei sie „unter anderer politischer Führung an der Tagesordnung und niemand rege sich auf". (Quelle: Jungle World Nr. 30/98)

eine Meldung gibts noch - aus Platzgründen auf Seite 22

Tendenz steigend

VON HEINO EHLERS, HANNOVER

Ende der 70er Jahre, Aufbruchstimmung unter uns Krüppel, solidarisches Miteinander.

Heute wird der Konkurrenzkampf unter Krüppel um so härter geführt. Infolge der Intellektualisierung der Scene haben Menschen mit einer typischen Krüppelkarriere (Heimaufenthalt, Sonderausbildung etc.) immer weniger Chancen, in Projekten und Gremien mitzuarbeiten bzw.anerkannt zu werden Man läßt sie nur noch dann zu Wort kommen, wenn man sie werbewirksam zur eigenen Imagepflege einsetzen kann.

Uns steht ein neues "Krüppelverwaltungsmodell" ins Haus: Oberkrüppel verwalten Unterkrüppel. Behinderte Studienabgänger machen sich immer mehr und überall breit. Problemanalysen stehen auf Krüppel- und sonstigen Treffen im Vordergrund und nicht der persönliche Austausch, Jammern über das eigene Schicksal, und wenn es sich noch so lebendsbedrohend darstellt, ist verpönt. Wir haben politisch wichtigeres zu tun...

Es wird z. B. von Solidarität mit Geistigbehinderten gelabert, dabei sind viele dieser intellektuellen Krüppelknallköpfe weder gewillt, noch in der Lage, sich außerhalb einer Examensarbeit mit dem Thema geschweige denn Menschen auseinanderzusetzen. Auch Hör- und Sprachbehinderte und Gehörlose werden vielerortens einfach ignoriert. Die Abgrenzung wird überall vollzogen. Wichtige Zusammenschlüsse, aus denen früher solidarische Aktionen hervorgingen, verkamen immer mehr zur Spielwiese methodisch didaktischen Schlagabtauschs.

Es ist ja auch von vehemennter Wichtigkeit. sich in Interviews und Arikeln als SozialpädagogIn zu titulieren, beweist dies doch, daß man, ach ja, und frau den totalen Durchblick hat. Wehe dem, der/die nicht in der Lage ist, sich, aus welchem Grunde auch immer, "gebildet" auszudrücken, ihm/ihr wird einfach nicht zugehört. schon gar nicht, wenn Betreffende auch noch sprachbehindert sind.

Für mich zählt eine Aussage eines "normalen Heimbewohners" nehr als die eines "Studies", der nach seiner erworbenen Behinderung ein Studium anfing und danach als absoluter "Fachmensch" angesehen wird, obwohl er/sie z. B. gerade mal weiß, wie ein Rolli zu handhaben ist. Ich meine damit die leichter behinderten Krüppel, die Schwerbehinderte andauernd beschwichtigen und denen auch noch weißmachen, daß sie für ihre Desintegration auch noch selber verantwortlich sind.

Wobei wieder die Frage auftaucht, wer eigentlich behindert ist?

Sicher sind diese Aussagen nicht allgemeingültig, Ausnahmen bestätigen die Regel.

Ich jedenfalls bin weiter für Selbsthilfegruppen ohne professionelle Anleitung, hier bleibt der Lebenszusammenhang erhalten.

"Objektorientertes Arbeiten" kotzt mich an.

Entgegnung auf Heino Ehlers

VON REBECCA MASKOS, BERLIN

Lieber Heino Ehlers,

mir ist aus Deinem Brief nicht ganz klar geworden was du eigentlich willst: Willst Du einfach einen Rückzugszusammenhang unter Menschen, denen es genauso geht wie Dir und die die gleichen Erfahrungen in ihrem Leben machen (was ich für sehr wichtig und notwendig halte) oder willst Du, daß sich die Situation für *alle* KrüppelInnen und beinträchtigte Menschen *grundlegend* ändert? Oder etwa nur für einen Teil der KrüppelInnen, die sich diesen Status nach bestimmten Kriterien „erworben" haben?

Wenn geistig behinderte Menschen oder Sprach- und Hörbehinderte in KrüppelInnenzusammenhängen ausgegrenzt werden, ist das ein schlimmer und nicht zu akzeptierender Zustand. Wir versuchen in der Randschau stärker auf dieses Thema einzugehen, als dies bisher geschehen ist, um eine Diskussion darüber und über Ausgrenzungsmechanismen allgemein in Gang zu bringen. Mensch muß dabei jedoch auch anderen, ebenfalls behinderten zugestehen, daß auch sie ihre Berührungsängste und Hemmungen haben. Nur indem wir diese Ängste zum Thema machen, können wir sie abbauen, nicht indem wir uns frustriert in unsere „Ecken" zurückziehen.

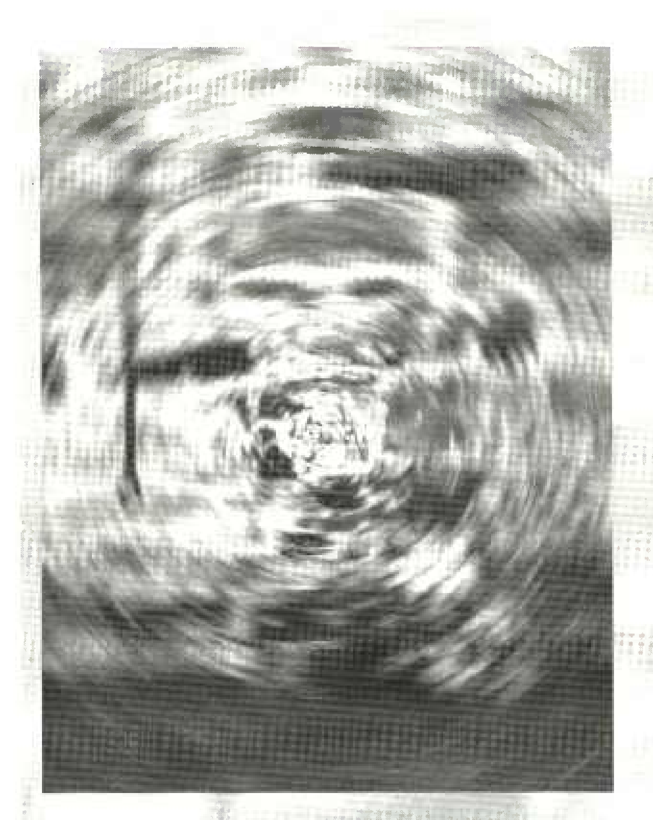
Auch mich nervt dieses Tabuisieren der eigenen Trauer über die Behinderung, dieses ewige „Immer-stark-sein", damit ja nicht der Verdacht aufkommen könnte, daß das Leben mit einer Behinderung auch mal beschissen sein kann. Damit machen wir uns nur selber etwas vor.

Aber das „jammern" über die Behinderung kann doch den politischen Kampf für die Veränderung der Verhältnisse, die uns behindert *machen*, nicht ersetzen! Wie willst Du etwas verändern, wenn Du gar nicht genau weißt was, und wie willst Du etwas bekämpfen, wenn Du das Ziel und die Mittel dafür überhaupt nicht klar hast? Es gibt keine Theorie ohne Praxis aber auch keine Praxis ohne Theorie! Und das die Erarbeitung dieser in einem einigermaßen hierarchiefreien Raum stattfinden soll, ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Ich finde Dein Anklagen einer „Intellektualisierung" der Krüppels ziemlich gefährlich, denn damit redest Du -vielleicht ohne es zu wollen- genau denen das Wort, die uns doch lieber pflegeleicht haben wollen: unpolitisch, nur mit sich selbst beschäftigt, ungefährlich.

Und mit Deiner von Dir aufgestellten Hierarchie, in der von Geburt an und Schwerbehinderte mehr Durchblick haben als Spät- und Leichtbehinderte schießt Du Dir ein dickes Eigentor: Da wiederholst Du doch nur genau die Ideologie, die Krüppels und damit auch Dich selber aus der Gesellschaft ausgrenzt.

Nix für ungut...



Rassismus Biologimus Körperpolitik

Wenn bei vielen Menschen zum Thema Rassismus allein wüste Assoziationen zu brennenden Flüchtlingswohnheimen, nationalsozialistischem Terror und südafrikanischer Apartheid entstehen, sehen sie nur die Spitze eines Eisbergs. Sie vergessen zum einen, daß die von den Medien mittlerweile ins „Vermischte" verbannte faschistische Gewalt heute mehr denn je an der Tagesordnung ist und die Opfer der Übergriffe zwar zu einem überwältigend großen Teil, aber nicht nur MigrantInnen sind, sondern auch Schwule und Lesben, behinderte Menschen und solche, die sich dem braunen Sumpf erkennbar entgegenstellen. Sie betrifft all jene die „anders" sind und sich offen mit den „Anderen" solidarisieren.

Zum anderen wird übersehen, daß Rassismus sich nicht erst durch Rechtsradikalismus äußert, vielmehr durchzieht er als Denkmuster alle gesellschaftlichen Schichten und Richtungen, von rechtskonservativ bis linksintellektualistisch. Er fängt nicht erst bei gewalttätigen Übergriffen an und auch nicht 1990 oder 1933, Rassismus fängt dort an, wo bestimmte Persönlichkeitseigenschaften jemandem aufgrund eines äußerlichen Merkmals wie z.B. der Hautfarbe zugeschrieben werden, beziehungsweise, wo bestimmte Verhaltensweisen von Menschen als „natürlich" bzw. „biologisch" oder auch „genetisch" bedingt erklärt werden. Er ist überall dort, wo sichtbare Unterschiede zwischen menschlichen Verhaltensweisen in vermeintlich „rassischen" bzw. genetischen Unterschieden zwischen ihnen begründet werden. Rassistische Zuschreibungen haben eine lange Tradition und sind fast so alt wie die Geschichtsschreibung selbst. Mit dem Entstehen von Wissenschaften wie Biologie und Anthropologie wurde versucht, diese Erklärungsmodelle durch vermeintliche naturwissenschaftliche Exaktheit zu legitimieren und zu rationalisieren und sowohl rassistische als auch sexistische Klischeebilder zu zementieren.

In jedem Fall dienten und dienen diese Erklärungsmodelle dem Begründen und Aufrechterhalten von Machtverhältnissen: Durch die Einteilung von Menschen in „Rassen" entstehen zwangsläufig Hierarchien, denn die eine „Rasse" ist „naturgemäß wertvoller" als die andere. Außerdem können schon bestehende Machtverhältnisse durch diese Naturalisierungen legitimiert und gestützt werden. Durch das Aufzeigen bestimmter Eigenschaften von anderen „Rassen" beschreibt mensch eigentlich sich selbst, bzw. schreibt ihnen all das zu, was mensch nicht ist, bzw. nicht sein möchte.

Der Abgrenzung nach außen folgt deshalb die Aufwertung nach innen. So stellten nicht nur die faschistischen „Rassenkundler" des Nationalsozialismus die Deutschen als „arische Herrenrasse" dar, als sie Juden und andere Gemeinschaften als minderwertig definierten, sondern werten auch noch heute amerikanische IntelligenzforscherInnen sich selbst und andere „Weiße" auf, wenn sie „Schwarzen" einen genetisch bedingten Mangel an Intelligenz unterstellen.

Was aber, wenn der grenzenlosen Aufwertung innen innerhalb der eigenen Gruppe einige genauso Wertlose im Wege stehen, genauso wertlos wie die, von denen mensch sich abgegrenzt wissen will? Ethnischer Rassismus ist nämlich nur eine Seite dieses Phänomens; - innerhalb und zwischen Gruppen wirkt zusätzlich sozialer Rassismus: die Etikettierung von Gruppenmitgliedern als "störend" und "anders". Auch ihre Ausgrenzung, die Ausgrenzung der Nicht-Produktiven, der NormverweigerInnen, läßt sich am besten an deren Körper fest machen: Schwule und Lesben haben Hormonstörungen und genetische Schäden, Behinderte einen unästhetischen und funktionsgestörten Körper, der sie zwangsläufig „anders" sein läßt, sie zu einem schmerz- und leiderfüllten Leben verurteilt, der „Arterhaltung" nicht dienlich sein läßt und den Normgerechten immer wieder die Endlichkeit und die Illusion menschlichen Perfektionismus demonstrieren läßt... .

Hier zeigen sich die Parallelen zwischen Rassismus und Behindertenfeindlichkeit, hier zeigt sich die Grundlage der Mechanismen der Ausgrenzung, die für alle „Anderen" gleichermaßen wirksam sind; - der Biologismus. Er bezeichnet die Naturalisierung von menschlichen Verhalten und Eigenschaften und die oft darauffolgende Entmenschlichung, d.h. das Absprechen des Menschseins denen, die ohnehin schon „zweiter Klasse" sind (was in letzter Konsequenz ihre Tötung ohne moralisches Unrechtsbewußtsein der TäterInnen zur Folge haben kann). Auch hier werden angeblich wissenschaftliche Erklärungen zu politisch-ideologischen, wird die Biologie zum Biologismus. Analogien zum Tierreich sollen Ideologien von „naturgegebenen Oben und Unten", oder auch von den scheinbar biologisch zu begründenden Geschlechterhierarchien (Sexismus) legitimieren und ein kritisches Hinterfragen von vornherein ausschließen.

Biologistische und rassistische Erklärungen der Unterschiede zwischen Menschen haben immer dann Hochkonjuntur, wenn eine Gesellschaft in der Krise ist; wenn das gesetzlich festgeschriebene Postulat der „Gleichheit aller Menschen" nicht mehr gelten kann und soll. In Zeiten von Ratlosigkeit über wachsende Armut, Kriminalität und knapper Kassen macht mensch gern wieder von diesen einfachen, auf nahezu jedes soziale Phänomen anwendbaren Erklärungen Gebrauch. Mit dem Verweis auf die einigen Körpern scheinbar anhaftende Abweichung wird Politik gemacht - Körperpolitik.

Anscheinend meint die heutige, „machtlose" Gesellschaft die eigene Aufwertung durch die Abgrenzung gegen vermeintliche „Andere" bitter nötig zu haben... . Und selbst innerhalb von ausgegrenzten Gruppen laufen diese Mechanismen genauso, teilweise noch entschiedener ab als außerhalb (,wie die Beiträge unserer letzen Nummer zu schwullesbischem Leben mit Behinderung, gezeigt haben).

Fangen wir also einerseits erstmal bei uns selber an, bleiben wir aber andererseits nicht bei uns stehen! Mögliche Strategien, wie wir uns biologistischen beziehungsweise rassistischen und sexistischen Tendenzen in den Weg stellen können, werden in dieser Ausgabe noch eher vernachlässigt. Wir hoffen aber, zu Diskussionen und zum Nachdenken über Widerstandsformen anregen zu können.

Das Thema wird auch in unseren nächsten Ausgaben präsent sein, also - schickt uns Eure Artikel!

(Rebecca Maskos)

LITERATUR

Literatur:

Miles, Robert (1992): „Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs" Hamburg: Argument

Grubitzsch, S., Rexilius, G. (Hg.) (1994): „Psychologische Grundbegriffe. Mensch und Gesellschaft in der Psychologie. Ein Handbuch" Reinbek: Rowohlt

Randschau 2/93: „Rassismus/Biologismus"

Jungle World Nr. 27/98: Dossier „Körperpolitik"

u.a.



Diskriminierung und Identität

VON SYLVIA NAGEL

Im folgenden Artikel wird die These vertreten, daß Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft Diskriminierungserfahrungen ausgesetzt sind, die neben anderen Auswirkungen, auch eine determinierende Auswirkung auf ihre Identitätsentwicklung haben. Es wird auf Rassismustheorien Bezug genommen, die ihre Ausführungen primär auf Menschen multiethnischer Herkunft, MigrantInnen und Flüchtlinge beziehen (vgl. Mecheril/Theo 1994; Prengel 1993; Rommelspacher 1995). Unbestreitbar wäre eine Gleichsetzung der Erfahrungshintergründe der genannten Gruppen eine undifferenzierte Globalisierung, die im Rahmen eines antirassistischen Diskurses ausgesprochen kontraproduktiv wäre. Dies wird hier auch deutlich abgelehnt. Vielmehr geht es um die Kennzeichnung von gesellschaftlich determinierten Lebenssituationen von Menschen, die aufgrund der Abweichung von einer fiktiven Standardnorm, Ausgrenzung erfahren, die zu einem zentralen Kern ihrer Identitätsentwicklung werden kann. Dazu Prengel: „[g]emeinsam ist ... den Behinderten und den Angehörigen marginalisierter Kulturen in der bürgerlichen Gesellschaft die historische Erfahrung von Etikettierung und Diskriminierung, mit der sie dem bürgerlichen Subjekt als das ganz ‚Andere' gegenübergestellt wurden" (Prengel 1993, S. 16).

Diskriminierung und Behinderung

Die Erfahrungen, denen Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft ausgesetzt sind, sind nicht gleichzusetzen mit Rassismuserfahrungen; sie tragen jedoch unbestreitbar ähnliche Züge. Aus diesem Grund wird im folgenden auf vier Beschreibungskriterien von Mecheril Bezug genommen, die Rassismuserfahrungen in ihrer Mehrdimensionalität darstellen.

Erfahrung von Alltagsrassismus

Jede/r Mensch mit Behinderungen macht im Alltag Erfahrungen, die sich in Infantilisierung, Witzen, Blicken, Übergangen-Werden, Abwertung, Beleidigungen und u.U. körperlichen Angriffen manifestieren. Vielfach stehen die subtileren Formen (Blicke etc.) und die Antizipation, daß das Anders-Sein als verhängnisvolle Normabweichung gewertet wird, die zu Nachteilen führen wird, dabei im Vordergrund. Unüblich ist es jedoch in unserer Gesellschaft, die mit Sonderpädagogik und Rehabilitationsmedizin ganze Wissenschaftszweige mit der speziellen Behandlung von Menschen mit Behinderungen beschäftigt, diese, insbesondere die subtilen, Erfahrungen als Diskriminierung zu benennen. Jede/jeder Mensch mit Behinderungen kennt diese Erfahrungen und jede/jeder kennt ebenso die diesbezüglichen Beschwichtigungen der unbehinderten (Fußnote 1) Menschen: Im Zweifel ist alles „nicht so gemeint gewesen" und die direkte Gegenüberperson, gleich welche Behinderung sie aufweist, ‚zählt' nicht zu den ‚wirklich' Behinderten, weil sie eben der Gegenüberperson persönlich bekannt ist, und ist deshalb sozusagen doppelt nicht gemeint!

Reduziert-Werden auf das vermeintlich signifikanteste Merkmal: ‚anders' Aussehen

Menschen mit Behinderungen erfahren in privaten und öffentlichen Kontexten, daß sie in zwischenmenschlichen Kontakten auf ihr Aussehen reduziert werden, und daß eine, wie Rommelspacher es nennt, „Interaktionsspannung" ent- und besteht: „...in solchen Begegnungen [zwischen unbehinderten Menschen und Menschen mit Behinderungen, A.d.V.] [scheint] die Behinderung quasi alle Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und die ganze Situation zu prägen" (Rommelspacher 1995, S. 64). Es geht nicht um ein situationsadäquates Gespräch zwischen den Interaktionspartnern, sondern es fallen Äußerungen, die das Anders-Sein in den Mittelpunkt stellen. „Das können Sie aber gut ohne Hände", Wie sie das machen, bewundernswert!", „Soll ich Ihnen nicht lieber helfen?", „Das ist doch zu schwer für Sie" „Das können Sie doch gar nicht!" etc., die Liste ließe sich beliebig fortsetzen und jede/jeder LeserIn kann sicher aus dem eigenen Erlebnisfundus viele Beispiele hinzufügen! Die Individualität, Persönlichkeit und auch die jeweiligen Handlungsabsichten der Menschen mit Behinderungen sind für die unbehinderten Interaktionspartner größtenteils irrelevant. Der Mensch mit Behinderung wird ausschließlich als Mensch mit Behinderung wahrgenommen, alle anderen Ebenen sind wie nicht existent.

Verweigerung von Partizipationsmöglichkeiten

Die Notwendigkeit einer spezifischen Förderung und Behandlung von Menschen mit Behinderungen in Sondereinrichtungen wie Sonderkindergärten, -schulen, Berufsbildungswerken, Werkstätten für Behinderte, Heime und Rehabilitationskliniken wird mit der Absicht propagiert, für jeden Menschen mit Behinderung die optimale Förder- und Entwicklungsmöglichkeit anbieten zu können. Dies ist ein humaner Anspruch, den es an dieser Stelle nicht zu kritisieren gilt. Problematisch ist jedoch, daß mit diesem Anspruch Segregation einher geht, da er zugleich eine Verweigerung der Partizipation an Möglichkeiten darstellt. Möglichkeiten, die sich auf den Bildungsbereich, auf den Arbeitsmarkt und in Bezug auf den persönlichen Le-

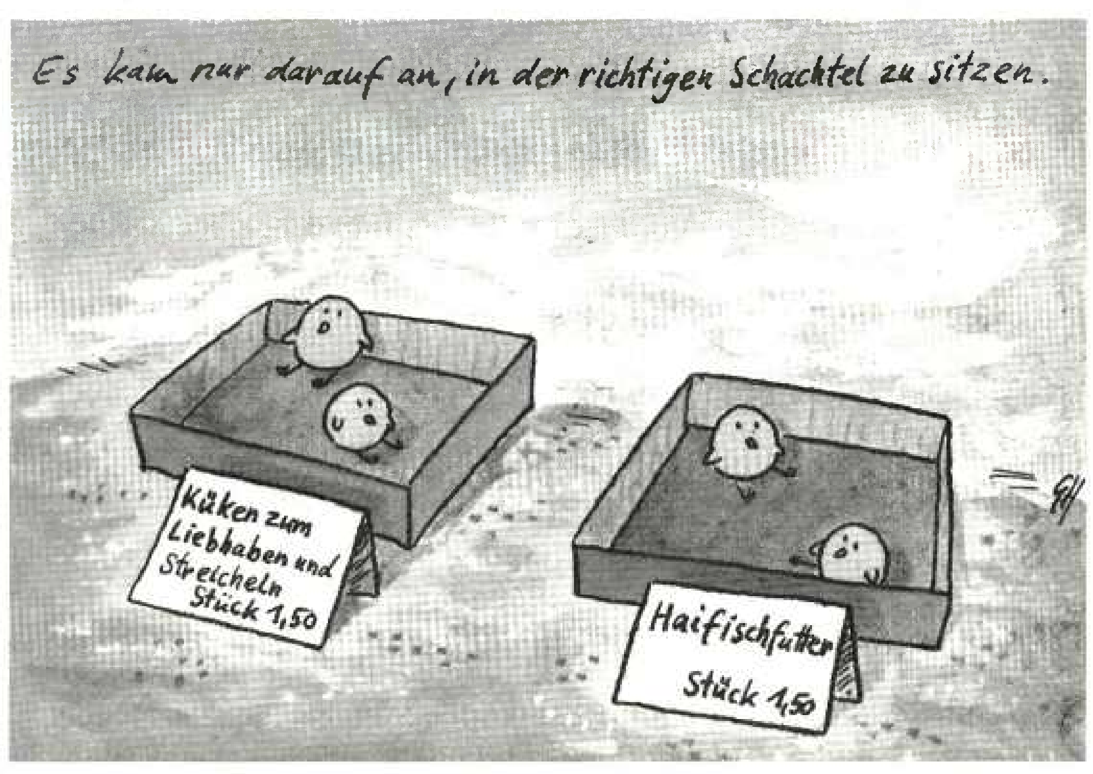
bensstil (z.B. freie Wahl der Sozialkontakte; Verweigerung von finanzieller Förderung von persönlicher Assistenz durch Sozialämter) beziehen. Es besteht keine Wahlmöglichkeit für Menschen mit Behinderungen und ihre Familien; die Entscheidungen über den Bildungsweg, den Arbeitsplatz und die persönliche Lebensführung wird größtenteils von anderen, 'von Staats wegen' vorbestimmt und z.T. getroffen. Wie dramatisch sich diese Situation zuspitzen kann, wird an den Gerichtsverfahren deutlich, in denen Eltern vor Gericht erstreiten müssen, daß ihre Kinder das Recht auf wohnortnahe integrative Beschulung erhalten, über die wir immer wieder in den Zeitungen lesen können.

Öffentlich auffallen

Anders Aussehen, körperlich von der vermeintlichen Norm abweichen, führt dazu, daß Menschen mit Behinderungen öffentlich auffallen. Diese Erfahrung ist eine primäre, um nicht zu sagen, die zentralste Erfahrung im Leben eines Menschen mit Behinderung. Von Kindheit an wendet sich die Umdeutung, die es für sie hat, lesen" (Mecheril 1994, S. 64) im Vordergrund. Die Bedeutungen reichen von Mitleid, Bedauern, Irritation, Ekel, Angst und Abwehr bis zu voyeuristischem Interesse. Ständig und persönlich unbeeinflußbar, weil an einem Aspekt der äußeren Erscheinung, der Behinderung, nichts zu verändern ist, im Blickfeld der Aufmerksamkeit zu stehen, ist anstrengend und vermittelt die Erfahrung, hauptsächlich über dieses eine Persönlichkeitsmerkmal definiert zu werden. Eine besonders perfide Form dieser Erfahrung stellt die Bekanntschaft beispielsweise mit Amelotatisten (Fußnote 2) für Frauen mit Behinderungen dar, ein Thema, das bereits in der randschau diskutiert wurde. Motivsuche, warum, so wäre möglich zu fragen, werden Menschen mit Behinderungen diskriminiert, wo doch theoretisch und praktisch „...in jeder Lebensgeschichte... Behinderung als Möglichkeit enthalten [ist]" (vgl. Rommelspacher 1995, S. 56)? Mit dieser provokativen Frage nähert man sich der Auseinandersetzung mit den Motiven für Diskriminierung und in einem weiteren Schritt den Diskriminierungsstrategien/-medien.

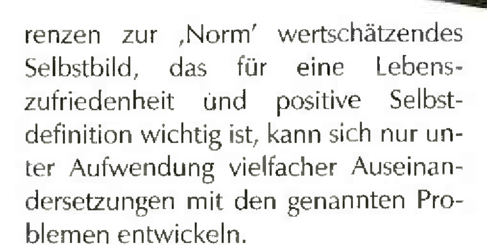
Diskriminierung geht ein implizites Verständnis von Gleichheit und Ungleichheit menschlicher Lebensweisen voraus, indem Gleichheit mit Überlegenheit und Ungleichheit mit Unterlegenheit durch Mitglieder der Mehrheitspopulation, die sich als ‚gleich' definieren, übersetzt wird.

Behinderung wurde bereits historisch und wird auch aktuell als Krankheitszustand verstanden, der mit Leiden, Schmerz, Mühsal, Hilflosigkeit, Abhängigkeit, Defizit, Einschränkungen, Unvermögen und geringem sozialen Status und damit Unterlegenheit assoziiert wird. Diese Sichtweise rekurriert auf Bilder von Gesundheit und Krankheit, deren Erklärungsstärke im (unbewußten) kollektiven Bekanntheitsgrad liegt. Rommelspacher verweist zur Verdeutlichung dessen beispielsweise auf die biblische Darstellung von Kranken und Behinderten, die als ‚die geringsten meiner Brüder' bezeichnet werden. Im folgenden Zitat von Richard von Weiszäcker wird deutlich, wie diese kollektiven Bilder wirken und welche Haltung daraus erwachsen kann: „Nicht behindert zu sein ist kein Verdienst, sondern ein Geschenk, das uns jederzeit genommen werden kann!" (v. Weiszäcker 1997, zitiert nach Deichmann 1997, in: Horstmann/Leyendecker 1997, S. 85). Hier wird das Leben von Menschen als bedauerns- und bemitleidenswert gekennzeichnet und das ausschließlich, weil es der allgemeinen Norm von Gesundheit nicht entspricht, worin eine Entwertung der so wahrgenommenen Personen liegt. Selbstdefinitionen von Menschen mit Behinderungen, die andere Inhalte haben können, werden nicht wahrgenommen. Prengel charakterisiert diese Haltung als eine „Anthropologie der bürgerlichen Gesellschaft, ... [in der] Behinderung als Unvernunft, Passivität, Bewußtlosigkeit und Ungesteuertheit ... [im Unterschied] zu bürgerlichen Werten wie Vernunft, Aktivität, Selbstbewußtsein und Selbstbeherrschung konzipiert [wurde] (vgl. Prengel 1993, S. 144).



Diskriminierungs-strategien/-medien

Diskriminierung zeigt sich in vielfältiger Form und Ausprägung. Die Analyse der verschiedensten Diskriminierungsformen und Ausprägungen läßt jedoch deutlich werden, daß das Hauptmedium Normalismus und Se-



gregation ist (vgl. Rommelspacher 1995). Die Norm gibt die gesellschaftlich mehrheitlich akzeptierte Verhaltensrichtung an, deren Befolgung der/dem Einzelnen ein Gefühl der positiven Konformität sichert. Auf die Normabweichenden kann selbstgerecht herabgeblickt werden, sei es mit Verachtung oder Mitleid.

Einige grundlegende Strategien sollen hier kurz genannt werden. Der Wert eines Menschen wird primär ökonomistisch betrachtet, d.h. seine gesellschaftliche Verwertbarkeit wird an seiner Erwerbsfähigkeit gemessen. Die Kategorisierung von Menschen mit Behinderungen nach ihrem ‚Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit' ist ein Beispiel dafür. Gesellschaftliche Marginalisierung von Menschen mit Behinderungen als bemitleidenswerte Subgruppe, die als „homogene Defektgruppe" (Prengel 1993, S. 153) und nicht als heterogene Individuen gesehen werden, ist eine weitere Strategie. ‚Die Behinderten', so fangen viele Aussagen über Menschen mit Behinderungen unterschiedlichster Art und Ausmaß an, als gäbe es den oder die Standardbehinderte/n nach ‚verunglückter' Din-Norm!

Insbesondere die Strategie der gesellschaftlichen Abwertung sozialer Abhängigkeit (vgl. Rommelspacher 1995) betrifft Menschen mit Behinderungen, da ihre unter Umständen bestehende soziale Abhängigkeit als Hilflosigkeit und Unmündigkeit definiert ist. Daraus folgt die Erwartung seitens der unbehinderten Menschen, daß Menschen mit Behinderungen individuelle Selbstbeschränkung/ -aufgabe, Entmündigung, Unterwerfung und vor allem Dankbarkeit entwickeln bzw. akzeptieren sollen.

Zugespitzt wird die Diskriminierung durch die seit Jahren geführte Bioethikdebatte, die durch die Thesen von Peter Singer bekannter wurde, in der die Frage nach ‚lebenswertem' und ‚lebensunwertem' Leben unter sozialdarwinistischer Perspektive aufgeworfen wird. Die Existenz von Menschen mit Behinderungen, sowohl von ungeborenen als auch lebenden, wird vor allem unter ökonomischen aber auch moralisch-philosophischen Gesichtspunkten zur Disposition gestellt.

Diskriminierung und Identität

Die Kategorisierung von Menschen mit Behinderungen als „homogene Defektgruppe" (Prengel 1993, S. 153) mit allen oben genannten simplifizierenden Implikationen stellt eine systematische und intentionale Reduktion dar. Identität ist ein begriffliches Konstrukt, mit dem zu fassen versucht wird, wie sich Persönlichkeit entwickelt und ausgestaltet. Die Festlegung auf eine Rolle ist realitätsunangemessen, da von ‚multiplen Identitäten' auszugehen ist: „...ein hermetischer, eindimensionaler Identitätsbegriff ... [wird] der Realität nicht gerecht. Multiple Identität bedeutet, daß niemand nur Frau bzw. Mann ist, sondern zugleich durch andere Attribute wie weiß bzw. schwarz, reich oder arm etc. geprägt ist. Es bedeutet auch, daß Identitäten auch nicht exklusiv sind..." (Rommelspacher 1995, S.90). Menschen können behindert (in einem körperlichen oder psychischen Funktionsbereich) und zugleich nicht-behindert (in einem anderen körperlichen oder psychischen Funktionsbereich) sein. Die unterschiedlichen Identitätselemente sind kontextabhängig und treten unterschiedlich in den Vordergrund.

Was geschieht nun, wenn Menschen mit Behinderungen von Kindheit an auf eine Rolle festgelegt werden und eigene Definitionsversuche unterminiert werden?

Folgen für die Identitätsentwicklung

Die Zusammenschau der genannten Aspekte läßt deutlich werden, daß Menschen mit Behinderungen sich als Teil einer „homogenen Defektgruppe" wiederfinden, der von der Mehrheitsgesellschaft spezifische Rollenerwartungen zugeschrieben wird, die die Gruppenmitglieder auf biologisch/genetische Minderwertigkeit, persönliche Unreife und einen unterlegenen sozialen Status (s.o.), um nur einige wesentliche zu nennen, festschreiben. Individuell auszugestaltende ‚multiple Identitäten' können und vor allem sollen sich, nach Wunsch der Mehrheitsgesellschaft, nicht entwickeln. Ein positives, Individualität im Sinne von Differenzen zur ‚Norm' wertschätzendes Selbstbild, das für eine Lebenszufriedenheit und positive Selbstdefinition wichtig ist, kann sich nur unter Aufwendung vielfacher Auseinandersetzungen mit den genannten Problemen entwickeln.

Ausblick

In dieser Auseinandersetzung geht es letztlich um das Ideal der Verwirklichung von Gleichheit auf der Grundlage von Anerkennung von Differenz. Es geht um die Verwirklichung von „radikaler Pluralität" (Prengel 1993, S. 49) sowie eines Demokratiebegriffs, der „aus egalitärer Differenz sich bildende Pluralität ... auf radikale Weise [realisiert]" (Prengel 1993, S. 49). Die Verwirklichung dieses Anspruchs würde für Menschen mit Behinderungen eine Identitätsentwicklung ermöglichen, die die genannten Ziele von positiver Selbstdefinition erreichbar erscheinen lassen.

Um diese Auseinandersetzung auf verschiedenen Ebenen, sei es innerhalb und mit oder für die Krüppelbewegung, als einzelne/r im Privatbereich oder im wissenschaftlichen Diskurs, weiter führen zu können oder zu wollen, bedarf es offensichtlich jedoch einer Fähigkeit, die Castro Varela/ Vogelmann als „Utopiefähigkeit" bezeichnen: „Utopiefähigkeit bedeutet ... an die Veränderung nicht nur glauben, sondern auch an ihr zu arbeiten; das ;So-wie-es-ist' weder hinzunehmen noch zu akzeptieren ..., [bedeutet] Aufbau von Zukunftsvorstellungen, die der allgemeinen Hoffnungslosigkeit etwas entgegensetzen; bedeutet Bewegung statt Starrheit; bedeutet das ;Normale' zur Disposition zu stellen; bedeutet permanente Kritik und Selbstkritik".

Die Auseinandersetzung mit diskriminierenden Gesellschaftsstrukturen im Hinblick auf die Identitätsentwicklung und die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen ist folglich eine Herausforderung, der es sich und der wir uns weiterhin unbedingt stellen sollten! Die Formen, die Einzelne oder Gruppen wählen, waren bisher und sollten auch zukünftig so ‚radikal plural' (vgl. Prengel 1993) wie möglich sein!

Literatur:

Castro Varela, Maria del Mar/ Vogelmann, Silvia; Zwischen Allmacht und Ohnmacht, Psychosoziale Beratung mit weiblichen Flüchtlingen, in: Castro Varela et al; Suchbewegungen. Interkulturelle Beratung und Therapie, dgvt-Verlag, erscheint Okt. 1998

Deichmann, Dieter, in: Horstmann, Tordis, Leyendecker, Christoph (Hrsg.); Frühförderung und Frühbehandlung, Wissenschaftliche Grundlagen, praxisorientierte Ansätze und Perspektiven interdisziplinärer Zusammenarbeit, Edition Schindele, 1997

Mecheril, Paul/ Theo, Thomas (Hrsg.), Andere Deutsche, Zur Lebenssituation von Menschen multiethnischer und multikultureller Herkunft, dietz Berlin, 1994

Prengel, Annedore; Pädagogik der Vielfalt; Verschiedenheit und Gleichberechtigung in Interkultureller, Feministischer und Integrativer Pädagogik, Leske + Budrich, Opladen 1993

Rommelspacher, Birgit; Dominanzkultur, Texte zu Fremdheit und Macht, Orlanda Verlag, 1995

1) Die Verwendung der Formulierung „unbehindert" erfolgt absichtlich. Mit der Vorsilbe „un" wird linguistisch betrachtet das Fehlen eines Zustandes, Umstandes, einer Eigenschaft etc. gefaßt. In diesem Sinne darf die Verwendung diese Vorsilbe als Beschreibung des Zustandes einer Person verstanden werden, die ein Defizit aufweist: Sie konstruiert sich selbst und wird ebenso von anderen als nicht-behindert konstruiert. Tatsächlich fehlt ihr etwas, eine Behinderung, die Frage ist nur, von welchem Standpunkt aus betrachtet, dieses Fehlen als etwas Positives und Erstrebenswertes oder Negatives und zu Vermeidendes gesehen wird.

2) Als Amelotatismus wird die sexuelle Fixierung von Männern an Frauen mit Behinderungen, bevorzugt Frauen mit einer Amputation/Dysmelie oder einer Behinderung in Folge von Contergan verstanden. Über die menschenverachtenden Praktiken wie beisipielsweise, sich über eine Agentur, eine Frau mit einer ‚Behinderung nach Wunsch' aus dem Ausland ‚zu bestellen', wurde schon in mehreren randschau-Ausgaben (z.B. Heft 2/98) berichtet.

Biopolitik und die 'neuen' Rechten

Von völkischen Idealen zu biopolitischen Vorstellungen

VON UDO SIERCK

Der Herausgeber der angesehenen amerikanischen Wissenschaftszeitschrift 'Science', Daniel E.Koshland, belebte vor Jahren die alte Behauptung, daß soziale Phänomene wie Armut, Obdachlosigkeit, Drogenabhängigkeit und Kriminalität das Resultat defekter Gene seien. Und er plädierte dafür, diese Erscheinungen durch Eingriffe in das Erbgut aus der Welt zu schaffen.

Der Direktor des anthropologischen Instituts der Universität Kiel, Hans Wilhelm Jürgens, spricht aus, was viele denken, aber sich noch nicht wieder laut zu sagen trauen: Er sei davon überzeugt, daß bestimmte Formen „asozialen Verhaltens" zu einem großen Teil genetisch beeinflußt sind. Jürgens meint damit Kleinkriminalität, „parasitäres Leben auf Kosten der Öffentlichkeit" und „ständiges Verschaffen von kleinen Vorteilen", ein Vorgehen, daß nicht nur durch elterliches Vorbild, sondern auch durch die Erbsubstanz weitergegeben würde.

Der Humangenetiker Hans-Hilger Ropers, Direktor des Max-Planck-Instituts für Genetik in Berlin, fahndete mit seinem Forschungsteam im niederländischen Nijmwegen nach dem Aggressions-Gen, meldete Erfolg und beschrieb seine Träger durchgängig als Kriminelle. Wie die meisten seiner Kollegen und Kolleginnen in der Genetik möchte Ropers die gesellschaftlich gefährliche Seite seiner Zuschreibungen nicht sehen. Dabei bieten sie mit ihren einfachen Antworten die Voraussetzung für die Erklärung des Sozialen durch die Biologie.

Es verwundert nicht, daß die politische Rechte solche oder ähnliche Behauptungen begierig aufgreift. Sie passen in ihre Vorstellungen von Zucht und Ordnung. Denn die Rechtsradikalen betreiben zwar Stimmenfang mit fremdenfeindlichen Parolen, sie besitzen aber ebenso biopolitische Konzepte, die sich gegen sozial ausgegrenzte Menschen richten. Den Zusammenhang hat Gert-Klaus Kaltenbrunner, renommierter Publizist der 'neuen' Rechten, formuliert: Fasziniert von radikalen Zuchtideen forderte er dazu auf, endlich aus dem 'Schatten Hitlers' zu treten und die (angebliche) Tabuisierung der eugenischen Zielsetzungen aufzuheben: „Wegen Hitler wird beargwöhnt, wer von nationalen Interessen oder von Erbgesundheit oder von Recht und Ordnung oder auch nur davon spricht, daß es darauf ankommt, Herr im eigenen Haus zu sein."

Da auch für die 'neuen' Rechten das Erbgut die Menschen bestimmt, ist die Genetik für sie von großer Bedeutung. Denn aus der beobachteten physischen und psychischen Verschiedenheit werden Rückschlüsse auf den Wert des Einzelnen gezogen. Das erklärt, warum die 'neuen' Rechten die Handlungsfelder Bevölkerungs-, Familien- und Gesundheitspolitik stets im Blick behalten haben.

Die Zusammenfassung neurechter Programmatik unterstreicht das eugenische Grundkonzept:

Demnach muß die Qualität der Nachkommen Vorrang gegenüber ihrer Zahl haben. Anzustreben sei deshalb

keine quantitative, sondern eine qualitative Bevölkerungspolitik. Für die staatliche Familienpolitik bedeutet das: Sie darf nicht um jeden Preis kinderreiche Familien fördern, denn zwei Kinder aus einer 'erbgesunden' Familie seien wünschenswerter als fünf Kinder mit zweifelhaftem oder krankem Erbgut. In diese Richtung müssen die Instrumente der staatlichen Förderung - Kindergeld, Steuererleichterungen oder Mietzuschüsse - ausgerichtet werden. Zur Absicherung der politischen Vorgaben sei die Forschung in den Wissenschaftszweigen zu intensivieren, die Fragen der Eugenik, Anthropologie und Bevölkerungspolitik berühren. Schon jetzt setzt die politische Rechte in ihrem Biologismus auf jede brauchbare Äußerung der Verhaltensgenetik, um die Besitzunterschiede, die Differenzen im Status und politisches Machtgefälle zu erklären.

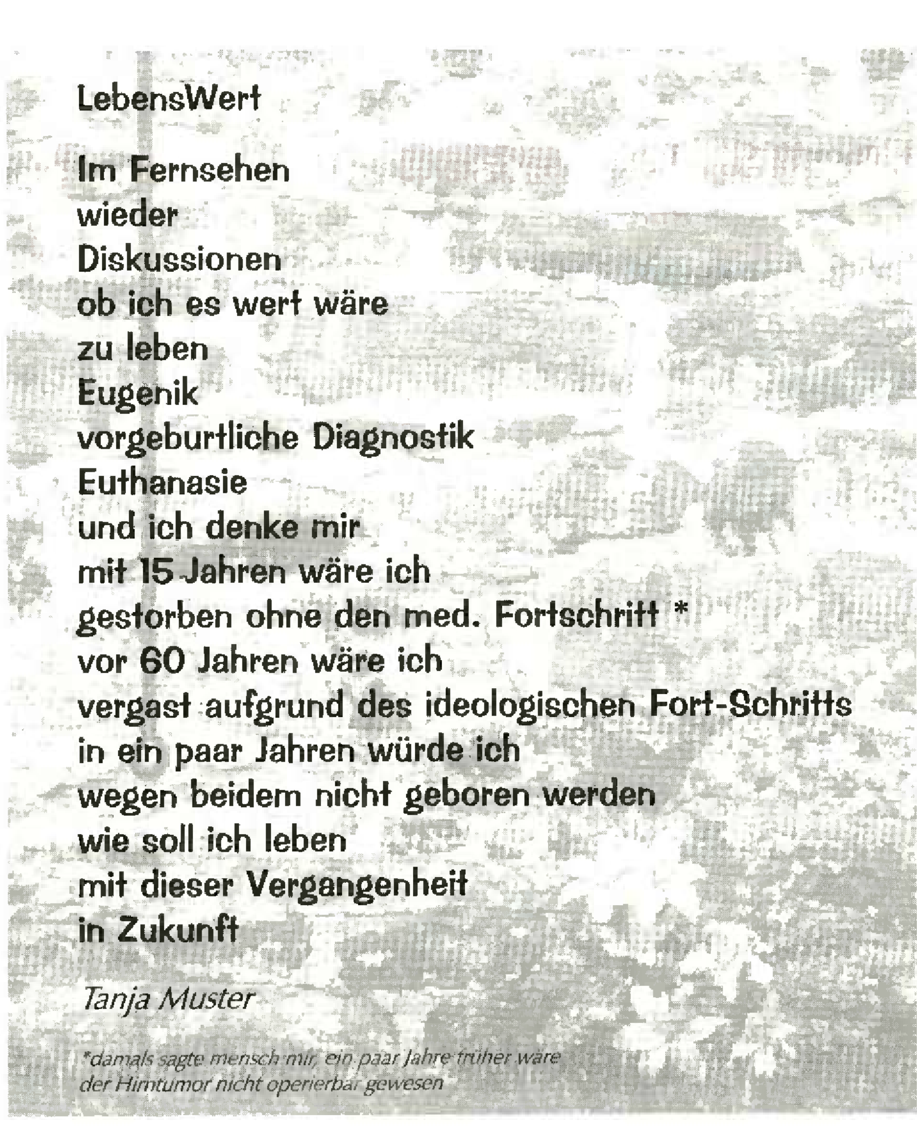
Die Wissenschaftler entsprechender Fachdisziplinen dagegen beteuern, daß der Sinn und Zweck ihrer Forschungen in der ganz individuellen Leidensverhinderung und Gesundheitsförderung liege. Die Benennung eugenischer Ziele in bewußter Verbindung zur überholten Tradition der Rassen- und Sozialhygiene ist in der Tat ein Tabu, den auch die 'neue' Rechte weitgehend mitvollzogen hat. Sie übersetzt die alte Ideologie in moderne Begriffe und verklammert grundlegende Schriften des Sozialdarwinismus mit dem gegenwärtigen Stand der biotechnologischen Forschung. Aus der Verbindung von Anleihen aus Biologie, Psychologie und Genetik entsteht die neurechte Biopolitik mit der Option, menschliches Leben und seine Fortpflanzung zu regulieren.

Eine Vorreiterolle übernehmen neurechte Wissenschaftler hingegen in der Soziobiologie mit ihren Behauptungen von der natürlichen Ungleichheit der Völker und den naturgegebenen Fähigkeiten der Individuen. Insbesondere im Bereich der Soziobiologie suchen die Verfechter der 'natürlichen Ungleichheit' nach Argumenten. Und sie werden fündig. Beispielsweise mit Hinweis auf den Psychologen Arthur Jensen stellt die 'neue' Rechte die Behauptung auf, daß 80 Prozent der menschlichen Intelligenz angeboren sei. Umwelteinflüsse oder erlernte Fähigkeiten spielen eine untergeordnete Rolle. Der Intelligenzbegriff wird weit gefaßt, in die Ermittlung der angeblichen IQ-Werte fließen Faktoren wie Gedächtnis, Wortflüssigkeit, Phantasie, Willensstärke, Ausdauer, Motivation, Fleiß, Wahrnehmungsvermögen, Konzentrations- und Ausdrucksfähigkeit mit ein.

Der französische Philosoph Michael Foucault hat in kritischer Absicht den Begriff 'Biopolitik' definiert. Gemeint ist damit: Physische und psychiche Gesundheit ist ein zentrales Thema in Alltag und Politik geworden. Der menschliche Körper wird zum Austragungsort des politischen Geschäftes. Biopolitik hat sowohl den Einzelnen als auch die Allgemeinheit im Blick. Dabei tritt die biologische Norm zunehmend an die Stelle gesetzlicher Vorgaben. Moralische Institutionen und staatliche Organe besitzen das Recht des Zugriffs auf das Individuum. Eine Konsequenz dieser Entwicklung bedeutet: „Wenn die Schlüsselkategorie einer bestimmten Politik der sichtbare Unterschied des Körpers ist, dann ist die Anwesenheit des Anderen schon an sich ein Ärgernis und eine Quelle von Spannungen. Und das beste Mittel Spannungen zu reduzieren, ist Gewalt, die physische Entfernung des Ärgernisses."

Die Rechten benutzen den Begriff 'Biopolitik', um alte Inhalte mit neuem Etikett zu versehen: Aus 'völkischen Idealen' wurden 'biopolitische Vorstellungen', die allerdings im Zusammenhang mit Entwicklungen in der Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft stehen. Denn bei genauer Betrachtung verschwimmen immer wieder die Grenzen: Es zeigt sich, daß Aktivitäten zur Selektion ohne ein umfassendes rechtsradikales Weltbild möglich sind und stattfinden.

Schon seit Beginn dieses Jahrhunderts existiert eine sozialrassistische Linie, die sich gegen verarmte, in ihrer



LebensWert

Im Fernsehen
wieder
Diskussionen
ob ich es wert wäre
zu leben
Eugenik
vorgeburtliche Diagnostik
Euthanasie
und ich denke mir
mit 15 Jahren wäre ich
gestorben ohne den med. Fortschritt *
vor 60 Jahren wäre ich
vergast aufgrund des ideologischen Fort-Schritts
in ein paar Jahren würde ich
wegen beidem nicht geboren werden
wie soll ich leben
mit dieser Vergangenheit
in Zukunft

Tanja Muster

*damals sagte mensch mir, ein paar Jahre früher wäre der Hirntumor nicht operierbar gewesen



Sexualität unangepaßte, gegen physisch oder psychisch auffällige Menschen aus der Bevölkerung richtet. Die Aussonderung Unangepaßter konnte und kann sich auf das 'gesunde Volksempfinden' stützen. Bei dem Zugriff auf die Gruppen, die nicht in das Bild passen, helfen moderne Sozialtechniken wie die der Erfassung, der Kontrolle, der technokratischen Sanktionen wie der Entzug von Unterstützungsleistungen, die der Androhung der Bestrafung oder die der kurzfristigen oder endgültigen Freiheitsberaubung in differenzierte Institutionen.

Und Foucault erklärte mit Blick auf die gut zweihundertjährige Geschichte der staatlichen Kontrollversuche über die Bevölkerung, warum die neurechten biopolitischen Konzepte sich innerhalb der modernen politischen Rationalität bewegen: „Die Fortpflanzung, die Geburten- und die Sterblichkeitsrate, das Gesundheitsniveau, die Lebensdauer, die Langlebigkeit mit all ihren Variationsbedingungen wurden zum Gegenstand eingreifender Maßnahmen und regulierender Kontrollen: Bio-Politik der Bevölkerung." Foucault schließt daraus: „Mir scheint, daß eines der grundlegenden Phänomene des 19.Jahrhunderts in dem besteht, was man als Vereinnahmung des Lebens durch die Macht bezeichnen könnte; wenn sie so wollen, eine Machtergreifung in Bezug auf den Menschen als Lebewesen, eine Art Verstaatlichung des Biologischen".

Der erneute Aufschwung des Biologismus seit Beginn der siebziger Jahre steht auch im Zusammenhang mit der Entstehung der sozialen Bewegungen und ihren Forderungen nach Gleichbehandlung und Gerechtigkeit: Der Verweis auf die angebliche Dominanz genetischer Vorgaben soll Veränderungen in den gesellschaftlichen Machtstrukturen oder wirtschaftliche und soziale Zugeständnisse an die Diskriminierten ersetzen. Soziale Handlungen sind in dieser Logik überflüssig, denn wer am gesellschaftlichen Rand steht, gehört dort naturbedingt hin.

Udo Sierck:
Normalisierung von rechts - Biopolitik und 'Neue' Rechte,
Verlag:
Libertäre Assoziation, Hamburg

Wissenschaftlicher Rassismus als Herrschaftsinstrument

Ein Gespräch zwischen zwei Kategorisierten

VON HANNELORE WITKOFSKI/JAKOB MICHELSEN

Jacob Michelsen studiert an der Uni Hamburg Geschichte und beschäftigt sich unter anderem in der "AG gegen Rassenkunde" des dortigen AStAs mit rassistisch-biologistischer Wissenschaft und und dem Hamburger Institut für Humanbiologie.

Hannelore Witkofski schreibt gelegentlich für die "Randschau", nahm früher einmal regelmäßig am Melsunger KrüppelInnenforum teil, schafft es aber in letzter Zeit leider nicht mehr so. Sie arbeitet in Hamburg zusammen mit Autonom Leben unter anderem in deren neuen Projekt "Schwangerschaft ohne Selektion".

Hanne: Jakob, erzähl' doch mal, wie du zu dieser „AG gegen Rassenkunde" gekommen bist, warum du dich dafür interessierst.

Jakob: Die AG hat sich gebildet aus Anlaß einer Vorlesung, die regelmäßig am Institut stattfindet mit dem Titel „Rassenkunde des Menschen", das heißt, so hieß sie bis vor kurzem; aufgrund der Auseinandersetzung wurde sie inzwischen umbenannt in „Geographische Variabilität des Menschen". Im Wintersemester 1995/96 erfuhr die Hochschul-Antifa von dieser Vorlesung. Einige haben sie sich daraufhin angeguckt und waren entsetzt, was da ablief. Unter anderem wurden dort Rassen-Dias aus der NS-Zeit gezeigt. Daraufhin bildete sich die „AG gegen Rassenkunde". Es stellte sich schnell heraus, daß diese Vorlesung nur die Spitze eines Eisbergs war, daß ein großer Teil der Forschung und Lehre an diesem Institut von biologistischen, rassistischen und diskriminierenden Inhalten geprägt ist. Das führte dann zu einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit der Humanbiologie und den Kategorien, die sie benutzt. Unter anderem finden am Institut auch Lehrveranstaltungen über die Methoden der Humangenetischen Beratung statt.

Hanne: Vielleicht ist auch noch ganz interessant, daß du Geschichte studierst und dich sozusagen auch über diese Schiene für diesen Bereich interessierst.

Jakob: Ja, ich beschäftige mich schon eine ganze Weile mit Wissenschaftsgeschichte. Außerdem war ich schon einmal, als ich mich mit der Ge-

schichte von Schwulen an der Uni befaßte, auf eine Versuchsreihe am Institut für Humanbiologie aus dem Jahre 1985 gestoßen, wo Schwule vermessen und mit Heteros verglichen werden sollten. Daher fand ich es sehr gut, als ich davon hörte, daß mal wieder was gegen dieses Institut gemacht wird, und das war dann meine Motivation, mich dem anzuschließen.

Hanne: Da sind wir ja bei unserem Thema: dem Zusammenhang von wissenschaftlicher Kategorisierung und Herrschaft. Wie würdest du den Begriff „Rasse" definieren, oder was, denkst du, ist dabei wichtig?


Hanne Witkowski

Jakob: Die HumanbiologInnen argumentieren immer damit, daß man den Begriff „Rasse" ja auch wertfrei verwenden könne, und daß sie zwar damals in der Vorlesung diese alten Dias gezeigt haben, aber eigentlich würden sie mit diesem typologischen Rassenbegriff - also einem Rassenbegriff, der nach Körpermerkmalen sortiert - gar nicht mehr so sehr arbeiten, sondern sie würden sich inzwischen eines populationsgenetischen Rassenbegriffs bedienen, der auf statistischen Berechnungen von wirklichen oder angeblichen Erbmerkmalen beruht. Es wird versucht, den genetischen Verwandtschaftsabstand zwischen Bevölkerungen zu errechnen. Danach könne man die Menschen auch in Gruppen einteilen, und das sei dann was ganz anderes und völlig wertfrei.

Ich bin der Ansicht, daß man den Rassenbegriff gar nicht wertfrei verwenden kann. Er ist in kolonialistischem Zusammenhang entstanden, um die Herrschaft der weißen Europäer über den Rest der Menschheit zu legitimieren, im 18./19. Jahrhundert, als überhaupt die Einteilung von Menschengruppen nach naturwissenschaftlichen Kriterien aufkam und vorherrschend wurde. Aus diesem Zusammenhang ist der Rassenbegriff nicht zu lösen. Er ist damals wie heute immer mit rassistischen Wertungen verbunden.

Auch innerhalb der Humanbiologie ist der Begriff „Rasse" sehr umstritten. Es gibt inzwischen viele HumanbiologInnen, die diesen Begriff nicht mehr verwenden, sowohl aus politischen als auch aus wissenschaftlichen Gründen. Auf der wissenschaftlichen Ebene argumentieren sie damit, daß man zwar die geographische Verbreitung einzelner Merkmale untersuchen kann, daß sich daraus aber keine Gruppen bilden lassen. Außerdem sind die genetischen Unterschiede *innerhalb* einer „Rasse" größer als *zwischen* solchen konstruierten biologischen Bevölkerungsgruppen.

Hanne: Also die HumanbiologInnen sind jetzt davon abgegangen, von äußeren Merkmalen, zum Beispiel der Hautfarbe, zu reden, sondern machen das jetzt an Genen fest. Und sie glauben, man kann das verschleiern, weil Otto Normalverbraucher oder Emmi Normalverbraucherin sich ja Gene nicht direkt angukken kann. Aber im Prinzip sind es ja wieder einfach typologisch-biologische Merkmale, an denen sie den Rassenbegriff festmachen. Siehst du das auch so?

Jakob: Ja, letztlich teilen sie da wieder die Menschheit in biologische Gruppierungen ein. Wenn man sich die Geschichte der Humanbiologie anguckt, gibt es eine Tendenz weg von äußerlich sichtbaren, ins Auge fallenden Merkmalen hin zu eher abstrakteren Kriterien. Ein weiteres Beispiel dafür ist die Intelligenzforschung. Hier ging die Entwicklung vom Schädelmessen und Gehirnwiegen über den individuellen Intelligenzquotienten hin zu statistischen Aussagen, zum Beispiel über angebliche durchschnittliche Intelligenzunterschiede zwischen Schwarzen und Weißen.

Hanne: Die alte Methode mit der suggestiven Macht der Bilder hat lange gut funktioniert, und sie hat in vielen Bereichen noch keinesfalls ausgedient; so finden sich auch in neueren Brockhaus-Auflagen die klassischen Rassengalerien. Daß heute weniger sichtbare Merkmale im Vordergrund stehen, sehe ich im Zusammenhang mit der Verwissenschaftlichung. Wenn die BürgerInnen das nicht mehr selber wahrnehmen können, sondern auf Fachleute angewiesen sind, ist das eine modernisierte Möglichkeit für die Wissenschaft, Herrschaft auszuüben beziehungsweise Herrschaft zu unterstützen.

Jakob: Ja, das denke ich auch. Hinzu kommt noch in der politischen Auseinandersetzung, daß diese Dias mit den Hautfarben und Nasenformen heute nicht opportun sind, weil sie zu deutliche Bezüge zum Nationalsozialismus zeigen.

Hanne: Ich will noch mal zurückkommen auf den Ursprung. Du hast gesagt: Eigentlich ist das Ganze - ich sage das jetzt mal etwas lax - erfunden worden, um die weiße Herrschaft über die Kolonialländer zu sichern. Deshalb wurden damals die Menschen, die in den kolonisierten Ländern wohnten, gerne als „Wilde" bezeichnet. Der Rassebegriff wurde also erfunden, um Leute zu hierarchisieren und dann mit diesen Hierarchien Macht auszuüben, indem bestimmt wurde, wer ans untere Ende der Hierarchie kommt und wer am oberen Ende ist.

Jakob: Ja, und es ist auch bemerkenswert, daß die weißen europäischen Männer bei all ihren

Hierarchisierungen, ob nach Rassen oder nach Geschlechtern oder wie auch immer, darauf geachtet haben, daß sie selber am oberen Ende der Hierarchie zu stehen kamen.

Hanne: Klar, sie hatten ja auch erstmal die wirtschaftliche Macht. Und ich denke, daß nicht nur ein finanzieller Imperialismus, sondern auch ein Kulturimperialismus stattgefunden hat, zum Beispiel durch die Kirchen.

Jakob: Ja, die Kirchen waren Helfershelfer des Kolonialismus, das kann man wohl so sagen, und die Naturwissenschaftler und sonstige Wissenschaftler waren weitere Helfershelfer, die halt auf unterschiedlichen Ebenen dieselbe Herrschaft gerechtfertigt haben.

Hanne: Ich finde es an dieser Stelle sehr wichtig, zu betonen, daß das keine Verschwörung aller dieser Gruppen war, sondern daß sie Hand in Hand gearbeitet haben. Sie haben sich nicht irgendwo getroffen und verabredet, wie sie das machen, sondern das ist im Rahmen von Wechselwirkungen entstanden. Und da sie weiß waren, konnten sie sich schnell auch unabgesprochen einigen, daß selbstverständlich sie die Macht erhielten. Sicherlich haben auch Rangkämpfe in den oberen Positionen stattgefunden, das ist jedoch unwesentlich gegenüber dem, was das gemeinsame Ziel war, nämlich die Schwarzen am ganz unteren Ende der Hierarchie zu halten. Vor diesem Hintergrund kann wohl kaum von Wertfreiheit der Wissenschaft gesprochen werden.

Jakob: Darum argumentieren wir, die „AG gegen Rassenkunde", nicht damit, ob das nun gute oder schlechte, also richtige oder falsche Wissenschaft ist. Sondern unsere Frage ist, welche Ideologien mit Wissenschaft gerechtfertigt werden und ob Wissenschaft zu einer freieren Gesellschaft beiträgt oder eben zu Hierarchisierung. Im Universitätsbereich kreisen leider die Diskussionen sehr oft nur darum: Ist das jetzt richtig oder falsch? Das ist so gar nicht die Frage, denn es gibt keine objektiven Wahrheiten oder objektiven Kategorien.

Hanne: Das kann ich nur unterstützen. Es gibt ja auch den Spruch: Herrschende Wissenschaft ist Wissenschaft der Herrschenden, und ich denke, das macht das sehr deutlich. Denn die Herrschenden finanzieren stets die Wissenschaften und bestimmen, was wie geforscht und was mit Geldmitteln belohnt wird, aber auch, was nicht erforscht werden darf, denn über das Geldzuteilen oder -abgraben wird das gesteuert.

Jakob: Ja, in jedem Fall. Nun ist das Institut für Humanbiologie zwar ein relativ kleines Institut, aber es verfügt durchaus über einiges an Drittmitteln für Forschung, und Rainer Knußmann, der Direktor dieses Instituts, ist auch Fachgutachter für Anthropologie bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Das Institut gehört also zu einer Gruppierung innerhalb dieses Faches, die auch einigen Einfluß hat, was Mittelvergabe angeht. Das zeigt, daß ein Interesse daran besteht, so etwas zu finanzieren.

Hanne: Gut, diesen Punkt möchte ich jetzt nicht weiter ausführen, denn unser Thema ist Rassismus und Herrschaft heute, und zwar in bezug zur Ausgrenzung von Behinderten oder von Schwulen und Lesben. Das wollen ja manche ganz schwer wahr haben. Es gibt eine ganze Reihe von Leuten, die Rassismus auf die Diskriminierung und Benachteiligung von Schwarzen beschränken. Sie sagen: Rassismus ist etwas anderes als Behindertenfeindlichkeit oder Schwulen- Lesbenfeindlichkeit.

Jakob: Für mich hängt das zusammen. Es ist nicht das gleiche, aber es sind doch sehr ähnliche Mechanismen, ob es sich um die Einteilung der Menschheit in sogenannte Gesunde und sogenannte Kranke oder in Männer und Frauen oder in verschiedene Rassen oder nach Hetero- und Homosexuellen handelt. In allen diesen Fällen wird mit naturwissenschaftlichen Kategorien eine hierarchische Einteilung von Menschen vorgenommen. Gleichzeitig werden dafür naturwissenschaftliche Begründungen herangezogen, die diese Kategorien dann scheinbar objektiv und unhinterfragbar machen. Das ist der typische Mechanismus bei diesen naturwissenschaftlichen Kategorien.

Hanne: Stimmt. Du hast ja vorhin schon benannt, daß der Rassebegriff zunehmend nicht mehr an Hautfarben oder an anderen äußerlichen Merkmalen aufgehängt wird, sondern an genetischen Merkmalen. Und ich könnte mir vorstellen, daß dann eines Tages ganz bestimmte sogenannte Erbkrankheiten quasi zu rassischen Merkmalen erklärt werden. Da braucht nur das eine oder andere Merkmal, daß in einer bestimmten Gegend häufiger auftritt, für anormal oder krankhaft erklärt zu werden, um eine ganze Bevölkerung als Gruppe zu „Erbkranken" zu stempeln.

Jakob: Das ist eine Gefahr, die dabei besteht. Es ist ein ähnlicher Mechanismus, wie wenn zum Beispiel nach dem Homo-Gen geforscht wird, was ja im Moment ständig durch die Presse geht, daß man irgendwelche genetischen Ursachen für Homosexualität glaubt festgestellt zu haben. Auch da geht es darum, das Unerwünschte irgendwann beseitigen zu können. Oder genauso, wenn nach der statistischen Wahrscheinlichkeit von Erbkrankheiten geforscht wird, da geht es ebenfalls darum, irgendwann genetisch eingreifen zu können.

Hanne: Zur Zeit würden sie nie laut sagen, daß sie bestimmte Rassen zum Verschwinden bringen wollen, das wäre heute doch nicht mehr so recht angesagt. Wenn es aber „nur" noch um genetische Merkmale geht, dann wird eine Doppelstrategie gefahren, einmal durch verschiedene gentechnische Verfahren ganz bestimmte Merkmale zum Verschwinden zu bringen oder aber durch pränatale Selektion die Menschen zum Verschwinden zu bringen. Es wird noch ein Kampf werden, welcher Forschungsschwerpunkt sich durchsetzt; aber egal, welche Linie gewinnt, in jedem Fall verdient die Pharmaindustrie daran. Die Pharmaindustrie will die Tests verkaufen, Arbeitgeber und Versicherungen werden aus Profitgründen für den Absatz sorgen.

Jakob: Ja, darauf wird es wahrscheinlich hinauslaufen. Projekte, in denen sich diese Bestrebungen bündeln, sind solche wie das „Human Genome Project", in dem das ganze menschliche Erbgut aufgeschlüsselt

werden soll. Von den ForscherInnen, die sich daran beteiligen, sagen einige ganz offen, daß man dann, wenn man das mal beendet hat, auch endlich bestimmte Merkmale beseitigen könne. Sie ignorieren, daß, wenn man einzelne Merkmale eines Menschen verändert, auch den ganzen Menschen verändert.

Ob das wirklich funktioniert, ist noch eine ganz andere Frage, aber darum geht es auch gar nicht; sondern es geht um den Willen, Eigenschaften oder auch Menschengruppen zu eliminieren.

Hanne: Bei sozialen Eigenschaften wird das nicht funktionieren. Leider funktioniert es bei einigen körperlichen Merkmalen aber durchaus schon, zum Beispiel in der Pränataldiagnostik, indem die Föten selektiert werden, um ganz bestimmte Dinge zu verhindern. Dann kommen wir in die ganze politische Diskussion, wie das begründet wird. Es wird ja gerne damit begründet, Leid zu verhindern. Es besteht aber die Gefahr, daß irgendwann gesagt wird, es bedeute soviel Leid, eine schwarze Hautfarbe zu haben, oder es wird Menschen geben, die das Interesse haben, sich eine weiße Haut für ihre Kinder pränatal zu kaufen, und daß dann diese Dinge zumindest probiert werden. Was das alles nach sich zieht, das ist heute noch gar nicht einzuschätzen, denn ich denke, selbst unsere furchtbarsten Phantasien werden nicht ausreichen, um das zu beschreiben, was dann wirklich passiert. Es stellt sich aber die Frage: Was tun?

Jakob: Historisch finde ich es auch interessant, wie sich die Begründungen für Sterilisation und Euthanasie im Laufe der Zeit entwickelt haben: Die klassische Eugenik beziehungsweise Rassenhygiene in Kaiserreich, Weimarer Republik und NS-Zeit hat ja noch nicht so sehr mit dem Leid des Individuums argumentiert, sondern die haben noch ganz offen mit dem Wohl eines konstruierten Kollektivs argumentiert, nämlich des Volkes, das angeblich geschädigt werde, wenn man die „Erbkranken" zur Fortpflanzung zuläßt...

Hanne: Da möchte ich dir widersprechen. Es war eigentlich schon immer alles da. Schon Binding/Hoche von 1920 haben auch mit dem individuellen Leid argumentiert. Es wurde immer die ganze Bandbreite der Argumente, sowohl das individuelle Leid als auch die zu hohen Kosten als auch das Absprechen des Menschseins bei ganz bestimmten Personen, angeführt. Mal wird das eine etwas stärker betont und mal mehr das andere, aber diese drei Argumentationsstränge sind immer da. Ich glaube, es macht keinen Sinn, das so stark auseinanderzudividieren. Das ist ja zum Beispiel auch die Linie mancher Bioethiker, die einfach sagen: Wir grenzen uns von dem Nationalsozialismus dadurch ab, daß es um das individuelle Glück oder das Glück in der Familie geht. Aber auch das kann man bei Binding/Hoche zum Beispiel schon nachlesen.

Jakob: Ja, da hast du recht. Ich wollte auch auf gar keinen Fall die heutigen Begründungen für harmloser erklären, sondern ich wollte gerade darauf hinaus, daß es letztlich darum geht, das gleiche durch die Hintertür wieder einzuführen. Und in Krisenzeiten, wie wir sie ja nun auch wieder haben, kann sehr leicht die offene ökonomische Argumentation wieder hochkommen.

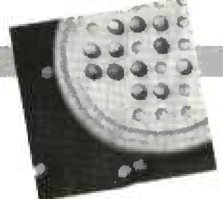
Hanne: Ich nenne das gerne immer ökonomische und emotionale Kosten. Das sind die beiden Faktoren, auf die sich das reduzieren läßt. Emotionale Kosten umfassen dann sowohl die Familie oder die Gesellschaft als auch den Einzelnen oder die Einzelne.

Jakob: Selbstverständlich gehört das zusammen. Es ist aber sinnvoll, diese Argumentationen analytisch zu unterscheiden, um deutlich zu machen, daß im Grunde dasselbe Menschenbild und dieselben Bestrebungen dahinterstehen.

Hanne: Das zu analysieren finde ich auch richtig und dann zu fragen: Warum ist in welchem Zeitraum gerade der eine Aspekt mehr im Vordergrund und in dem anderen der andere.

Jakob: Wenn gesagt wird, man wolle Leid verhindern, dann ist immer die Frage: erstens, was als Leid überhaupt definiert wird, und zweitens wird damit die ganze Problematik der Kategorisierung auf den Einzelnen/die Einzelne verschoben, somit wird die Gesellschaft freigesprochen. Es geht mir darum, die Gesellschaft so zu gestalten, daß Menschen mit den einen oder anderen Eigenschaften eben kein Leid erfahren; es geht nicht darum, bei dem einzelnen Menschen irgendetwas wegzumachen oder Menschen wegzumachen, sondern es geht darum, in der Gesellschaft was zu verändern. Wenn man aber Eugenik oder Pränataldiagnostik und was da alles dranhängt propagiert, dann ist das eine Argumentation, die sagt: Die Gesellschaft ist eigentlich in Ordnung, nur bestimmte





Menschen seien nicht in Ordnung.

Hanne: Es gibt noch einen weiteren Aspekt: Das ist die aberwitzige Vorstellung, es könne eine leidfreie Gesellschaft geben. Denn in unserer dichotomen Gesellschaft, die immer auf Gegensatzpaaren aufgebaut ist, kann es so etwas gar nicht geben. Da müßte die ganze Gesellschaft so verändert werden, daß die ganzen dichotomen Begriffe, also gegensätzlichen Begriffe, zweipoligen Begriffe - wie heterosexuell-homosexuell, gesund-krank, Mann-Frau, glücklich-unglücklich oder Glück und Leid - sich verändern, denn solange diese Gesellschaft noch in gegensätzlichen Kategorien denkt und handelt, kann es nicht nur pures Glück geben. Es gibt dann immer nur neue Definitionen: Was ist Leid? Und ich sage an dieser Stelle immer gerne: Irgendwann werden die Menschen mit Liebeskummer ermordet, weil sie auch ganz unglücklich sind.

Jakob: Da stoßen wir im Grunde an die Frage: Was wollen wir als gesellschaftliche Utopie? Ein weites Feld...

Hanne: Es ist notwendig, sich solche Bilder zu erarbeiten. Konkrete, wie eine diskriminierungsfreie Gesellschaft, das heißt: Ich möchte selbstverständlich, daß alle Häuser so gebaut werden, daß ich in jedes Stockwerk und in jeden Raum mit meinem Rollstuhl komme, daß selbstverständlich jedes Buch und jede Zeitung aufgelesen zur Verfügung steht, daß Gebärdensprache als erste Fremdsprache gelehrt wird... Und du möchtest bestimmt auch überall hingehen können, ohne irgendwie schräg angesehen zu werden oder einen Job nicht zu kriegen, wenn sie feststellen, daß du Männer liebst und keine Frauen. Aber das reicht nicht aus, denn ich bin nicht der Überzeugung, daß diese Gesellschaft gut ist und nur ein paar kleine Fehler hat, und wenn man die korrigiert, dann ist alles in Ordnung. Ich denke, es müssen ganz andere Bilder entworfen werden.

Jakob: Unter anderem würde dazu gehören, daß es eine hierarchiefreie Gesellschaft wäre; die ist schwierig konkret zu entwerfen, aber ich fände es sehr wichtig, daß sie eben nicht mit den dichotomischen Kategorien und Hierarchisierungen arbeitet, von denen du sprachst.

Hanne: Ein Beispiel wäre, wenn bestimmte Begriffe ihre Bedeutung verlören und deshalb nicht mehr existierten, zum Beispiel Mann-Frau, das alles, was ich vorhin aufgezählt habe, behindert-nichtbehindert, schwul-hetero. Vielleicht würden dann diese Hierarchisierungen wegfallen.

Jakob: Daher ist es in der Diskussion um Wissenschaft und ihre Kategorien sehr wichtig, nicht nur zu versuchen, irgendwelche Wertungen umzudrehen, also etwa in der Richtung, wie es ja manchmal gemacht wird, Frauen seien die besseren Menschen, weil sie die und die biologischen Eigenschaften hätten; sondern ich halte es für unverzichtbar, die Kategorien selber anzugreifen und auseinanderzunehmen.

Es geht dabei nicht nur um den eigentlichen Wissenschaftsbetrieb. Denn alle diese Kategorien und Konzepte finden sich - mehr oder weniger unhinterfragt - tagtäglich in Massenmedien, im Schulunterricht und in populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen aller Art wieder.

Hanne: Ja, einschließlich Videoclips, Frauenzeitschriften, Schwulenmagazine, stromlinienförmige Krüppel-Hochglanzpostillen...

Jakob: Noch ein weites Feld, um Weltbilder anzugreifen...

Hanne: Gut, das ist ein erster Schritt. Da der Kapitalismus jedoch ohne Hierarchien nicht auskommt, ist seine Überwindung vermutlich Voraussetzung für eine hierarchiefreie Gesellschaft. Ich habe ja vorhin die Frage gestellt: Was können wir tun? Denn ich denke, nur theoretische Bilder zu entwerfen oder Utopien zu entwickeln, ist vielen Leuten zuwenig, und das kann einem auch, wenn es keine Strategie gibt, wie man die angeht, ein ohnmächtiges Gefühl bereiten. Aber jedeR kann anfangen, etwas zu tun. Meine Vorschläge sind dann immer zum Beispiel für die Frauen: Pfeift auf die pränatale Diagnostik, macht nicht mit, keine selektive Pränataldiagnostik, sondern nur das, was wirklich unbedingt nötig ist, damit ihr und das Kind die Schwangerschaft gut übersteht, aber kein Kind zum Aussuchen! Und an die Männer: Unterstützt die Frauen dabei! Und dein Beispiel, im Wissenschaftsbereich Kategorien wirklich grundsätzlich zu hinterfragen und genau hinzugucken, ist auch ein Schritt in genau diese Richtung.

Jakob: Und was auch wichtig wäre, ist, andere Forschungen zu finanzieren als sie bisher finanziert werden. Dazu gehört, daß solche Versuche wie die Schwulenvermessungen von 1985 nicht von der Deutschen Forschungsgemeinschaft bezahlt werden, sondern statt dessen solche Forschungen, die darauf hinzielen, diese Kategorien historisch und gesellschaftlich zu hinterfragen.

Hanne: Das ist wohl wahr.

Jakob: Und außerhalb des wissenschaftlichen Elfenbeinturms... naja, da bin ich, ehrlich gesagt, in vieler Hinsicht auch ein bißchen ratlos, wie man das jetzt gesellschaftlich umsetzt.

Hanne: Wichtig ist, nicht den Mund zu halten, sondern sich zu wehren. Ich finde es sehr erschreckend, daß in ganz vielen Bereichen kaum noch so etwas wie Protest oder gar Widerstand entsteht. Protest ist für mich die unterste Form, zu zeigen: So nicht! Und aus dem Protest kann Widerstand erwachsen, und aus Widerstand kann immer noch mehr erwachsen... Es ist dringend erforderlich, daß die Leute ihren Mund aufmachen, sich nicht anpassen, sich zusammentun und sich wehren, auch wenn mit sehr vielen Repressionen gedroht wird. Zur Zeit ist die Repression sehr stark.

Jakob: Die Repression ist die eine Seite. Was ich fast noch schlimmer finde, gerade gegenwärtig, ist die innere Anpassung. Viele Unterdrükungsmechanismen werden gar nicht mehr als solche erkannt. Der gegenwärtige Kapitalismus, das gegenwärtige Patriarchat und so weiter werden als die natürlichen Gegebenheiten anerkannt, und das finde ich noch erschreckender.

Hierzu gehört auch, daß Homo-Politik von immer mehr Schwulen auf das Anstreben der bürgerlichen Ehe reduziert wird; oder daß schwule Wissenschaftler selber nach dem Homo-Gen forschen, weil sie glauben, dadurch die Natürlichkeit der Homosexualität nachweisen zu können, um sich so vor der Gesellschaft zu rechtfer-

tigen. Sie bedenken nicht, daß sie damit Versuchen zu ihrer eigenen Ausrottung in die Hände arbeiten.

Hanne: Dazu ein weiteres Beispiel: Was ich immer so erschreckend finde, ist, daß viele als behindert kategorisierte Menschen sagen: „Ich habe dieses und jenes, das ist eine Erbkrankheit; ich will nicht das Kind mit derselben Krankheit wie ich, denn diese Gesellschaft ist so schrecklich." Das macht mich immer ganz wütend, weil das genau die Anpassung ist, von der du gesprochen hast. Meine Einstellung dazu ist einfach: Wir müssen mehr werden.

Jakob: Ja, und auch immer wieder offensiv sagen: Es hat niemand das Recht, uns den Lebenswert oder die Lebensfreude abzusprechen, sondern wir bestimmen immer noch selber, wie wir leben wollen.

Hanne: Gut, ich glaube, daß das ein ganz guter Schlußsatz ist.



KrüppelInnen machten Party

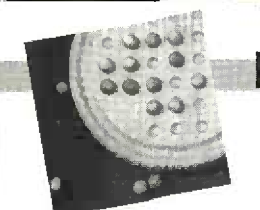
Sommer, Sonne, gute Stimmung und 6000 bis 8000 BesucherInnen - für die MacherInnen des Kasseler Festivals „Krüppelpower II" am 30 und 31. Mai war das diesjährige Open-Air ein voller Erfolg. In hellen Scharen strömten die sowohl nichtbehinderten als auch behinderten Gäste auf das in der Nähe des Schloß Wilhelmshöhe gelegene, weitgehend rollifreundliche Gelände, angelockt von Bands wie der Jazzkantine, Ina Deter, Stoppok, Anarchist Acadamy, Die Braut haut ins Auge und der Walter Trout Band. Während diese größeren Acts sich aus unbehinderten Mitgliedern zusammensetzten, bestanden die kleineren größtenteils aus behinderten MusikerInnen: Bands wie Station 17, die GHW-Combo, Sax as Sax Can alias Klaus Kreuzeder oder der HipHoper Mat Fraser gaben sich die Ehre und wurden nicht weniger bejubelt.

Das Konzept des für die Organisation verantwortlichen Kasseler Vereins roll over e.V., zu „zeigen, daß auch Behinderte selbstbewußt sind und stolz" ging jedenfalls auf: Eine Riesenparty von Behinderten für „alle", bei dem sich selbst und der Öffentlichkeit bewiesen werden konnte, daß Behinderte eben nicht die sind, „die immer so schrecklich leiden müssen", wie Mitorganisator Christian Judith auf einer Pressekonferenz den JournalistInnen erklärte. Denn neben der Party drehte sich auch inhaltlich einiges ums Thema Ausgrenzung Behinderter bzw. Forderungen nach gleichen Rechten für behinderte Menschen: Zum einen bei zwei Podiumsdiskussionen zu den Themen Gleichstellungsgesetz und Bioehtikkonvention, die beide jedoch wohl zum Großteil aufgrund des ungünstig gelegten Programmplatzes am Mittag eher schlecht besucht waren, zum anderen an mehreren Infoständen von verschiedenen Behindertenverbänden und -organisationen. Daneben gab es durch bereitstehende Rollstühle für normalerweise laufende Menschen die Chance, auf unebenen Rasen mal ihre Fahrkünste zu testen.



Finanziell sind die InitiatorInnen wohl ganz gut weggekommen: Obwohl es genauere Zahlen noch nicht gibt, sind jedenfalls keine Einbußen zu erwarten, im Gegensatz zum ersten „Krüppelpower" -Festival, bei dem starker Regen und der daraufhin schwache Zuschaueransturm den VeranstalterInnen einen Strich durch die Rechnung machte. Die bessere Finanzbasis ist wohl auch den Sponsoren geschuldet, unter anderem Rollstuhlhersteller Otto Bock und der Aktion Sorgenkind, welche sich trotz eines Info-Standes und des obligatorischen "Aktion-Grundgesetz-Grüns" der Plakatierungsdesings einigermaßen dezent im Hintergrund hielt.

Ein drittes „Krüppelpower"-Festival wird es also geben - ob schon im nächsten oder erst im übernächsten Jahr ist dabei noch unklar (wobei die Kritik an den teilweise nicht ganz barrierefreien Rollitoiletten und dem nichtbehinderten, dilettantischen Moderator in der Planung berücksichtigen werden soll). Klar ist für die VeranstalterInnen allerdings, daß sie den von einigen Gästen und JournalistInnen als „zu provokant" empfundenen Namen beibehaltenen wollen, nimmt er doch, wie Gracia Deecke von „roll over" es formuliert, den DiskriminierInnen „den Wind aus den Segeln" und regt zu Diskussionen an.



Der böse Blick der Bürger

VON CHRISTOPH TEUBER, HAMBURG

Wenn mensch Behindertenfeindlichkeit im Rahmen einer allgemeinen Gesellschaftstheorie mit im Ergebnis ähnlichen Phänomenen wie Rassismus, Sexismus oder Antisemitismus vergleicht, fällt ersteinmal ein Unterschied auf, der insbesondere in der Differenz zum Antisemitismus augenfällig wird.

Nichts von dem, was AntisemitInnen zur Raserei bringt und was sie als Rasseeigenschaften "der Juden" konstruieren, hat seinen Grund am Objekt des Hasses. Warum jüdische BesitzerInnen von Produktionmitteln, Kapitalisten also, genauso "widernatürlich", den "organischen Zusammenhang des Volkskörpers zersetzend" sein soll wie ein Obdachloser gleicher Religionszugehörigkeit, wirft Fragen auf angesichts einer Gesellschaft, in der Religion Privatsache ist. Diese können solange nicht beantwortet werden, wie der analytische Blick bei den Opfern und deren vermeintlichen Eigenschaften und nicht bei den TäterInnen verweilt. Auch legen alle diejenigen Rassismustheorien, die sich nicht damit begnügen, "Rasse" für eine Natureigenschaft zu halten, die dann positiv oder negativ bewertet werden kann, wert auf die Feststellung, daß bereits die Zuordnung eines Individuums zu einem Kollektiv bestehend aus Individuen gleicher Hautfarbe rassistisch ist und dem Blick der RassistInnen auf die Welt entspringt und nicht "der Natur". Abzulesen ist dies unter anderem daran, daß sich auf diese sachliche und somit scheinbar neutrale Weise auch nur das beschreiben läßt, was als "Anders" dingfest gemacht werden kann. "Farbig" beispielsweise sind so immer nur die "Anderen", "weiß" ist die Norm, an der die Abweichung gemessen wird.

(Fußnote 1: Aus diesem Sachverhalt ergibt sich auch die Komik die einer Beschreibungen anhaftet, die alle Mittel, die der Anthropologe oder Kolonialherr zur Erfassung "seines" Forschungs- bzw. Herrschaftsobjekts in Anschlag bringt, das afrikanische "Naturvolk", auf diesen und seine Kultur zurückbezieht. Aus der selbstverständlichsten Sache der Welt werden so wundersame Eigenarten.)

Der Schleier der Objektivität

Demgegenüber ist in Bezug auf Behinderte ersteinmal festzuhalten, daß es einen objektiven Grund zu geben scheint der es erlaubt, diese als besondere Gruppe auszusondern ohne bereits bei der Beschreibung der Gruppeneigenschaften ins Schleudern zu geraten.

(Fußnote 2: Ähnliches gilt für die sexistische Einteilung der Menschheit in Geschlechter. Auch hier hat die Kritik nicht die Existenz der Merkmale zurückzuweisen, auf die sich die Einteilung beruft. Vielmehr ist zu fragen, wie sie zu solchen werden konnten. Das im folgenden keine Analogien zu sexistischem Denken und sexistischer Praxis mehr gezogen werden, liegt daran, daß es sich bei den für die Betrachtung interessanten Phänomen um Ausgrenzung handelt, während Sexismus im wesentlichen Einschließung ist.)

Offensichtlich können die Mitglieder der Gruppe mindestens eine herrschende Norm nicht erfüllen. Ob das, was hier als Logik der Sache erscheint auch in der Praxis vollzogen wird - immerhin "erlaubt" die Sache die Einteilung - sie also denjenigen zur Ermächtigung wird, die als Sachwalter der Logik auftreten, geriert sich so -wie beim liberalen Multikulti-Antirassismus - wieder einmal als Gegenstand freier Entscheidung. Die Sache selbst sei neutral und nicht von der Hand zu weisen. Daß es sich bei dieser Sache um eine Gruppe von Menschen handelt, deren Zustimmung weder versucht wurde einzuholen noch daß Optionen für den Fall existieren, daß diese stillschweigende Übereinkunft zurückgewiesen wird, verschwimmt so im Schleier der Objektivität. Auch hier scheint es also angebracht zu fragen, warum die Sache denn zu einer solchen wird.

Dabei bietet es sich an, die Entstehungsbedingungen der Norm zu ermitteln, die der Sache ihre Logik aufzwingt. Die Frage, die sich so auftut, lautet: Warum trifft es genau diese Personen? So landet mensch sehr schnell bei den Verwertungsbedingungen des kapitalistischen Produktionsprozesses, in den sich ein Großteil der Behinderten nicht so effizient eingliedern kann, wie dies gefordert wird. Oder, andersherum und in der Pointierung richtiger: Die (voraussichtliche) Nichtintegration führt zur Zugehörigkeit zur Gruppe.

So wird dann klar, was der subjektive Zweck ist, dem der Schleier der Objektivität geschuldet ist und den er in dem Moment verbirgt, in dem er am Gegenstand zutage tritt. Gemessen wird jedes Individuum an einer Norm, welche diesen ersteinmal äußerlich ist. Gegenüber tritt sie ihnen z.B. in Form der Personalchefs, die über die Brauchbarkeit der Arbeitskraftbehälter zum Zwecke der weiteren Kapitalverwertung entscheiden. Aber auch dem Personalchef ist diese Norm ersteinmal äußerlich, was selbst für den Fall gilt, daß er der Kapitaleigentümer des Unternehmens ist. Die Selektion wird ihm aufgezwungen aufgrund des Konkurrenzverhältnisses, in dem der Betrieb zu anderen Betrieben steht. Um Behinderte nicht einzustellen, braucht er also privat keineswegs behindertenfeindlich zu sein, auch wenn er es seiner Funktion nach als Charaktermaske des Verwertungsprozesses durchaus ist. Zweifellos hilft ihm das bei seiner täglichen Praxis ungemein, eine Erklärung für eine gesamtgesellschaftliche Erscheinung ist das aber nicht. Und selbst die insbesondere für eine andere beteiligte Berufsgruppe, die Ärzte, durchaus plausible Annahme, daß diese dazu neigen, sich ihren Job als effiziente Verwalter des Menschenmaterials als einen zum Wohle der behandelten Individuen schönzureden, hilft hier nicht weiter:

Nicht alle diejenigen, die Menschen mit Behinderung für lebenunwertes Leben halten, sind Personalchefs oder Ärzte.

Ist die Herkunft der Norm auf diese Art und Weise gefunden, fragt es sich also noch dringender als vorher, warum sie als Haß auf Behinderte auch dort zutage tritt, wo der Verwertungszwang nichts zu suchen hat: In der Privatsphäre respektive im Alltag und im Bewußtsein der StaatsbürgerInnen. Oder: Was bringt die jeweils einzelnen Individuen dazu, sich nicht nur in der Notwendigkeit dieser oder jener staatlichen Maßnahme, sondern auch in der Auswahl der Opfer ihres unmittelbaren Mißgefallens so einig zu sein bzw. warum wird die unverschämte Anmaßung von Euthanasiebefürwortern wie Peter Singer, im Namen ihrer Opfer zu sprechen, weitgehend für plausibel gehalten? Aus "der Ökonomie" ableiten läßt sich da offensichtlich nichts.

Behinderte oder Menschen mit Behinderung?

Auffallend ist die Form, in der von Menschen mit Behinderung gesprochen und gedacht wird. Die körperliche Eigenschaft wird darin zu einer Wesenseigenschaft derjenigen, denen sie eigen ist. Aus der äußeren Norm die in einer Bezeichnung wie "Menschen mit Behinderung" vorkommt und die genauso anzeigt, daß diejenigen, die ihr nicht entsprechen können oder wollen von dem Vergesellschaftungszusammenhang, der die Norm setzt, bei der Entfaltung ihrer Möglichkeiten behindert werden, wird in der Bezeichnung "Behinderte" inneres Sein, welches sich seinen naturgemäßen Ausdruck in einer äußeren Welt schafft, in der es nichts zu suchen zu haben scheint. Kritik an einem in diesem Sinne behinderten Leben wird so im wahrsten Sinne des Wortes undenkbar und eine Bezugnahme darauf ist nur noch möglich als tolerante Duldung derjenigen oder als aggressiven Angriff auf diejenigen, die es leben und deren Natur schuld daran sein soll, daß sie es tun. Toleranz freilich ist selten in einer Situation, in denen sich gesellschaftlich vermittelte Selektion als reine Natur präsentiert. Genauso wie die Opfer des Rassismus von den TäterInnen als wesensmäßig Schwarze halluziniert werden, die garnicht anders könnten als diesem Wesen ganz und gar undeutsch Ausdruck zu verschaffen indem sie in saubere deutsche Vorgärten scheissen, sind "die Behinderten" denjenigen treuen StaatsbürgerInnen ein Dorn im Auge, die in der herrschenden Norm aufzugehen trachten.

Diese Denkbewegung verweist unmittelbar auf die Form, in der die Subjekte bürgerlicher Herrschaft, die Bürger, sich gleichzeitig zu deren Objekt machen. Ihr vom realen gesellschaftlichen Zwang gesetzter Auftrag, tätiges Mitglied der nationalen Gemeinschaft, produktiver Staatsbürger zu sein, erscheint ihnen als ihr innerstes Wesen, als Voraussetzung aller Existenz und gleichzeitig deren Sinn, der den Wert des Lebens ausmacht. "Deutsch sein" heißt so nicht formal als Bürger eines Staates anerkannt zu sein, sondern wird zum immer schon gegebenen Inhalt, der zu Form drängt. Ein deutscher Staat ist jedem deutschen Nationalisten nur der naturgemäße Ausdruck der Gemeinsamkeit aller Deutschen und was deutsch ist, weiß nicht nur der Stammtisch. Ist die damit einhergehende Herrschaft einmal als der Natur des eigenen Selbst gemäß anerkannt, die Unterwerfung also im Namen der Freiheit besiegelt und die Herrschaft so für die Ewigkeit vorgesehen, kennt es kein Halten mehr gegenüber all denjenigen, die nicht ihm und Seinesgleichen entsprechen. Die sachliche Form im vorherigen Satz ("es" kennt kein Halten mehr) deutet es bereits an: Mit Subjektivität im strengen Sinne hat dieses Selbst bei denjenigen, auf die diese Beschreibung paßt und die mit "autoritäre Charaktere" im Sinne der "Studien zum autoritären Charakter" *(Fußnote 3: Theodor W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt am Main 1996)* durchaus passend beschrieben sind, nichts mehr zu tun. Das Ich, das dem autonomen bürgerlichen Subjekt als Mittler zwischen sich und der Welt erscheint, exekutiert nur noch, was von ihm verlangt wird und rekonstituiert so den gesellschaftlichen Prozeß als objektiven Zwang. Ob zu dessen reibungslosem Ablauf die Aussonderung jedes der Wahrscheinlichkeit nach nicht integrierbaren Individuen notwendig ist oder ob sich für einige nicht doch noch gemeinnützige Aufgaben finden ließen, diese, an dem Ursprung der Norm gemessen rationale Überlegung, interessiert hier nicht mehr. Für den Extremfall, die völkischen AntisemitInnen, heißt es dazu in den Elementen des Antisemitismus auch: "Die antisemitische Verhaltensweise wird in den Situationen ausgelöst, in denen verblendete, der Subjektivität beraubte Menschen als Subjekte losgelassen werden."

(Fußnote 4: Horkheimer / Adorno, Dialektik der Aufklärung, S. 180, Frankfurt am Main 1988)

Während vor dem Blick des Personalchef das Zustandekommen der Sache mit ihren objektiven Eigenschaften noch als Ergebnis rationaler Selektion und damit als vermittelt durch subjektive Zwecksetzung zu begreifen war, verschwindet diese Vermittlung unter den Augen des autoritären Charakters, der die Welt unmittelbar zurichtet. Mehr als ein verachtendes "Ich kann das nicht mitansehen" würde er bei einer Befragung nicht hervorbringen und so werden diejenigen, die ihm nicht passen, als unwert ausgemacht und die Verachtung kann sich als Mitleid tarnen. Dazu genötigt, den subjektiven Anteil seines Tuns völlig zu verdrängen, schmeißt er sich fortan umso vehementer auf das, was er sich vom Objekt geben läßt.

(Fußnote 5: Der Begriff, den wiederum die Elemente des Antisemitismus hierfür bereithalten, ist der der Projektion, die genau in dem Moment zur pathischen Projektion wird, in dem die Reflexion darauf ausfällt: "In gewissen Sinne ist alles Wahrnehmen Projizieren. [...] Zwischen dem wahrhaften Gegenstand und dem unbezweifelbaren Sinnesdatum, zwischen innen und außen, klafft ein Abgrund, den das Subjekt, auf eigene Gefahr, überbrücken muß. Um das Ding zu spiegeln, wie es ist, muß das Subjekt ihm mehr zurückgeben, als es von ihm erhält.

Das Subjekt schafft die Welt außer ihm noch einmal aus den Spuren, die sie in seinen Sinnen zurückläßt: die Einheit des Dings in seinen mannigfaltigen Eigenschaften und Zuständen; und es konstituiert damit rückwirkend das Ich, indem es nicht bloß den äußeren sondern auch den von diesen allmählich sich sondernden inneren Eindrücken synthetische Einheit zu verleihen lernt. Das identische Ich ist das späte-

ste konstante Projektionsprodukt. [...] Das Pathische am Antisemitismus ist nicht das projektive Verhalten als solches, sondern der Ausfall der Reflexion darin. Indem das Subjekt nicht mehr vermag, dem Objekt zurückzugeben, was es von ihm empfangen hat, wird es selbst nicht reicher, sondern ärmer. Es verliert die Reflexion nach beiden Richtungen: da es nicht mehr den Gegenstand reflektiert, reflektiert es nicht mehr auf sich und verliert so die Fähigkeit zur Differenz. Anstatt der Stimme des Gewissens hört es Stimmen; anstatt in sich zu gehen, um das Protokoll der eigenen Machtgier aufzunehmen, schreibt es die Protokolle der Weisen von Zion den anderen zu." (DdA, S. 196ff))

So wie die Objektivität der Form nach im Betrachter, dem durch den Zweck hindurch erkennenden Subjekt, liegt und in dem Sinne realer Schein ist, ist die Ermächtigung, die es in der Sache erblickt, die Selbstermächtigung des Herrenmenschen.

Hier liegen die Gemeinsamkeiten des Blicks auf Behinderte mit demjenigen auf Nichtdeutsche sowie dem auf Jüdinnen und Juden. Sie sind also vornehmlich in der Form zu suchen, in der die Opfer als Objekte des Hasses ausgemacht werden sowie im Ursprung dieser Form, dem gesellschaftlichen Zusammenhang selbst, dessen Charaktermasken die TäterInnen sind. Genauer drohen sie in dem Moment zu TäterInnen zu werden, in dem sie sie schon keine Charaktermasken mehr sind, weil sie die darin implizierte Distanz zu ihrer gesellschaftlichen Rolle fallengelassen haben.

In die Fallen des Verhältnisses von Gleichheit und Differenz tappt, wer versucht, Gemeinsamkeiten durch einen Vergleich der Inhalte der jeweils dazu passenden Ressentiments festzustellen. Viel mehr als Schnittmengen aus den Summen von TäterInnenvorstellungen bzw. Opfereigenschaften sind so nicht zu bekommen, was notwendig in der Feststellung mündet, daß der konkreten Ungleichheit der einzelnen die abstrakte Gleichheit vor dem Recht entgegengehalten werden müßte "Die emanzipierte Gesellschaft jedoch wäre kein Einheitsstaat, sondern die Verwirklichung des Allgemeinen in der Versöhnung der Differenzen. Politik, der es darum im Ernst noch ginge, sollte deswegen die abstrakte Gleichheit der Menschen nicht einmal als Idee propagieren. Sie sollte statt dessen aber auf die schlechte Gleichheit heute [...] deuten, den besseren Zustand aber denken als den, in dem man ohne Angst verschieden sein kann." (Theodor W. Adorno, Melange, in: ders. Minima Moralia)

Wenn meine Enkelin mich fragt

Wenn meine Enkelin mich fragt
Was hast du getan
als es gefährlich war
für Menschen aus anderen Ländern
und für viele Andere
in deinem Heimatland

Wenn meine Enkelin mich fragt
Was hast du getan
als Menschen und ihre Würde
mit Füssen getreten wurden
Bist du bei denen gewesen,
die dagegen eingestanden sind?
Bist du in den Gruppen derer,
die diese Ungerechtigkeit
nicht hinnehmen wollten, gewesen?

Es wird in meinem Mund bitter
sein wie heute
wenn ich ihr antworten werde
Ich wollte
aber
sie haben mich nicht reingelassen

Kassandra Ruhm

(Mit Rollstuhl kannst du keine Treppen hochfliegen. Wenn Gebärdensprache deine Sprache ist, du aber ohne Dolmetscherin unter lauter Hörenden bist, die deine Sprache nicht sprechen lernen, werden Diskussionsrunden, Vorträge und Gespräche unverständlich. Wenn du Texte in Braille liest oder von Kassette hörst, bleiben dir Zeitschriften, Programme und andere Veröffentlichungen, die es nur in gedruckter Scharzschrift gibt, verschlossen.
Und das sind nicht die einzigen Gruppen von Menschen, die -gerade auch von politischen Veranstaltungen- ausgeschlossen werden.)



Politik der Organverteilung

Einige Fragen zum Thema Behinderte als Konsumenten der Transplantationsmedizin

von Volker van der Locht, BioSkop Essen

Genauere Daten darüber, ob und in welchem Ausmaß Behinderte Nutznießer der Transplantationsmedizin sind, gibt es nicht. Vom medizinethischen Standpunkt ist die Frage leicht zu beantworten. Grundsätzlich ist der Arzt dazu verpflichtet, jedem/ jeder Bedürftigen, ohne Ansehen der Person, zu behandeln. Und man/frau kann auf dieser allgemeinen Ebene keinem Transplanteur unterstellen, er würde bestimmte Gruppen der Gesellschaft benachteiligen oder bevorzugen. Indes, der immer wieder beklagte Mangel an verfügbaren Organen führt zwangsläufig zu der Frage, nach welchen Kriterien werden PatientInnen für eine Übertragung von Körperstücken ausgewählt. Anhand dieser Kriterien lassen sich zumindest Fragen formulieren, inwieweit Behinderte in die Transplantation einbezogen oder ausgeschlossen werden.

In einer Untersuchung hat der Autor Volker H. Schmidt festgestellt, daß neben medizinischen Gründen auch soziale Gründe mitentscheidend dafür sind, ob Kranke in die Transplantationsmedizin einbezogen werden[1]. Darunter fallen Nationalität, soziale Wertigkeit oder Würdigkeit (?), Selbstverschulden, Lebensalter und Erfolg.

Nationalität: Die deutschen Transplantationszentren halten sich in der Regel an die Richtlinien der Europäischen Organverteilungszentrale Europlant. Danach sind ausländische Patienten, die in Deutschland leben, den deutschen Patienten gleichgestellt (S. 60). Allerdings wird zur Entscheidungsfindung einer auch die Kenntnis der Landessprache vorausgesetzt. Da laut Meinung der Ärzte der Erfolg einer Transplantation davon abhängt, ob der/ die Operierte sich an die medizinischen Vorgaben einer regelmäßigen Lebensführung wie z.B. konsequente Einnahme der Medikamente, hält, werden teilweise Ausländer ohne Kenntnis der Landessprache ausgeschlossen, weil sie den Erklärungen des Arztes über Änderungen in der Lebensgestaltung nach einer Operation nicht folgen können. Ein Arzt schließt etwa seit Jahren in Deutschland lebende Ausländer ohne Deutschkenntnisse von der Behandlung aus "Eine Sprache kann man lernen. Wenn der Patient dazu nicht bereit ist, denken wir, dann hat es keinen Sinn." (S. 96)

Soziale Wertigkeit: Bei diesem Kriterium handelt es sich darum, welche Bedeutung ein möglicher Transplantationskandidat für die Gesellschaft hat. Im einzelnen werden darunter verstanden: Familienstand, Bildungsstand, Beruf, Einkommen, Lebenswandel inklusive sexuelle Neigungen wie auch den Grad der Integration ins Gemeinschaftsleben (Zahl der Mitgliedschaften in Vereinen etc.)

Nach diesem Bewertungsschema werden Arbeitslose, Kriminelle, Prostituierte Homosexuelle im Rahmen der Transplantationsmedizin benachteiligt. Befürworter dieser Ausschlußpraxis unter den Medizinern argumentieren, daß mensch aufgrund des Organmangels nicht alle potentiellen EmpfängerInnen auf eine Stufe stellen könne und "daß u.U. die besten und wertvollsten Mitglieder der Gesellschaft zugunsten zwielichtiger Gestalten oder leicht ersetzbarer Durchschnittsbürger übergangen werden müßten." (Zitat S. 64)

Selbstverschulden: Der Ausschluß von einer Organtransplantation durch Selbstverschulden betrifft die Kranken, die angeblich oder tatsächlich durch ihren Lebenswandel oder ihre Konsumgewohnheiten das Organ zerstört haben, das transplantiert werden soll. Bekannteste Beispiele sind AlkoholikerInnen mit Leberzirrose, denen eine fremde Leber oder RaucherInnen, denen eine Lunge eingesetzt werden soll. (S. 66-71)

Alter: Ebenso gilt das Alter eines/ einer Patienten/Patientin als Ausschlußgrund für eine Transplantation: Denn mit zunehmend vorgerücktem Alter wird auch die Zeitspanne nach einer Operation kürzer, die nach Ansicht der Transplanteure als "wertes" und erfolgreiches (Arbeits)-Leben zu führen. Das heißt zu erwartende "Pflegebedürftigkeit" im Alter mindert die "Lebensqualität", so daß bei älteren Menschen eher Abstand von einer Transplantation genommen wird als bei jüngeren.

Erfolg: Schließlich bestimmt der mögliche Operationserfolg darüber, ob Kranke in den Empfängerkreis eines fremden Organs gelangen. Insbesondere bei Älteren wird eine geringere "Erfolgsquote" unterstellt (S. 77).

Behinderte in der Transplantationsmedizin

Anhand der dargestellten Auswahlkriterien für eine Transplantation läßt sich vermuten, daß auch Krüppel/ Behinderte eher seltener als häufiger auf die Wartelisten der Transplantationszentren gesetzt werden. Wenn bei Ausländern das Sprachproblem und damit zusammenhängend ein mangelndes Verständnis für eine streng kontrollierte Lebensführung unter ärztlicher Aufsicht dafür herhalten muß, um sie von den "Segnungen" der Organmedizin auszuschließen, dann ist zu fragen, wie etwa bei geistig behinderten Menschen entschieden wird, die den "rationalen" Erklärungen der Ärzte nicht folgen können?

Welche "soziale Wertigkeit", ei-

nem weiteren Auswahlkriterium, haben Behinderte in der Gesellschaft, die überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind und deren gesellschaftliche Integration durch unterschiedlichste Barrieren vielfach behindert (!) werden?

Wie sieht die Entscheidungsfindung für eine Transplantation bei Behinderten aus, wenn ihnen wie bei alten Menschen eine "mindere Lebensqualität" durch Assistenzbedürftigkeit unterstellt wird und sie eine geringere Lebensspanne nach dem Eingriff zu erwarten haben?

Und wie schätzen Ärzte bei behinderten Menschen die Erfolgsaussichten einer Operation ein, wenn bei ihnen wie bei den Alten mehr Komplikationen und weniger positive Ergebnisse erwartet werden?

Primat der Therapie

Dennoch kann den Transplanteuren nicht ohne weiteres vorgeworfen werden, sie würden bewußt und mit der Intention der Diskriminierung verschiedene Randgruppen von der Transplantation ausschließen. Denn die Geschichte belegt den expansiven Charakter der Organverpflanzung , da diese Medizin mit dem Anspruch verknüpft ist, jedem "bedürftigen" Patienten das Organ zur Verfügung zu stellen, dessen er nach medizinischer Lehrmeinung bedarf.

Dies zeigt auch Schmidt in seiner Untersuchung. So befürworten nicht alle Transplanteure den Ausschluß Nichtdeutscher, weil an jedem größeren Krankenhaus Dolmetscher tätig sind. Darüber hinaus haben Ausländer, die länger in Deutschland leben, meist Angehörige, die übersetzen können (S. 96/97). Doch deutet diese Vorgehensweise an, daß erst kurz in Deutschland wohnende Ausländer oder Flüchtlinge ohne deutsche Sprachkenntnisse kaum eine Chance haben, auf die Warteliste eines Transplantationszentrums zu gelangen. Ebenso ist die soziale Bewertung von Menschen bei der Entscheidung für die Einsetzung eines Organs ist eher rückläufig. So spielen gesellschaftliche Werteverschiebungen mit eine Rolle, daß es eine größere Toleranz gegenüber Normabweichungen jedweder Art gibt und heute Menschen operiert werden, die vor zwanzig Jahren keine Chance bekommen hätten. Einige Kritiker weisen gar die soziale Bewertung eines Menschen angesichts der Entscheidung zwischen Leben und Tod zurück. Doch der Organmangel ist für die Transplanteure existent, so daß eine dritte Position wohl die realistischste scheint - die Delegation der Entscheidung auf eine interdisziplinäre Ethikkommission. (S. 64/65) Das heißt, soziale Bewertungskriterien mögen eine geringere Rolle spielen, haben aber auch heute noch eine Bedeutung.

Schließlich hat sich auch die Altersgrenze, ab der Menschen von einer Operation ausgeschlossen werden, in den Jahren seit Existenz der Transplantationsmedizin immer mehr verschoben. Galt früher eine Grenze bis zum 50. Lebensjahr bei der Einsetzung der wichtigsten Organe, gehen heute manche Ärzte bei der Nierentransplantation bis zum 70. Lebensjahr. Ein Transplanteur meint, so Schmidt, daß es in diesem Zweig der Medizin kaum noch starre Altersgrenzen gibt. (S. 72/73). Das heißt, auch die diskriminierten Gruppen von Armen, Behinderten, Lesben/Schwulen etc. werden zunehmend in die Transplantationsmedizin einbezogen.



Gleicher Zugang zu Organen?

Kann aber trotz sinkender Tendenz des Ausschlusses eines Teils möglicher TransplantationskandidatInnen infolge des auf Dauer bestehenden Organmangels die Forderung aufgestellt werden, gleicher Zugang zu Organen für Alle? Wo kommen die Organe her, die die Transplantationsmedizin einsetzt? Da viele Körperstücke, die in der Medizin verbraucht werden, vor der Explantation durchblutet sein müssen, wird seit Jahren wird über den Todeszeitpunkt beim Menschen disku-

tiert. Der Hirntod, das heißt die nicht mehr feststellbaren Hirnfunktionen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Herz-Kreislauffunktionen , hat sich dabei für die Transplanteure als opportun erwiesen. Denn in diesem Fall bleiben Organe durchblutet.

Doch entgegen der seit Jahren formulierten Kritik, Hirntote seien Lebende allenfalls Sterbende wurde der Hirntod im deutschen Transplantationsgesetz als Kriterium eingeführt, da sonst viele Transplantationen gar nicht möglich wären - und damit nicht genug. Bereits seit mehreren Jahren wird unter Medizinern und Bioethikern darüber beraten, bei Wachkoma-PatientInnen die Ernährung einzustellen, d.h. sie Verhungern zu lassen, um deren Organe zu explantieren. So führte das Institut für Wissenschaft und Ethik zusammen mit dem King's College London bereits im Dezember 1995 eine Tagung über den Behandlungsabbruch bei Wachkoma-Patienten durch[2]. Im April 1997 trat Prof. Einhäupl auf einer Anhörung über fremdnützige Forschung an nichteinwilligungsfähigen Patienten in Berlin u.a. mit folgenden Sätzen hervor: "Natürlich geht es hier nicht nur darum, komatösen Patienten Blut abzunehmen - so niedlich sehen wir die Dinge in der Tat nicht -, sondern es geht darum, mit komatösen Patienten klinische Studien durchzuführen, die theoretisch auch dazu geeignet sind, das Leben eines komatösen Patienten zu verkürzen und ihm Schaden zuzufügen."[3]

Hier werden zielgerichtet therapierbare Menschen getötet zum Nutzen der Transplantation. Die Selbstdarstellung der Transplanteure, die Lebensqualität verbessern und das Leben verlängern, entpuppt sich daher, mit den Worten des französischen Philosophen Michel Foucault gesprochen, als eine Funktion des Rassismus[4]: "Er (der Rassismus V.L.) hat die Aufgabe, eine positive Beziehung von der Art zu begründen: ‚Je mehr Du tötest, je mehr Du sterben machst, umso mehr wirst Du deshalb leben'."

Die Transplantationsmedizin muß, um ihrem Anspruch der Lebensverlängerung zu genügen, in letzter Konsequenz töten. Nur so kann sie die Diskrepanz zwischen angeblichem Bedarf und bestehendem Mangel an Körperstücken verringern. So sehr daher der gegenwärtige Organmangel zum Ausschluß bestimmter PatientInnengruppen führt - und vermutlich auch Behinderte - so kann eine Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit der Organe keine Perspektive sein. Die Transplantationsmedizin muß grundsätzlich abgelehnt werden.



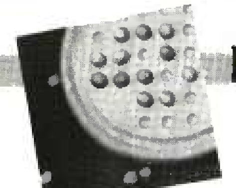
Literatur:

1) Volker H. Schmidt: Politik der Organverteilung. Eine Untersuchung über die Empfängerauswahl in der Transplantationsmedizin. Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 1996

2) Erika Feyerabend: Entscheidung zum Töten. In: die randschau Nr. 1/1996, S. 32-34

3) Aus: Ein denkwürdiges Beispiel aus dem Berliner Universitätsklinikum. Warum Prof. Einhäupl WachkomapatientInnen beforscht. BioSkop Dezember 1997, S. 8

4) Michel Foucault: Leben machen und Sterben lassen. Die Geburt des Rassismus. In: DISS-Texte Bio-Macht. Duisburg 1992, S. 42



Das Selbstbestimmungsrecht zu verhungern

Der Beschluß des OLG Frankfurt über "Sterbehilfe" für Behinderte und die gegenwärtige Debatte um "Euthanasie"

VON OLIVER TOLMEIN

"Wer Selbstbestimmung fordert, muß sich seiner Endlichkeit stellen" - der Ende Juli gefasste Beschluß des Oberlandesgerichts Frankfurt a.M., der künftig ermöglichen soll, daß bewußtlose Menschen künftig durch Verhungernlassen getötet werden können, motivierte Juristen und Medizinethiker zu erhabenen Gedanken über den Stellenwert des Selbstbestimmungsrechts von Patienten, der sich gegenüber dem Arzt zusehends als "mündiger Bürger" profilieren könne, weil durch Entscheidungen wie die des OLG Frankfurt sein Selbsbestimmungsrecht gestärkt würde.

Daß der Beschluß der Frankfurter Richter mit einer Stärkung des Selbstbestimmungsrechts behandlungsbedürftiger Menschen dagegen tatsächlich nichts zu tun hat ergibt sich dabei schon aus der Fallbeschreibung, die die Richter selber in ihrem wenige Seiten langen Beschluß niedergeschrieben haben: "Die fast 85-jährige Betroffene befindet sich seit dem 29.12.1997 in stationärer Behandlung im Krankenhaus Nordwest in Frankfurt am Main. Ein ausgedehnter Hirninfarkt hatte zu einer anhaltenden Bewußtlosigkeit (Koma) mit vollständigem Verlust der Bewegungs- und Kommunikationsfähigkeit geführt. Sie wird über eine Magensonde (PEG) ernährt. Eine Besserung ihres Zustandes ist nicht zu erwarten. Zu einer freien Willensbestimmung ist sie nicht in der Lage."

Wer zu einer freien Willensbestimmung nicht in der Lage ist, kann eben gerade nicht mehr selbst bestimmen. Der Ausweg, den Juristen gefunden haben und auf dem ihnen immer mehr Ärzte und Ethiker folgen, heißt "mutmaßlicher Wille". Als probates Mittel, diesen zu erkunden gelten Patientenverfügungen, die zum Beispiel diesen Inhalt haben können: "Ein Leben ohne Bewußtsein und Besserung wünsche ich nicht. Sollte dieser Zustand mehr als zwei Monate andauern, sollen die Maßnahmen zur Künstlichen Lebensverlängerung eingestellt werden." (So der Formulierungsvorschlag einer Broschüre der Betreuungsstelle der Stadt Frankfurt a.M.). Wie wenig tauglich eine solche, möglicherweise jahrelang vorab verschiedete Verfügung ist, um den Willen einer Person in einer konkreten Lage zu erkunden, ist offensichtlich: Was wenn die Chance besteht, daß das Bewußtsein nach drei Monaten wiederkehrt? Was wenn dafür eine intensive Therapie erforderlich ist? Und vor allem: Was versteht ein Mensch wie dieser unter "künstlicher Lebensverlängerung": Sauerstoffgabe? Dialyse? Ernährung durch eine Sonde? Die Ärztinnen und Ärzte, die über den Abbruch z.B: der Ernährung, die man eher als "lebenserhaltende", denn "lebensverlängernde" Maßnahme einstufen müßte, entscheiden sollen, wissen nicht, was für eine Aufklärung der Patient, der das Patiententestament erstellt hat, über die Maßnahmen und zugrundeliegende Krankheiten erhalten hat. Sie sind also auf eine Vielzahl von Mutmaßungen, die sie selbst oder die möglicherweise auch nicht interesselosen Angehörigen anstellen müssen, angewiesen. Daß Mutmaßungen Dritter über den Willen eines Menschen nicht mehr ernährt zu werden wenig mit der Ausübung von dessen Selbstbestimmungsrecht zu tun haben, liegt allerdings auf der Hand. Im Fall der Frankfurter Patientin ist es sogar besonders offensichtlich, denn die Tochter, die den Abbruch der Ernährung beantragt hat, konnte nicht einmal auf eine Patientenverfügung verweisen, sondern wußte als einziges Indiz für den "mutmaßlichen Willen" ihrer Mutter lediglich vorzubringen, daß diese sich früher gegen ein "langes Sterben" ausgesprochen habe. Nun steht aber außer Frage, daß sich ein Mensch im Koma keineswegs im Sterben befindet. Daß die Krankheit den Tod nicht verursacht ist ja gerade der Grund dafür den Abbruch der Ernährung zu fordern und damit eine eigene Ursache für den Tod, der sonst nach Meinung der Angehörigen nicht schnell genug eintreten würde, zu setzen. Daß aber ein Mensch, der nicht "lange sterben" will nur auch durch Nahrungsentzug getötet werden will, obwohl er sich gar nicht in der Sterbephase befindet, erscheint nicht wirklich überzeugend.

Daß der Wille der Patientinnen in der gegenwärtigen Debatte um das "Selbstbestimmungsrecht" tatsächlich nur eine untergeordnete Rolle spielt, ergibt sich aber noch aus etwas anderem: Kaum ein Protagonist des Abbruchs der küsntlichen Ernährung bei Komapatienten verzichtet auf die Überlegung, was eigentlich wäre, wenn die betroffenen Patientinnen nun mutmaßlich nicht den Willen hätten zu sterben, sondern zu leben; wenn ihrem "mutmaßlichen Willen" nicht der Abbruch lebenserhaltender, sondern die Aufnahme besonders intensiver lebensverlängernder Maßnahmen entspräche. Die Antwort der deutschen Rechtswisenschaftler darauf fällt eindeutig aus: Diesem "mutmaßlichen Willen" müßte nicht entsprochen

werden, nur "vernünftige" Maßnahmen müßten durchgeführt werden. Der Rechtsphilosoph Günther Jakobs, Professor an der Bonner Universität und Befürworter einer weitgehenden Liberalisierung der Sterbehilfe hat die Konsequenzen der gegenwärtigen Rechtsentwicklung in einem Vortrag benannt: "Der Bundesgerichtshof hat jüngst [in einer 1996 veröffentlichten Entscheidung zum sogenannten "Kemptener Fall", der in gewisser Hinischt der strafrechtliche Vorläufer der Frankfurter betreuungsrechtlichen Entscheidung ist, O.T.] die Zulässigkeit passiver Euthanasie erweitert, wenn auch mit der Einschränkung, die müsse dem ermittlebaren Willen des Kranken entsprechen. Diese Einschränkung ist geradezu selbstverständlich solange es keinen Standard gibt. Sollte der Behandlungsverzicht aber üblich werden, so verändert sich auch, was für Ärzte als Standard zu gelten hat, und bei einem nicht ermittelbaren und deshalb nur standardisiert zu bestimmenden mutmaßlichen Willen wird ebenso verfahren werden; gegen die erweiterte passive Euthanasie helfen dann Proteste nur solange bis sie als Skurrilität einzelner Zurückgebliebener abgetan werden können. Analog wird es sich bei der direkten Euthanasie verhalten." So ist die gegenwärtige Auseinandersetzung als spiralförmig verlaufende Herabsetzung medizinischer Behandlungsstandards zu verstehen. Gerade diese absehbare Verschiebung der Standards, die sich empirisch in der Entwicklung in den Niederlanden nachvollziehen läßt, zeigt auch, daß es in der Auseinandersetzung um die Zulässigkeit von "Euthanasie" nur im ersten Zug um die Stärkung der Selbstbestimmungsrechte von Patienten geht. Tatsächlich geht es um eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Frage der Bewertung menschlichen Lebens, die jenseits der Rechte der Individuen zu einer Verständigung darüber führen wird, welche Art von Leben gewünscht ist und erhalten werden soll und welche nicht. Die gegenwärtige Entwicklung erweist sich insofern als ein später Parallelprozeß zur Durchsetzung der pränatalen Selektion Anfang der Achtziger Jahre, der ebenfalls unter dem Vorwand der Selbstbestimmung, diesmal dem der Frau, ein medizinische Feld unter umfassende gesellschaftliche Kontrolle genommen hat. Dabei geht es neben der "intelligenten Selbstoptimierung" (Hagen Kühn), die die nichtbehinderte Gesellschaft betreibt, auch um die Durchsetzung einfacher ökonomischer Interessen: Wenige Tage nach Veröffentlichung des Beschlusses des Framnkfurter Oberlandesgerichts über die Möglichkeit durch Ermittlung eines "mutmaßlichen Willens" den Entzug künstlicher Ernährung zu legitimieren, hat der gemeinsame Ausschuß von Krankenkassen und Kassenärzten beschlossen die Finanzierung von Sondennahrung aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen zu streichen, weil es sich dabei nicht um eine medizinische Leistung bzw. ein Medikament handele, sondern nur um ein Lebensmittel. Die Sondennahrung, deren Verabreichung nach dem Willen der Gerichte als mediznische Behandlung gelten soll und nciht als Basisversorgung, soll- dafür also künftig von den Patienten bzw. deren Angehörigen selbst bezahlt werden. Daß damit das finanzielle Interesse gerade von Angehörigen von Langzeit-Patienten steigen wird, einen "mutmaßlichen Willen" für den Abbruch der ruinösen Ernährung zu ermitteln, bedarf keiner hellseherischen Fähigkeiten.



Foto: Kassandra Ruhm

*Vom Autor ist gerade der Reportagenband **"Rechts durch die Mitte - Über die Ordnung der Verhältnisse"** im Konkret Literatur Verlag erschienen, 260 Seiten, 28 DM*

Von „Innerer Sicherheit“, Globalisierung und „unartikulierten Lauten“

VON BERND BELINA, BREMEN

In Schönbohmhausen1 , seines Zeichen Global City, internationaler Finanzplatz und Heimstätte bedeutender Konzerne, Tummelplatz der Weltstars aus Mode und Kultur, da sieht es ungefähr so aus: die Gebäude in formvollendeter postmoderner Ästhetik, hell, geleckt sauber, von faszinierend afunktionaler Schönheit, die Straßen bevölkert von Menschen, deren Alter kaum auszumachen, wohl irgendwo zwischen 30 und 60 anzusiedeln ist, wohlgekleidet und -genährt, gesund und munter, ihrem Tagwerk nachgehend, das vorzugsweise im Herumschieben von Aktienpaketen und Unsummen digitalen Geldes besteht, allgemeines Wohlbefinden und das schiere Glück.

Im Berlin, Hamburg etc. von 1998 hingegen, da sieht es anders aus: die Wände der heruntergekommenen Häuser mit wüsten Graffittis zusätzlich verunziert, Müll, der sich auf den Straßen stapelt, zerbrochene Fensterscheiben und Hundekot, da wimmelt es von Pennern, Punks, Ausländern, Dealern (was weitgehend dasselbe ist), schlicht von Leuten, die stören, und deren Anwesenheit bei den anständigen Bürgern zu Unwohlsein und Angst führt.

„Innere Sicherheit“

Doch nun sind PolitikerInnen und JournalistInnen, WissenschaftlerInnen und PolizistInnen angetreten, um das alles zu ändern. Sie schreiben sich die Sorgen und Nöte der Menschen auf die Fahnen und scheinen damit auch ganz gut anzukommen: Der laufende Wahlkampf ist geprägt von der „Inneren Sicherheit“, die Zeitungen sind voll davon. Diesbezügliche Großkampftage waren unlängst der 27. Juli, als die SPD ihr Positionspapier zur Inneren Sicherheit vorstellt, und der 28. Juli, als die Unionsparteien unter dem Motto „Null Toleranz bei Rechtsbruch und Gewalt“ die entsprechenden Teile ihres Wahlprogramms präsentierte. Daß dabei v.a. das Bemühen der Beteiligten im Vordergrund stand, die verbliebenen Unterschiede der Positionen herauszustellen, verweist schon darauf, daß es auf die Inhalte im einzelnen kaum ankommt. Die mediale Berichterstattung sind gekennzeichnet von gegenseitigen Vorwürfen eines „charakterlosen Wahlkampfes“ (CDU-Generalsekretär Schäuble), von einem „unglaublichem Täuschungsversuch“ (CSU-Chef Waigel) und einer „grenzenlosen Verdummungskampagne“ (CSU-Generalsekretär Protzner) ist von CDU/CSU-Seiten die Rede. Von „monströsen Forderungen“ (Schatten-Innenminister Schily) und „unverhältnismäßigen Beschimpfungen“ (bayerische SPD-Chefin Schmidt) reden die Sozis. Am Rande erfährt das Wahlvolk, daß von beiden v.a. die geschlossene Heimunterbringung krimineller Jugendlicher, die Abschiebung straffälliger Ausländer sowie diverse Maßnamen gegen Sexualstraftäter gefordert werden. In diesem Text will ich versuchen zu zeigen, wie und warum genau diese drei Themen im Mittelpunkt stehen, was das mit der Entwicklung der Weltökonomie und der daran beteiligten Nationalstaaten in den lezten Jahrzehnten zu tun hat, und warum die gleich Logik auch für Fragen der Behindertenpolitik gilt.

Zunächt zur Frage, wie die genannten Themen in die Parteiprogramme der KonkurrentInnen um die Regierungsmacht gekommen sind. Immer wieder funktioniert der Innere Sicherheit-Diskurs nach dem gleichen Muster: Einzelfälle, die betroffen machen (sollen), werden medienwirksam aufbereitet und es wird behauptet, sie seien Ausdruck der zunehmenden Bedrohung. Schnell wird aus dem (echten oder geheuchelten, das ist egal) Mitgefühl für die Opfer die Forderung nach Verschärfung von Gesetzen und Praktiken. Dabei berufen sich die PolitikerInnen immer auf die „Sorgen der Menschen“, die sie belegen können, indem sie auf die Medienberichterstattung verweisen. Der Kriminologe Sebastian Scheerer hat diesen Prozeß, in dem sich die Medien auf die Aussagen von PolitikerInnen bezieht und umgekeht die PolitikerInnen auf die Medien, als „politisch-publizistischen Verstärkerkreislauf“[2] bezeichnet. Im Windschatten des Leids der Opfer wird eine Politik legitimiert, die immer in die gleiche Richtung zielt: die Verlagerung der Kontrolle der Einzelnen nach vorne. Es scheint immer ganz nett und liberal zu klingen, wenn von „Prävention statt Repression“ gesprochen wird. Allein, Prävention heißt hier v.a. eines: die Verstärkung der Kontrolle über Menschen, unabhängig davon, ob sie etwas angestellt haben oder nicht, nur in der Vermutung, daß sie etwas anstellen könnten[3]. Bevor ich in dieser Richtung weiterargumentiere, zu den drei Themen, die an denen sich dieser Prozeß in der jüngsten Vergangenheit besonders gut studieren ließ, und die dann entsprechend in den Parteiprogrammen gelandet sind.

Christina und die Gen-Datei

Bevor die Entdeckung eines Kinderpornorings im Internet zur Begründung der intensiveren Zensur im Cyberspace funktionalisiert wurde, war im Bereich Sexualstraftäter v.a. die Gen-Datei Ziel der Argumentationen.

Und das kam so: Im März diesen Jahres wird die 11-jährige Christina sexuell mißhandelt und ermordet. Um den Täter ausfindig zu machen, sollen 18.000 Männer aus dem Raum Cloppenburg eine Speichelprobe abgeben, damit ihr genetischer Fingerabdruck mit dem des Täters abgeglichen werden kann. Die Verwendung des genetischen Fingerabdrucks zur Aufklärung von Verbrechen ist seit März 1997 erlaubt. Obwohl der Test völlig freiwillig ist, weigert sich kein einziger der 18- bis 30-Jährigen. Unter denen, die da getestet werden, findet sich tatsächlich der Täter. Dem Mann, der bereits wegen Vergewaltigung seiner Schwester im Gefängnis saß und aufgrund eines psychologischen Gutachtens nach zwei Dritteln der Haftzeit früher entlassen wurde, werden später noch zwei weitere Vergewaltigungen und Ermordungen nachgewiesen. Doch wer glaubt, die ganze medienwirksam inszenierte Aktion finde statt, um der Verstorbenen Gerechtigkeit geschehen zu lassen oder ähnliches, wird schnell enttäuscht. Der Fall dient in der öffentlichen Diskussion nur dazu, diverse Debatten vom Zaun zu brechen: Wie konnte ein vorbestrafter Sexualstraftäter auf freiem Fuß sein? Sind Sexualstraftäter überhaupt heilbar? Sind die PsychologInnen schuld, die die Haftentlassung des Täters befürwortet haben? Sind die erst im vergangenen Jahr erhöhten Strafen hart genug? Und v.a.: Müssen wir (wer immer das ist) nicht endlich zum Schutz unserer (wer immer das ist) Kinder nicht endlich eine Gen-Datei einführen? Die Öffentlichkeit ist in Aufruhr, das Thema Sexualstrafen an Kindern wird allerorten diskutiert, es wird zu einem Problem, das uns alle (wer immer das ist) angeht.

Wenig später ist es soweit. Am 17. April ordnet Bundesinnenminister Kanther die Einrichtung einer DNA-Analyse-Datei an. Es ginge dabei besonders um „Sexualdelikte, die die Öffentlichkeit zu Recht immer wieder aufwühlen" (Kanther in DP[4] 6/98, S. 181). Die Datei ist beim BKA in Wiesbaden angesiedelt, also bei einer Behörde der Polizei, weshalb die Justiz keine direkte Kontrollmöglichkeit hat. Als rechtliche Grundlage fungieren zunächst Strafprozeßordnung und BKA-Gesetz, wo das Nehmen von Fingerabdrücken zur Ermittlung von TäterInnen erlaubt ist. Da Fingerabdruck ja gleich Fingerabdruck sei, sei mithin auch der genetischer Fingerabdruck genehmigt. Proteste regen sich von Seiten des Bundesjustizministeriums, allerdings nur wegen der mangelnden Gesetzesgrundlage. Doch auch das wischt Kanther weg: „Die Bekämpfung schwerer Verbrechen dürfe nicht an 'Bundesbedenkenträgern' scheitern" (SZ, 18.04.98). Mit der SPD herrscht sowieso Einigkeit, der nordrhein-westfälische Innenminister Franz-Josef Kniola sieht bei diesem Thema „im Prinzip" keine unterschiedlichen Auffassungen (SZ, 16.04.98). Schon am Tag der Verordnung werden auch Stimmen laut, denen das alles nicht weit genug geht. Der bayerische Justizminister Hermann Leeb (CSU) fordert „die Gen-Analyse zu erkennungsdienstlichen Zwecken und zwar ohne 'praxisferne Einschränkungen' zu erlauben" (SZ, 17.04.98). Daß mit „Praxisferne" Datenschutz u.ä. Schnickschnack gemeint ist, dürfte klar sein. Ansonsten geht es eben darum, die Benutzung des genetischen Fingerabdruckes zur Identitätsfeststellung zu nutzen, wozu die Gen-Codes natürlich zuvor gespeichert sein müssen. Diese Sammlung „auf Reserve", will Kanther laut Verordnung „nur, wenn bei Tatverdächtigen die Prognose besteht, daß sie künftig als Straftäter erneut in Erscheinung treten werden. Die Speicherung ist nur bei Straftaten mit erheblicher Bedeutung zulässig" (DP 6/98, S. 181). Niedersachsens Innenminister Gerhard Glogowski sieht das auch so. Auch er will „bereits abgeurteilte Sexualstraftäter in der Gen-Datei erfassen" (taz 21.04.98). Das alles



Foto: Kassandra Ruhm

reicht dem Mann aus Bayern nicht aus. Er will Speicherung auch „bei Straftaten wie Wohnungseinbrüchen und Raub" (ebd.).

Im neuen „DNA-Identifizierungsgesetz", das im Juni mit den Stimmen von Koalition und SPD im Bundestag verabschiedet wird, ist schließlich festgelegt, von wem auf Vorrat DNA-Daten gespeichert werden können: „Zum Zweck der Identitätsfeststellung im künftigen Strafverfahren dürfen dem Beschuldigten, der eine Straftat von erheblicher Bedeutung, insbesondere eines Verbrechens, eines Vergehens gegen die sexuelle Selbstbestimmung, einer gefährlichen Körperverletzung, eines Diebstahls in besonders schwerem Fall oder einer Erpressung verdächtig ist" Körperzellen entnommen werden (zit. nach SZ, 19.06.98). Nicht von *Verurteilten*, sondern von *Verdächtigen* sollen die Proben genommen werden. Und wer verdächtig ist, entscheidet in der Praxis allein die Polizei. Überhaupt ist in dem Gesetz nur geregelt, von wem die Daten gespeichert werden dürfen. Wie dann mit ihnen umzugehen ist, wird bewußt offengelassen. Fristen zur Aufbewahrung und zum Löschen der Daten sind in ihm nicht vorgesehen, es „sagt praktisch nichts darüber aus, wie diese Gen-Datei geführt werden soll" (SZ, 25.06.98).

Von einem „schlechten Tag für manchen Straftäter in Deutschland" spricht der SPD-Rechtspolitiker Jürgen Meyer, Bundesjustizminister Schmidt-Jortzig (FDP) redet vom „besseren Schutz unserer Kinder vor Sexualstraftaten" (SZ, 25.06.98). Und es hat funktioniert: ein Thema (Sexualdelikte an Kindern) wird instrumentalisiert um die Erfassung der Bevölkerung weiterzutreiben, um die Kontrolle zu perfektionieren. Daß eine Gen-Datei natürlich keinen einzigen Kindesmißbrauch verhindern wird ist unwichtig. Daß die Zahl von sexuellem Mißbrauch von Kindern seit Jahren etwa konstant ist, interessiert auch keinen Menschen. Da die Datei nunmehr qua sehr großer Koalition im Bundestag errichtet ist, taucht sie in den Wahlprogrammen natürlich nicht mehr auf. Mit den Sexualstraftätern haben die Parteistrategen haben noch so einiges vor. Das Internet (s.o.), die angebliche Unheilbarkeit, die daraus folgende lebenslange Wegschließung u.v.m. stehen an.

Ein Mord in Hamburg und die geschlossenen Heime

Ende Juni bringen zwei 16-Jährige, die in einer offenen Einrichtung des Jugendamtes von Hamburg leben, den Kaufmann eines Tante-Emma-Ladens um und stehlen 220 Mark. Die Täter werden schnell gefaßt. Auch bei dieser Tat wird schnell klar, daß die beiden Mörder ebenso nebensächlich sind wie der ermordete 73-jährige und die, die um ihn trauern. Vielmehr wird die Republik in der Folgezeit mit Debatten über die Jugend- und Kinderkriminalität überzogen, die sich schnell auf einen konkreten Gegenstand konzentrieren: geschlossene Heime für straffällige Kinder und Jugendliche. Solche Einrichtungen waren bis in die 70er Jahre üblich, wurden dann im Rahmen der Reformierung von Strafvollzug etc. weitgehend aufgelöst. Beim Dauerbrenner Kinder- und Jugendkriminalität geistert der Gedanke, wieder verstärkt auf das Wegschließen von „Problemjugendlichen" zurückzugreifen, bereits länger durch die Medien. So hat der Bundesjustizminister sie schon im Spiegel 28/97 gefordert, im Januar diesen Jahres etwa der Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD; taz, 03.01.98) oder Günther Beckstein (CSU), bayerischer Innenminister, im Focus (SZ, 19.01.98).

Nach dem Mord von Hamburg sind sich schließlich so gut wie alle einig. Unter vielen anderen Stimmen ist zu vernehmen Guido Westerwelle, F.D.P.-Generalsekretär, der die „aufwendigen Resozialisierungsprogramme für jugendliche Straftäter" kritisiert. „Der Normalbürger bekomme sein Recht zum Teil nur nach jahrelangen Wartezeiten vor Gericht, aber für manche Straftäter würden zum Beispiel Segeltörns in die Südsee organisiert, statt daß sie die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekämen" (SZ, 03.07.98). Für den Sozialarbeiter Manfred Kanther ist „nicht jeder junge Täter resozialisierbar. Wer das nicht sei, 'kann nicht trotzdem auf die Menschheit losgelassen werden'" (ebd.). Auch Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen schließt sich an: „Jugendliche oder auch Kinder, die ein schweres Verbrechen begangen hätten, müßten 'sofort in eine Erziehungsanstalt eingewiesen werden'" (ebd.). Edmund Stoiber (CSU) kann stolz darauf verweisen, daß es in Bayern noch die meisten Kinder und Jugendlichen in geschlossenen Heimen gibt (SZ, 04.07.98).

Die Umsetzung in praktische Politik deutet sich auch bereits an. In Niedersachsen wird die Zahl der Plätze in geschlossenen Einrichtungen von acht auf 30 erhöht (WK, 16.07.98). In Hamburg, dem Ort des Verbrechens, wo bisher Jugendliche Tatverdächtige nicht in U-Haft genommen wurden, wird diese wiedereingeführt (SZ, 05.07.98). In den Programmen zur Wahl sind sich CDU/CSU und SPD einig: Wegschließen. Auch hier der gleiche Verlauf: bezugnehmend auf ein einzelnes Verbrechen werden neue (in diesem Fall zugleich alte) Kontrollmechanismen ins Gespräch gebracht und wohl auch bald eingeführt.

Mehmet und die Abschiebung der Eltern straffälliger ausländischer Jugendlicher

Seit Monaten ist der mittlerweile 14-jährige „Mehmet", der in Wirklichkeit Muhlis heißt, in den Medien. Ihm werden über 60 Straftaten vorgeworfen, begangen vor Vollendung des 14. Lebensjahres, also vor der Strafmündigkeit. Aufgezählt werden Prügeleien, Raub, Erpressung und Bedrohung. Mehmet ist in München geboren und aufgewachsen, seine Eltern malochen seit 30 Jahren in der bayerischen Landeshauptstadt, Mutter putzt und Vater steht bei BWM am Band. Das erste mal kam Mehmet im April groß raus, als der scheidende Kreisverwaltungsreferent (höchster städtischer Beamter) von München, Hans-Peter Uhl (CSU), ihn zusammen mit seinen Eltern in die Türkei abschieben will. Uhl, der „offenbar Rechtsgeschichte schreiben" will (SZ, 21.04.98), hat im Juni geäußert, daß er noch „mit zwei bis drei Dutzend weiteren Fällen" rechnet (SZ, 06.06.98). Die Ausreise Mehmets und seiner Eltern wurde auf den 21. Juli



Foto: Kassandra Ruhm

festgelegt, was eine Klage der Eltern bislang aber verhinderte. Der erste Bericht, der sich offenbar ausschließlich auf Informationen des CSU-Kandidaten für den Bundestag stütze, stellt Mehmet als echte Gefahr für die Menschheit dar. Von Mordversuchen ist da die Rede, von „unglaublicher Brutalität" und dem „Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit", das der Direktor der Schule, in der Mehmet nach dem selben Bericht nur an zwei Tagen im ganzen Schuljahr überhaupt anwesend war, nicht mehr gewährleisten könne. „Selbst ältere Buben und erwachsene Männer wurden zusammengeschlagen, mit Messern bedroht; über zitternde Opfer machte Mehmet sich gerne lustig" (SZ, 21.04.98). Die Eltern werden dabei als Helfershelfer und Beschützer des kleinen Monsters dargestellt. Nachdem diese Bild konstruiert ist, folgt die Forderung der gemeinsamen Abschiebung. Hans-Peter Uhl bringt sogar das Kunststück fertig, den Eltern des Jungen nicht nur pädagogisches Versagen vorzuwerfen, sondern sie auch gleich noch für Rassismus verantwortlich zu machen: „Wer einer solchen kriminellen Karriere tatenlos zuschaut, schürt Ausländerfeindlichkeit" (SZ, 21.04.98).

In der Folge entspannt sich ein Konflikt zwischen den „Abschiebern" und denen, die Mehmet mit sozialpädagogischen Mitteln auf den „rechten Weg" zurückbringen wollen. Der Junge bekommt eine Einzelbetreuung durch einen Pädagogen (die als sündhaft teuer diffamiert wird, obwohl die von den gleichen Leuten geforderten Plätze in geschlossenen Heimen rund doppelt so teuer sind) und wird einige Zeit nicht auffällig. Als der inzwischen 14-Jährige im Juli erneut, zusammen mit zwei anderen Jugendlichen, einem Raub begeht, freut sich Uhl: „Ich hatte gesagt, daß Mehmet für einen Mord gut ist - jetzt fühle ich mich bestätigt" (SZ, 06.07.98). Sozialreferat und Jugendamt beschuldigt er der „mittelbaren Mittäterschaft" (ebd.). Ebenso der CSU-Fraktionschef im Münchner Stadtrat, Hans Podiuk: Was der Jugendamtschef, der Mehmet eine „vorsichtig positive Sozialprognose" bescheinigt hatte, betrieben habe, sei „Beihilfe im Amt" und „Täterschutz" (ebd.), Menschen wie er seien doch „stupide Gutmenschen" (SZ, 29.7.98). Unter diesem Druck „sind Fürsprecher rar geworden. Selbst Grüne und SPD im Münchner Rathaus sehen eine Ausweisung der Eltern samt Sohn inzwischen als legitim an" (SZ, 07.07.98). Denn, so Innenminister Günther Beckstein: „Die Eltern müssen sich den Vorwurf einer persönlichen Mitschuld an den Straftaten ihres Sohnes gefallen lassen" (WK 07.07.98). Die CSU startet schließlich eine Bundesratsinitiative, die die Abschiebung jugendlicher Gewalttäter samt Eltern zum Inhalt hat (SZ 10.07.98). Es hat wieder geklappt: die öffentliche Meinung ist soweit, die Verwirklichung der bayerischen Pläne in konkrete Politik dürfte nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen.

Ob Mehmet wirklich das Monster ist, als das er in den Medien und von den Hardlinern immer dargestellt wird, steht in den Sternen. Bei Kindern unter 14 Jahren werden Straftaten nicht ermittelt. Was er in den angeblich 62 Fällen angestellt hat, und ob er es überhaupt war, weiß deshalb niemand. Unter den Vergehen, die ihm vorgeworfen werden, findet sich auch Schwarzfahren, der Nasenbeinbruch, der dem Opfer seiner letzten Tat zugefügt wurde (ob von Mehmet oder einem der beiden Mittäter ist unklar) war die gewalttätigste. Daß Herr Uhl (der Mehmet nie gesehen hat) ihm trotzdem einen Mord zutraut, ist aber natürlich kein Versehen. Um den Jungen und seine angeblichen oder wirklichen Opfer geht es ihm ja auch gar nicht. Hauptsache er hat sein Monster, um die Abschiebung auch seit 30 Jahre in Deutschland lebender TürkInnen, wie



Mehmets Eltern, zu legitimieren. Schließlich hatte Kanther schon im April, bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik für 1997, die Eltern der straffälligen Kinder und Jugendlichen ins Gebet genommen: sie sollen „den Auftrag der Erziehung zur Rechtstreue" ernst nehmen (SZ 30.04.98).

Am 28.07.98 wurde vom Münchner Verwaltungsgericht die angeordnete Abschiebungsaktion für rechtmäßig erklärt (SZ, 29.07.98). Da es sich um einen Präzedenzfall handelt, wollen die Behörden vor der Vollstreckung die Entscheidung der nächsten Instanz abwarten. Damit ist Uhl auf voller Linie bestätigt. Der besondere Trick der Richter besteht hier zusätzlich darin, daß Minderjährige eigentlich nicht abgeschoben werden dürfen, wenn ihre Eltern rechtmäßig in Deutschland leben. Indem auch die Abschiebung der Eltern „Mehmets" für „nicht offensichtlich rechtswidrig" erklärt wurde, haben aber auch sie keinen gesicherten Aufenthaltsstatus mehr.

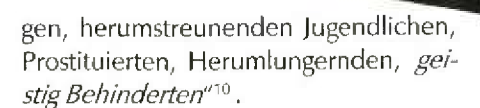
Das die Sippenhaft samt Abschiebung im Wahlprogramm der CDU/CSU nicht zu finden ist, begründet Theo Waigel damit, das diese ja offensichtlich „rechtlich eindeutig machbar sind" (SZ, 29.07.98). Ansonsten ist Abschiebung bei Straffälligkeit für Rote wie Schwarze die Lösung. „Wer unser Gastrecht mißbraucht, muß unser Land verlassen und wissen, daß er nicht wiederkommen darf" heißt es im Papier der CDU/CSU (zit. nach Die Welt, 29.07.98). Eine Formulierung übrigens, die an den Einstieg der SPD ins Law-and-Order-Geschäft erinnert: „Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibts nur eins: Raus, und zwar schnell" gab der Kandidat in der Bild am Sonntag im Juli letzten Jahres zu Protokoll und eröffnete die Debatte. Sein Schatten-Sheriff Schily formuliert im Positionspapier eleganter, bei solch undankbaren Gästen „müssen aufenthaltsbeendende Maßnahmen unverzüglich getroffen und vollzogen werden" (zit. nach taz, 28.07.98).

Die neue Prävention, die Globalisierung und der Rassismus

Zweck der breiten Darstellung einzelner Verbrechen ist also immer die Durchsetzung neuer, schärferer und v.a. präventiverer Maßnahmen. Dieser Trend ist auf einen grundsätzlich neuen Zweck staatlicher Sicherheitspolitik zurückzuführen. Es geht heute nicht mehr darum einzelne Menschen zu resozialisieren. Das war früher anders. In den Zeiten, die häufig als „Fordismus" bezeichnet werden, in der BRD v.a. die 60er und 70er Jahre, die gekennzeichnet waren von Vollbeschäftigung, „Klassenkompromiß" und wachsendem Wohlstand, war jedeR wichtig, damit der Laden läuft. Deshalb kam es im „fordistischen Sicherheitsstaat"[5] darauf an, Zugriff auf die einzelnen Individuen zu haben. Deshalb wurde sich um einzelne VerbrecherInnen „gekümmert". Dazu reichte es aus, Menschen zu bearbeiten, nachdem sie sich etwas zu Schulden kommen ließen. Daß dabei nicht den Leuten etwas Gutes getan werden sollte, sondern dafür gesorgt werden sollte, daß sie „funktionieren", ist klar. Heute, bei Millionen Arbeitslosen, wachsender Armut und Obdachlosigkeit und fortschreitender Spaltung der Gesellschaft werden viele eben nicht mehr gebraucht. Karl Marx hat diese Menschen, die für das Kapital uninteressant geworden sind, „das tote Gewicht der industriellen Reservearmee"[6] genannt. Und dieses tote Gewicht wächst. Damit das keine Probleme gibt, gilt es, all die Unzufriedenen unter Kontrolle zu halten, die Situation zu managen. Wichtig ist dabei weniger, wie Menschen jeweils drauf sind, ob sie rechtsradikal oder anarchistisch oder sonstwas sind, sondern nur, daß sie stören könnten. Und weil im voraus nicht klar ist, wer stören wird, muß die Kontrolle schon weit im Vorfeld jeder potentiellen Straftat einsetzen.

Legitimiert wird das mit dem Bild einer angeblich immer weiter ansteigenden, diffusen aber irgendwie für alle bedrohlichen Kriminalität. Und wenn selbst die komplett interessensgeleitet erhobenen Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) einen Anstieg der Bedrohung nicht hergeben wollen, wie geschehen in diesem Jahr, als die Zahlen für 1997 einen Rückgang der Kriminalität auswiesen, dann wird improvisiert. Wahlweise heißt es dann, die Straftaten seinen aber deutlich brutaler geworden (was aus den Zahlen überhaupt nicht abzuleiten ist und mit Einzelbeispielen „belegt" wird) oder es wird auf die steigende Kriminalitätsfurcht verwiesen. So unser Bundespräsident im Focus: „Man kann darauf hinweisen, daß die Kriminalstatistik sich eigentlich verbessert hat (gemeint ist wohl nicht die Datenqualität, sondern die Kriminalitätslage, B.B.). Wenn trotzdem das Gefühl der Unsicherheit bei den Leuten vorhanden ist, ist das ein politisches Faktum. Deshalb darf man den Eindruck nicht entstehen lassen, daß der Staat hilflos wäre" (zit. nach Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide, 02.03.98). In seiner unverkrampften Art macht er dabei in drei Sätzen eine interessante Operation: Kriminalität nimmt ab - starker Staat muß endlich her.

Die PolitikerInnen etc., die alle in dieser Richtung idiologisieren, machen das natürlich nicht, weil sie irgendwie scheiße drauf sind. Vielmehr geht es um Interessen. Deshalb sind auch kritisch gemeinte Überschriften wie „Schily schiebt die SPD nach rechts" (taz, 28.07.98) albern. Es ist ja nicht die Privatmeinung des ehemaligen RAF-Verteidigers, um es hier geht, die Bedürfnisse der ach so ernst genommenen Menschen sind es natürlich schon gar nicht, Thema sind vielmehr die Interessen von Staat und Kapital. Letztere sind zwar nicht identisch, sie sind aber voneinander abhängig. Kein Kapitalismus ohne Nationalstaat, kein Nationalstaat ohne Kapitalismus. Gemeinsam haben diese sich, in der Hoffnung zu den SiegerInnen zu gehören, in den letzten Jahrzehnten die weltweite Konkurrenz von Waren und Währungen auf die Fahnen geschrieben. Im so entstandenen „nationalen Wettbewerbsstaat", mit seiner „alle Sphären umgreifenden Ausrichtung der Gesellschaft auf das Ziel globaler Wettbewerbsfähigkeit"[7] muß dann eine totale Kontrolle aller Menschen, ob „wirklich" gefährlich oder nicht, das Ziel sein. Wenn der Staat nicht im globalisierten Kapitalismus zu den VerliererInnen gehören will, muß er seine Belegschaft auf Vordermann/-frau bringen. George Orwell war mit dem Tip, es sei 1984



soweit, gar nicht so falsch gelegen.

Weitere Beispiele, die gerade am Anfang der Umsetzung stehen, sind die Verpflichtung der Sozialbehörden zur Datenweitergabe an Polizei und Justiz oder die sog. Schleierfahndung, d.h. verdachtsunabhängige Kontrolle durch BGS und Landespolizeien. Hier tritt einem/einer der Rassismus besonders deutlich entgegen, der bei der allumfassenden Kontrolle immer mitschwingt. Denn es werden natürlich nicht alle gleich kontrolliert. An sich verdächtig sind all die, die Abweichung von der Norm irgendwie an sich drankleben haben. Sei es als Hautfarbe (dunkel), Alter (jung), Haarpracht (bunt), Drogengebrauch, Armut oder sonstwie. Man sieht das den Leuten eben an. Darauf basierten schon immer die Zollkontrollen, darauf basiert die Schleierfahndung, darauf baut jede präventive Kontrolle. Und das ist rassistisch. Dabei sollte „Rassismus" nicht nur auf Menschensortierungen anhand der Konstruktion „Rasse" bezogen werden[8]. Der Witz ist vielmehr, daß irgendwelche Kategorien geschaffen werden, von denen so getan wird, als *seinen sie* naturgegeben und deshalb an den Menschen dran. EinE BettlerIn ist dann eben „arbeitsscheu", kann also von sich aus gar nicht anders als arm sein, Junkies sind „süchtig", können nichts dafür, sind eben so, Dunkelhäutige kommen eben aus einer anderen Kultur, können gar nicht anders, als stören, usw. Diese rassistische Denke läßt eine entsprechende Kontrolle dann auch völlig vernünftig erscheinen.

Was hat das mit „Behinderung" zu tun?

Die gleiche Logik führt auch zum „Behinderten-Urteil" des Oberlandesgerichts Köln vom Januar. „Bei den Lauten, die die geistig schwerbehinderten Heimbewohner von sich geben ist der 'Lästigkeitsfaktor' besonders hoch"[9], so die Urteilsbegründung. „Aus dem Mißlingen der Sprechversuche resultieren Laute, die von einem unvoreingenommenen Zuhörer als unharmonisch, fehlmoduliert und damit als unangenehm empfunden werden". Der Senat des OLG war der Ansicht, daß diese Laute „die Zumutbarkeitsgrenze überschritten".

Warum gleiche Logik? Auch hier ist an Menschen („Behinderten") ihre Abweichung von der Norm unzweifelhaft dran. Angeblich ergibt sie sich aus ihrer Natur. Aber die Natur gibt keine Kategorien vor, die können immer nur Menschen machen. Die *Bedeutung*, die natürlichen Phänomenen zukommt, schreiben ihr Menschen zu. Ein Laut ist nicht an sich „unartikuliert", das ist den Schallwellen nicht anzusehen, er ist es nur, weil Menschen ihn als „unartikuliert" empfinden. Und diese Empfindung ist natürlich auch nicht naturgegeben, Abneigung gegen Volksmusik oder Hardcore sind ja auch nicht an den Menschen dran. Genauso ist einem Hormon nicht anzusehen, ob es „Frau" oder „Mann" ist, einem Farbpigment nicht, ob es „Neger" oder „Arier" ist. Das entscheiden alles Menschen. Und in Köln hat die Justiz entschieden, ihreszeichens eine staatliche Gewalt. Denn der Staat hat sich auch in der Art und Weise, wie er mit „Behinderten" umgeht, vom fordistischen Leitbild der großen Gemeinschaft des Volkes verabschiedet, in der jedeR, selbst RentnerInnen, Arbeitslose, Kriminelle und eben auch „Behinderte" integriert sind. Integriert heißt hier natürlich nicht, daß sie jemals voll*wertige* Mitglieder der Gesellschaft gewesen wären. Das Neue am Fordismus war aber, daß der Staat sich ihrer aller angenommen hat, ein Interesse an ihnen entdeckt hat, das dazu führte, daß sie alle, fein säuberlich in ihren jeweiligen Einschließungsmilieus (Altenheim, Arbeitsamt, Gefängnis, Sonderschule), ein bißchen mitmachen durften. Daß ich hier so verschiedene Gruppen in einen Topf werfe, ist nicht auf meinen Mist gewachsen: Der Staat selber zeigt in seinen Handlungen, daß er es ist, der diese Sortierung in „Benutzbare" für die weltweite Konkurrenz und dafür „Überflüssige" vornimmt.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie an der dazu passenden Ideologie gebastelt wird, verweist wieder zurück auf die Debatten zur Inneren Sicherheit. Im derzeit einflußreichsten Basistext der Hardliner städtischer Sicherheitspolitik wird darauf verwiesen, daß die Kriminalitätsfurcht (s.o.) nicht nur von den „wirklichen" Kriminellen ausgehe, sondern auch von „zwielichtigen oder widerspenstigen oder unberechenbaren Leuten: Bettlern, Betrunkenen, Süchtigen, herumstreunenden Jugendlichen, Prostituierten, Herumlungernden, *geistig Behinderten*"[10].

„Behinderte" stören. Und das deutet nicht nur einen roll-back in der öffentlichen Meinung hin, sondern auch auf handfeste materielle Einbußen (z.B. Pflegeversicherung). So, wie die Politik derzeit läuft, und so, wie die öffentlichen Debatten möglichst in die entsprechende Richtung gelenkt werden, ist zu befürchten, daß „Behinderte" zu denen gehören, die unter der neoliberalen Anpassungspolitik an den globalisierten Kapitalismus am stärksten zu leiden haben werden. Dagegen gilt es sich zu wehren. Denn ob „Sachzwänge" auch wirklich exekutiert werden können, ob die Manipulation der „schweigenden Mehrheit" auch gelingt, das ist zum Glück überhaupt noch nicht raus.

Anmerkungen:

1) wahlweise Kanthersberg, Becksteiningen oder Glogowskopolis

2) Sebastian SAcheerer: Der politisch-publizistische Verstärkerkreislauf. In: Kriminologisches Journal 10. Jg. 1978. S. 223-227.

3) Zum Wandel des Präventionsbegriffes vgl. Fritz Sack: Prävention - ein alter Gedanke in neuem Gewand. In: Rolf Gössner (Hg.): Mythos Sicherheit. Baden-Baden 1995. S. 429-456.

4) Im Folgenden benutze Abkürzungen: DP=Die Polizei (monatliche Zeitschrift der Polizei), SZ=Süddeutsche Zeitung, WK= Weserkurier (Bremer Regionalzeitung).

5) Joachim Hirsch: Der Sicherheitsstaat. Frankfurt a.M. 1980.

6) Karl Marx: Das Kapital. Band 1 (=MEW 23). Berlin 1988. S. 673.

7) Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Berlin 21996. S. 109.

8) Zu diesem Rassismusverständnis vgl. den Artikel: Woher kommt und wie geht Rassismus? Im GegenStandpunkt. Politische Vierteljahresschrift 1-95. S. 8-20.

9) Dieses und die folgenden Zitate aus dem Urteil nach Abdruck in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, Nr.2/98. S. 76f.

10) James Q. Wilson und George L. Kelling: Broken Windows. In: Atlantic Monthly 3/ 1982. S. 29-38. Übers. und Herv. von mir.



"...sie ist nicht mehr
einfach nicht mehr da
hat ausgelebt, ausgeweint
ausgeliebt, sich ausgefreut
hat ausgelitten, ausgehofft
ausgeatmet, ausgeschrien
ausgefühlt, ausgelacht
hat aufgehört, schlußgemacht..."

Mit großer Trauer und Wut geben wir den Selbstmord unserer Freundin Anne bekannt. Ihr Tod trifft uns tief.

Wir verloren mit Anne eine wichtige Freundin. Sie hat uns immer wieder durch ihren Humor, ihre Phantasie und ihre Kreativität begeistert.

Anne ist Opfer des sozialen Rassismus. Sie lebte in einem nichtbehinderten Umfeld, das ihr keine Luft zum atmen ließ. Anne wurde mit ihrer Behinderung nicht respektiert und um ihres andersartigen Äußeren willen verfolgt.

Anne hat sich entschieden, die Verachtung und den Abscheu, mit dem sie behandelt wurde, nicht länger zu ertragen. Leider haben ihre Kraft und ihre Leidenschaft zum Schluß nicht für sie selber ausgereicht.

Heike Lennartz und Petra Marek

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: 'krüppeltopia' e.V., Verein zur Förderung der Emanzipation Behinderte

Bitte Eure Beiträge mit Ressortbezeichnung schicken an:
DIE RANDSCHAU, C/O AUTONOM LEBEN, LANGENFELDER STR. 35, 22769 HAMBURG - ISSN 1436-0675
oder direkt an die verschiedenen Ressortverantwortlichen bzw. ständige MitarbeiterInnen:

◆ Petra Heinzelmann (Bücher&Rezensionen, Neureuth 7, 94034 Passau, Tel.: 0851/580 38, eMail: J4HEINO3@fsrz1.rz.uni-passau.de

◆ Tanja Muster (Layout, Fotos, Cartoons), Buntentorsteinweg 463, 28201 Bremen, Fax: 0421/872 91 54, eMail: Tanuschka@aol.com

◆ Martin Seidler (Magazin und **ABO!!!**), **NEUE ADRESSE: Memelweg 17, 53119 Bonn, Fax.: 0228/9875427**, e-mail: m-g.seidler@t-online.de

◆ Heike Lennartz (Gewalt gegen Frauen...), Foorthkamp 53 F, 22419 Hamburg, Tel.&Fax:040/520 98 28

◆ Rebecca Maskos (dates), Wangerooger Str. 3, 27755 Delmenhorst, Tel./Fax: 04221/20160 + Tel.: 030/787 033 86

◆ Susanne Rolfs, Holstenring 3, 22763 Hamburg, Tel./Fax:040/39 17 22

V.I.S.D.P.: Rebecca Maskos, *TITELFOTO:* Heike Lennartz

Die *CASSETTENAUSGABE* der randschau wird betreut durch durch die Aktion Tonbandzeitung für Blinde e.V., Holzminden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

ABO PREISE: Preis für 4 Ausgaben 25,- DM / Ausland 35,- DM / auf Cassette 30,- DM / Cassette & Schwarzschrift 40,- DM / Einzelpreis 7,- DM & 2,- DM Porto/Verpackung (Abobestellungen an die Herausgeberin)

BANKVERBINDUNG: Kasseler Sparkasse (BLZ: 520 503 53) Konto-Nr.: 1009 424 (Stichwort "krüppeltopia" e.V./die randschau)

ERSCHEINUNGSWEISE: vierteljährlich
AUFLAGE: 2.000
SATZ&LAYOUT: Tanja Muster, Bremen
DRUCK: A. Willers, Bremen

"...daß es das Schönste ist, für sich selbst Verantwortung zu tragen."

VON RANYA ORFALI, BERLIN

Ranya Orfali lebt in Berlin, stammt aus dem Libanon und ist Rollstuhlfahrerin. Mit dieser mehrfachen Stigmatisierung sitzt sie oft zwischen allen Stühlen...

Ich wurde mit meiner Behinderung nicht geboren. Ich weiß also, wie es ist, nichtbehindert zu sein. Mit acht Jahren wurde ich im libanesischen Bürgerkrieg von einem Scharfschützen angeschossen. Dieser schoß mir eine Kugel in den Rücken, die mich ab dem siebten Brustwirbel lähmte, und zwar so unsymmetrisch, daß ich inzwischen an einer hochgradigen Skoliose leide. Heute bin ich 22 Jahre alt und lebe seit dreizehn Jahren in Berlin. Meine Eltern sind nach dem "Unglück" mit mir und meinen damals noch drei jüngeren Geschwistern nach Deutschland gegangen. Sie wurden mit meiner Behinderung nicht fertig, die ich damals noch gar nicht so schlimm fand. Mir war ja auch nicht klar, daß ich nie wieder laufen können würde. Ich war froh, daß ich noch lebte, denn immerhin hatte ich bis an den Tag des "Unglücks" nie an den Tod geglaubt; - ich dachte, wer leben möchte, der ist unsterblich, und ich wollte niemals sterben. Meine Freundinnen und Freunde begüßten meinen Rolli und fanden das so richtig geil, daß ich den gekriegt hatte, sie waren so neugierig auf die neue Ranya, die ihre Beine nicht spürte, was ja auch witzig war. Manchmal dachten sie auch, daß ich simuliere und bereiteten mir irgendwelche fiesen Fallen, denn irgendwann war's ja auch genug mit dem ganzen Verwöhntwerden. Ich wurde nur noch bevorzugt; ich mußte keine Hausarbeiten mehr machen, nicht mehr zur Schule gehen, meine ganzen Verwandten wollten mich immer ausführen, ich bekam so viel Spielzeug wie ich noch nie hatte, wurde jedenfalls für voll wichtig genommen. Nach ein paar Monaten fing mir das dann aber auch an zu stinken, denn ich wollte mal wieder zur Schule gehen - im Libanon gibt es nämlich für behinderte Menschen keine Möglichkeit, zur Schule zu gehen, es sei denn, man ist reich und kann sich einen Privatlehrer leisten, und das waren wir nicht. All diese Umstände führten dazu, daß meine Eltern sich dazu entschieden, nach Deutschland zu gehen. So klug diese Entscheidung war, so viele Schwierigkeiten brachte und bringt sie bis heute noch mit sich.


Foto: Kassandra Ruhm

Erst in der Pubertät begriff ich, was es heißt, eine behinderte Frau zu sein, sowohl in der islamischen Kultur, als auch in der deutschen.

Es ist das "größte Glück" einer moslemischen Frau, zu heiraten und Kinder zu gebären. Nun aber wurden mir zu meinem Glück diese Fähigkeiten als Behinderte abgesprochen, was einerseits erniedrigend ist, aber andererseits für eine in Deutschland aufgewachsene moslemische Frau eine Befreiung sein kann. Andere Erfahungen habe ich mit arabischen Menschen nicht gemacht.

Am meisten bemitleidet werden in arabischen Kreisen meine Eltern. Denn sie wurden dazu verdammt, immer Verantwortung für mich zu tragen, denn der Mann, der sie abgelöst hätte, kann ja jetzt nicht mehr kommen. Das denken meine Eltern heute noch. Sie wollen einfach nicht begreifen, daß es das Schönste für jemanden ist, für sich selbst Verantwortung zu tragen. Sie erlauben nicht, daß ich irgendwann ausziehe, aber fürchten sehr, daß ich das irgendwann satt habe und einfach weggehe. Das böseste, was man meinen Eltern in Deutschland antun könnte, wäre, ihnen die Kinder wegzunehmen. Keines meiner Geschwister kann sich mit meinen Eltern verständigen; meine Eltern sehen, wie wir ihnen immer fremder werden, wollen uns verstehen und können nicht; - je älter ich werde, umso größer werden die Barrieren. Meine Eltern haben kaum Kontakt zu Deutschen und fühlen sich hier sehr unwohl. Oft verfluchen sie den Tag, an dem sie nach Deutschland kamen, denn für sie war das keine freie Ent-



scheidung.

Entmündigung habe ich am meisten in deutschen Kreisen erlebt. Schon als ich auf die Sonderschule kam, fühlte ich mich das erste Mal so richtig behindert. Man hatte mir schnell nahegelegt, daß es für mich keine andere Schulform gibt, was ich sehr grausam fand. Hier wurden ja wirklich alle Behinderungen, die man sich so vorstellen kann, zusammengebracht. So schnell gehörte man jetzt zu den "lebensunfähigen" Menschen, die höchstens einen Realschulabschluß erreichen können. Das schlimme war für mich, daß man hier aufhörte, zwischen Behinderung und Behinderung zu differenzieren. Auf dieser Schule fühlte ich mich vier Jahre lang unwohl und galt als die zickige, verwöhnte Göre, die immer über sich selbst entscheiden wollte.

Dank meiner damaligen Einzelfallhelferin hatten wir dann eine Regelschule für mich gefunden, die gleich bei mir um die Ecke war, also kein Fahrdienst mehr, der mich durch die ganze Stadt chauffieren durfte; - das war ein Aufstieg für mich und ein Stückchen mehr Freiheit. Denn auf der Sonderschule wurde man bei jeder Kleinigkeit kontrolliert; das war jetzt anders, und die vielen Nichtbehinderten, zu denen ich vorher kaum Kontakt hatte, waren total anders. Hier war es zwar scheiße, daß ich nicht mehr allein auf die Toilette konnte, weil die Toiletten nicht für Rollis gemacht waren, denn von Rollifahrern wird ja angenommen, daß die sowieso Windeln oder einen Katheter tragen.

Hier konnte ich auch keine Krankengymnastik innerhalb der Schule bekommen, was ich auch schade fand. Aber das Befreiungserlebnis war mir diese Einschränkungen wert. Hier konnte ich auch mein Abitur machen.

Merkwürdig war ja auch an dieser Schule, daß die Integrationsklassen ab der elften Klasse aufhörten, wodurch man noch eingeschränkter war. Scheinbar wurde hier den Behinderten also auch die Fähigkeit, einen höheren Schulabschluß zu absolvieren, abgesprochen.

Wie auch immer, inzwischen studiere ich an der FU Berlin Psychologie und werde immer noch behindert.

Interview mit Vahid Akbar und Diyap Gökduman von ABBA e.V.,

Verein für ausländische Behinderte-behinderte Ausländer, für Hamburg und Umgebung

FRAGEN VON HEIKE LENNARTZ, HAMBURG UND SUSANNE ROLFS, HAMBURG

? Stell doch bitte zuerst einmal den Verein **aBbA** vor.

! Der Verein **aBbA** setzt sich in erster Linie für die Interessen der in Deutschland lebenden ausländischen Menschen mit Behinderung ein. Der Verein **aBbA** sieht sich keinesfalls als Konkurrenz zu bereits bestehenden Organisationen, sondern als Vermittler zwischen Beratungsstellen und betroffenen Ratsuchenden.

Aufgrund ihres doppelten Statuses als AusländerInnen und Behinderte erfahren diese Menschen noch immer keine ausreichende Beratung. Behindertenvereine sagen, daß sie keine Unterschiede machen, aber es wird nur eine Seite, die Behinderung gesehen. Die Benachteiligungen als AusländerInnen werden nicht genügend wahrgenommen. Hier sieht **aBbA** e.V. in der Vermittlung sein Betätigungsfeld. **ABbA** richtet sich nicht 'nur' an ausländische MitbürgerInnen, sondern an alle, die die Arbeit in irgendeiner Weise unterstützen möchten. **Abba** e.V. strebt die Verständigung von Betroffenen und Nichtbetroffenen an und möchte der Isolation entgegen wirken.

? Definiert Ihr Euch als behinderte Migranten oder als ausländische Behinderte?

! Ob behindert oder nichtbehindert, läuft man unter verschiedenen Bezeichnungen. z.B. als Asylant, oder es liegt ein Aufenthalt aus humanitären Gründen vor.

- Behinderungen können verschiedenste Ursachen haben Minen, Kriegsverletzungen, Folter und Unfälle und Krankheiten aller Art).

- Letztendlich benennen wir von **aBbA** e.V. AusländerInnen mit Behinderung, die hier leben "ausländische Behinderte". "Behinderte Ausländer" soll auf die Behinderung hinweisen, die von außen, durch die unzureichenden Gesetze und durch die Gesellschaft auf die ausländischen Menschen auch im allgemeinen einwirkt.

- Auch deutsche Behinderte werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt und fühlen sich schon als quasi-Ausländer.

? Gibt es bei **aBbA** e.V. auch behinderte Frauen?

! Unser Verein ist nicht 'nur' multikulturell von Behinderten gegründet, sondern von 13 Mitgliedern, die **aBbA** e.V. bis jetzt begleitet haben sind 8 Frauen. Zur Zeit haben wir 52 Mitglieder, die entweder selbstbetroffen sind oder Verwandte der Betroffenen. Auf jeden Fall besteht die Mehrheit aus ausländischen Frauen.

Es gibt auch eine Frauengruppe. Diese Gruppe gibt es seit 3 Wochen, sie haben ersteinmal geklärt, was sie erreichen wollen. In der Gruppe gibt es auch nichtbehinderte Frauen, es geht auch

um die Situation von Eltern behinderter Kinder. Es gibt viele Fälle, davon nennen wir den Fall, wo ein geistig behindertes Kind von seinem Vater geschlagen wurde, weil es nicht verstehen kann, was der Vater verlangt. Oder eine griechische, querschnittgelähmte Frau, die in einer für Behinderte untauglichen Wohnung im 4. Stock wohnt. Sie hat immer mit der Hoffnung gelebt, daß sie eines Tages aufstehen wird und wieder normal laufen kann. Ihre Familie hat sie darin noch bestärkt. Sie haben deswegen nie eine rollstuhlgerechte Wohnung ausfindig gemacht. Die Frau ist nie aus der Wohnung rausgekommen. Es war für sie z.B. kaum zu glauben, daß es behinderte Gruppen gibt, oder daß ein behinderter Mensch Autofahren könne.

? Aber sie hätte wahrscheinlich wenig Chancen, das zu bekommen. Sie hat wahrscheinlich keinen Arbeitsplatz. Dann kriegt sie keine Führerscheinausbildung, dann kriegt sie kein Auto finanziert. Das ist alles ein Kreislauf.

! Das ist mit Absicht gemacht worden. Diese Sperrung soll behinderte AusländerInnen isolieren. Ich sehe z.B. nur wenig behinderte AusländerInnen in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Mit **aBbA** e.V. können wir aber vielleicht vieles erreichen oder in Schwung bringen.

? Habt Ihr Anknüpfungspunkte an die deutsche Behindertenszene? Fühlt Ihr Euch akzeptiert?

! Die GründerInnen des Vereins **aBbA** setzen ihre ganze Erfahrung, die sie mit den zuständigen Behörden und anderen Vereinen gemacht haben ein. Die GründerInnen bestehen auch aus Deutschen, auch ohne Behinderung, mit hoher Kompetenz. Wir sitzen häufig mit Mitgliedern anderer Vereine mit nicht speziell Ausländerproblematik gerechten Inhalten zusammen.

? Wird **aBbA** e.V. von der Stadt Hamburg finanziell unterstützt?

! Nein, wir bekommen keine Unterstützungen von den Ämtern, da der Verein noch neu ist. Unsere Konzepte sind bei der BAGS (Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales) in der Verhandlungsphase. Durch die Unterstützung der Kulturbehörde wollen wir multikulturelle Feste veranstalten, um einer Isolation der ausländischen Behinderten entgegen zu wirken.

? Wie ist die Situation der ausländischen Menschen mit Behinderung? Erfahrt Ihr Vorurteile?

! Sie kennen ihre Rechte nicht (durch Sprachbarriere) oder nehmen sie nicht wahr (man geht bei Behörden nicht betteln). Behinderte Verwandte bzw. Frauen und Mädchen werden regelrecht versteckt. Sexuelle Bedürfnisse nicht berücksichtigt, ganz zu schweigen von dem Thema Kinderwunsch.

Ausländische Behinderte, die jahrelang beim Aufbau der Wirtschaft der BRD mitgemacht haben, erleben eine schlechte Behandlung bei Behörden oder z.B. Nachbarn. Daraus ergeben sich seelische und physische Beschwerden.

Außerdem sind Rechtsfragen noch dahingehend ungeklärt, was z.B. Kindergartenplätze, Schulplätze und Arbeitsplätze insbesondere für nicht-EU-Angehörige angeht. Nur ein kleiner Teil der behinderten Ausländer schaffen es,sich in der Gesellschaft zu behaupten und sich zu entfalten.

Es gibt oft Mißverständnisse bei den Behörden, es wird einem nicht geglaubt. Es wird viel in Schubladen gedacht und man wird teilweise behandelt wie ein kleines Kind. Die Sparmaßnahmen wirken sich indirekt auf verschiedenen Aufenthaltsstatus aus. Die wiederum spielen eine große Rolle dabei, ob und welche Pflege man beziehen darf.

? Gibt es Zahlen, wieviel ausländische Menschen mit Behinderung in Hamburg leben?

! Von den insgesamt 111.000 Schwerbehinderten in Hamburg sind 3,99% AusländerInnen.

Ca. 50.00 der insgesamt in Hamburg lebenden AusländerInnen haben keine rechtmäßige Aufenthaltserlaubnis. Meistens sind sie Flüchtlinge, oft sind sie behindert, als direkte oder indirekte Folge von Krieg oder Folter.

Flüchtlinge ohne rechtmäßige Aufenthaltserlaubnis haben nicht das Recht, den Behindertenausweis zu bekommen. Also haben diese Leute gar keine Möglichkeit, Leistungen nach dem Schwerbehindertengesetz zu bekommen. Nur wer eine Arbeitserlaubnis hat, ist gleichberechtigt. Die wenigsten ausländischen Behinderten haben aber eine Arbeit. Sie brauchen dafür ersteinmal eine allgemeine Arbeitserlaubnis und dann wird erst gesucht, ob nicht ein Deutscher oder EU-Angehöriger die Arbeit machen will.

Indirekt wird so auch verhindert, daß der behinderte Mensch Besuch von seiner Familie erhält. Nach dem Ausländerrecht ist nur erlaubt die Familie nachziehen zu lassen, wenn man den Lebensunterhalt durch Arbeit sichern kann.



Foto: Kassandra Ruhm

Interview mit ABBA e.V.

Besonders schlimm sind die 'Kannbestimmungen des Ausländergesetzes, sie machen einen zu einem Bettler. Z.B. bei einem Asylbewerber, der schwerhörig ist, wurde die Finanzierung der Batterien seines Hörgerätes verweigert. Er ist darüber hinaus noch sehbehindert, er hat dann überhaupt keine Chance auf Integration in die Gesellschaft.

? Verhält sich die deutsche Behindertenszene rassistisch?

! Im großen und ganzen nach unserer Erfahrung nicht. Sicherlich gibt es aber hier und da Ausnahmen.

? Wie seht Ihr es, daß der Rassismusbegriff auch auf Behindertenfeindlichkeit erweitert wird?

! Behinderung macht vor niemanden halt. Es gibt keine verschiedenen Rassen, sondern nur unterschiedliche Kulturen und Traditionen. Ängste und daraus erwachsende Aggressionen oder Abgrenzungen gegenüber einer empfundenen Andersartigkeit spielen bei Rassismus die Hauptrolle. Rassistisch denken bedeutet, andere Leute oder Gruppen zu unterdrücken.

Wir wollen durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit auf die Bevölkerung zugehen und diese Ängste abbauen helfen.

? Was versteht Ihr unter sozialem Rassismus?

! Sozialer Rassismus ist für uns staatlicher Rassismus, der sich hinter Gesetzen versteckt. Das zeigt, daß man auch gerade behinderte AusländerInnen als "Klotz am Bein" empfindet, was durch mangelnde Integrationsangebote wieder zu weiterer Ausgrenzung durch Teile der Bevölkerung führen kann.


Foto: Kassandra Ruhm

? Spielt der körperlich e Zustand, in dem sich einE MigrantIn befindet, eine Rolle, bei der Gestaltung seines/ihres Aufenthaltstatuses?

! Die kleinste Beeinträchtigung für einE AusländerIn spielt eine drastische Rolle bei der Gestaltung seines/ihres Aufenthaltes. Je stärker jemand behindert ist, desto schwieriger ist es für ihn/sie einen Job zu finden (der dann auch noch von keinem Deutschen oder EU-Angehörigen gemacht werden will). So kann der Status nicht angehoben werden und es ist nicht möglich, Pflege und Ansprüche auf Eingliederung zu bekommen.

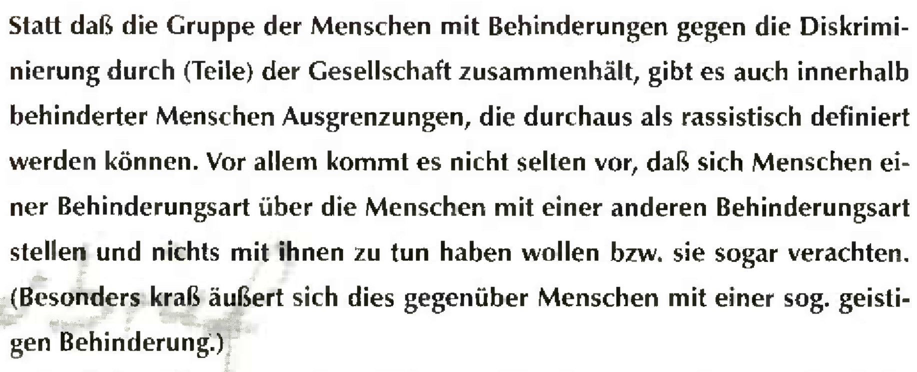
? Gibt es internationale Vereine, die sich für Menschen mit Behinderung einsetzen?

! Darüber hat **aBbA** e.V. bis heute, auch durch Nachfragen keine Reaktion oder Information bekommen. Vielleicht gibt es mehrere Vereine, die uns nicht bekannt sind.

? Setzen sich die deutschen Behindertenvereine und Selbstbestimmt-Leben-Zentren sich für ausländische Behinderte ein?

! Viele große Vereine/Verbände haben mit ehrenamtlichen Mitarbeitern gearbeitet, denen jetzt auch noch die lächerliche Aufwandsentschädigung gestrichen worden ist. **ABbA** e.V. ist alleine, denn die Institutionen sind durch die Sparmaßnahmen so betroffen, daß sie uns nicht mehr ausreichend helfen können.

Der Verein aBbA ist von Montags bis Freitags von 14 - 19 Uhr unter der Nummer 040/7681959 zu erreichen
Die Adresse ist Saling 9, 20535 Hamburg



Statt daß die Gruppe der Menschen mit Behinderungen gegen die Diskriminierung durch (Teile) der Gesellschaft zusammenhält, gibt es auch innerhalb behinderter Menschen Ausgrenzungen, die durchaus als rassistisch definiert werden können. Vor allem kommt es nicht selten vor, daß sich Menschen einer Behinderungsart über die Menschen mit einer anderen Behinderungsart stellen und nichts mit ihnen zu tun haben wollen bzw. sie sogar verachten. (Besonders kraß äußert sich dies gegenüber Menschen mit einer sog. geistigen Behinderung.)

Eigentlich wollten wir auch einen Beitrag dazu veröffentlichen, der den Rassismus in den eigenen Reihen beleuchtet und aufzeigt, wie es dazu kommt - wir fanden leider aber keine/n AutorIn.

Trotzdem fällt dieses Thema nicht ganz unter den Tisch: Uns erreichte ein Leserbrief, der sich auf den Kommentar zum Kölner Urteil in der randschau 1/98 bezieht, und unser Redaktionsteam sehr erschreckte. Diesen möchten wir an dieser Stelle als abschreckendes Beispiel veröffentlichen.

Sehr geehrter Herr Seidler,

Obwohl, oder gerade da ich selbst Tetraspastiker mit erheblicher Sprachbehinderung bin und obwohl ich, da ich noch nie an Ort und Stelle war, den verhandelten Sachverhalt nicht abschließend beurteilen kann, gebe ich im vorliegenden Fall sowohl Kläger als auch Richter recht. Ich nehme an einem Arbeitskreis, dem ein weiterer sprachbehinderter Tetraspastiker angehört, teil und erschrecke, sooft er zu sprechen beginnt, denn er tut dies in für mich unerträglicher Lautstärke. Vor Jahren frequentierte ich einen Jugendtreff. Ebenso ein weiterer sprachbehinderter Tetraspastiker. Dieser grölte, er war bei vollem Verstand, mehrmals pro Besuch und obwohl durch Mitarbeiter und Gäste mehrmals zum Einstellen aufgefordert, bis er meinte, er habe genug gegrölt, den Lola-Song, was mich beeinträchtigte, denn sein Gegröl interferierte gelegentlich mein Gespräch mit weiteren Gästen. Daneben kenne ich eine Reihe unvermittelt verbal lärmender Geistigbehinderter, liebe aber Stille, d. h., ich kann dem Kläger, einem Musiker, der unter akustischem Mißklang leiden muß, nachfühlen.

Ich finde die Empörung über dieses Urteil unserer Sache abträglich, denn sie, die Empörung, zementiert das in der Gesellschaft verbreitete Denken, man müsse Behinderte mit Samthandschuhen anfassen, dürfe sich nicht über Behinderte beklagen, denn man könnte sie damit in Depressionen stürzen, und außerdem sind Behinderte sind gut, weil Behinderte nun einmal gut sind, denn aufgrund ihres schweren Schicksals mit Begabungen, die vielen Nichtbehinderten fehlten, versehen, doch das stimmt nicht, denn erstens sind Behinderte belastbar und brechen durch bloßes Anpusten nicht gleich zusammen, zweitens wollen sich viele Nichtbehinderte an derlei Denken berauschen

(Die Welt ist schlecht, aber wir haben glücklicherweise noch eine tugendhafte Gruppe, nämlich die Behinderten),

drittens gibt es auch unter Behinderten saudummes, destruktives Pack, das eigentlich verboten gehörte und viertens verhindert dieses Denken die Normalisierung des Austausches zwischen Behinderten und Nichtbehinderten, d. h. die Ernstnahme und nicht das Zurückschrecken vor der Begegnung mit Behinderten. Darüber hinaus bin ich ohnehin geneigt, den nach dem Urteil durchs Land gegangenen Aufschrei als verdrängten NS-Komplex zu betrachten, soll sagen, in diesem Aufschrei handelt es sich, angesichts erneuter Angriffe auf eine auch im Dritten Reich angegriffene Gruppe, um einen jener Versuche, per gespielter Empörung zu demonstrieren, daß man sich mit den Ereignissen im Dritten Reich ja überhaupt nicht identifizieren könne, ohnehin völlig anders sei und sich von als Deutschem/Deutscher empfundener Schuld reinzuwaschen.

Abgesehen von diesen Betrachtungen finde ich die in Ihrem Artikel untergebrachte Abbildung, auf der ein Transparent mit den Worten: „Wir lassen uns nicht den Mund verbieten" zu sehen ist, schlicht unlauter. Das Urteil nämlich verbietet einer bestimmten Gruppe Behinderter Lärm durch Gebrüll, nicht aber allen Behinderten das Wort.

Natürlich weiß ich, das dieses Urteil Behinderten das Suchen und Finden einer Wohnung erschweren könnte, doch ich meine, wir leben in einem freien Staat, wo das Denken gestattet, die Problemlösung eine inzwischen guteingeübte Fähigkeit ist und daß infolgedessen auch für Sachverhalte wie den vorliegenden ein alle Beteiligten zufriedenstellender Kompromiß gefunden werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

CHRISTIAN HOLZ

Sorgenkinder bei öffentlicher Probe

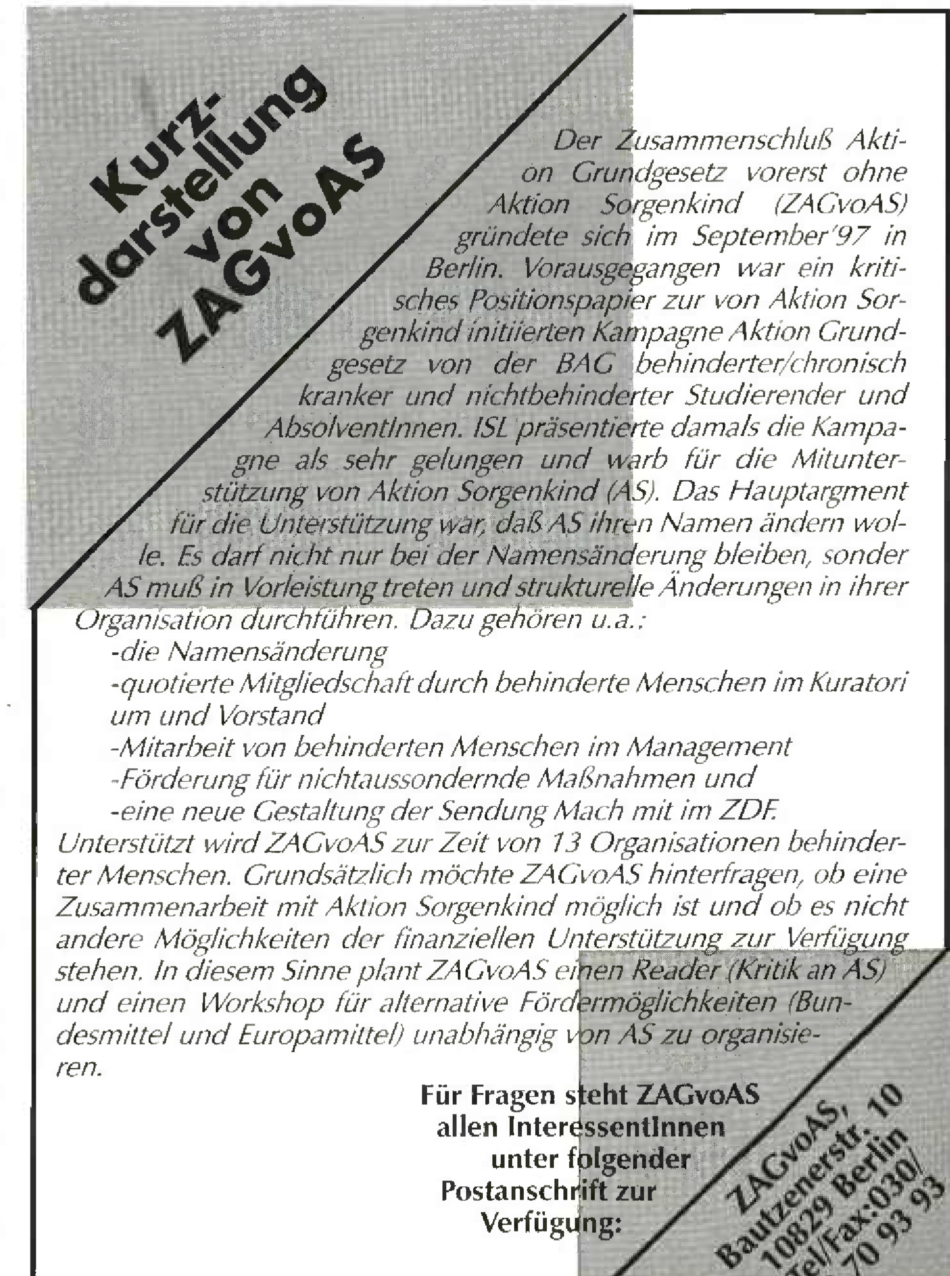
VON BERTHOLD PLEIß

Traditionell machten am 5. Mai behinderte Menschen auf gegen sie gerichtete Diskriminierungen aufmerksam und organisierten eigenständig und selbstbestimmt diesen Tag. Nach Jahren der Enthaltsamkeit übernimmt Aktion Sorgenkind federführend die Organisation.

Die seit nun mehr fast einem Jahr von Aktion Sorgenkind (AS) gesponsorte Aktion Grundgesetz nimmt für das behindertenpolitische Handeln entfremdende Formen an. Behinderte Menschen lassen sich jetzt die Form ihres Handeln von AS aufzwingen. Seit vielen Jahren organisieren und planen behinderte Menschen den europaweiten Protesttag am 5. Mai in eigener Regie. Dieser Tag steht ganz im Zeichen, auf jegliche Diskriminierungen gegen behinderte Menschen hinzuweisen. Die Aktivitäten sind so vielfältig wie es Städte und Dörfer gibt. In diesem Sinne werden Rathäuser besetzt, die nicht zugänglich sind oder Podiumsveranstaltungen z.B. zur potentiellen Antidiskriminierungsgesetzgebung angeboten und vieles mehr. In den letzten Jahren übernahm die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland (ISL) für den europaweiten Protesttag in allen Fragen der Planung, Durchführung und der bundesweiten Öffentlichkeitsarbeit die Organisation. Die Erfolgsbilanzen ließen sich anhand/-fuß von Zeitungsartikeln oder öffentlichen Protesten auf den Straßen, Plätzen oder auch vor behindertenfeindlichen Zugängen sehen. Heute wird ISL als Organisatorin des Protesttages in den Schatten von AS gedrängt, denn diese hat aus diesem Anlaß den Zeitraum 1.-10. Mai zur Aktionswoche erklärt und alle an der Aktion Grundgesetz beteiligten Organisationen gebeten, Aktivitäten nach Möglichkeit in diesen Zeitraum zu legen, schreibt „Der Kieselstein" als Mitteilungsblatt der deutschsprachigen Stotterergruppen in seiner Aprilausgabe 1998. Die Nichtbehindertenorganisation AS wird so zum einflußreichen Machtorgan über behinderte Menschen. Sie haben Geld! Was sie vortäuschen, ist der behindertenpolitische Wille von einem Leben ohne Aussonderung.

Noch 1994 zur Grundgesetzänderung von Art. 3 III „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden" sah sich AS nicht im Stande, politische Neuerungen zu verlautbaren. Die Grundgesetzergänzung ist als Teilerfolg des 5. Maies als europäischer Protesttag zu sehen, der ausschließlich von ISL vorangetrieben wurde. Trotz eingeschränkter finanzieller Mittel konnten behinderte Menschen durch ihr Engagement PolitikerInnen davon zu überzeugen, daß ein Benachteiligungsverbot Verfassungsrang haben muß. Die Verfassungsänderung ist ein großer Erfolg von KrüppelInnen aus der ganzen BRD. Dieser kleine Exkurs sollte noch mal deutlich machen, daß wir uns in den letzten Jahrzehnten eine Akzeptanz gegenüber Nichtbehinderten schwer und mit Erfolg erarbeitet haben, den wir uns von AS nicht nehmen lassen dürfen.

Aktion Sorgenkind versucht aus



Der Zusammenschluß Aktion Grundgesetz vorerst ohne Aktion Sorgenkind (ZAGvoAS) gründete sich im September'97 in Berlin. Vorausgegangen war ein kritisches Positionspapier zur von Aktion Sorgenkind initiierten Kampagne Aktion Grundgesetz von der BAG behinderter/chronisch kranker und nichtbehinderter Studierender und AbsolventInnen. ISL präsentierte damals die Kampagne als sehr gelungen und warb für die Mitunterstützung von Aktion Sorgenkind (AS). Das Hauptargment für die Unterstützung war, daß AS ihren Namen ändern wolle. Es darf nicht nur bei der Namensänderung bleiben, sonder AS muß in Vorleistung treten und strukturelle Änderungen in ihrer Organisation durchführen. Dazu gehören u.a.:

- *die Namensänderung*
- *quotierte Mitgliedschaft durch behinderte Menschen im Kuratori um und Vorstand*
- *Mitarbeit von behinderten Menschen im Management*
- *Förderung für nichtaussondernde Maßnahmen und*
- *eine neue Gestaltung der Sendung Mach mit im ZDF.*

Unterstützt wird ZAGvoAS zur Zeit von 13 Organisationen behinderter Menschen. Grundsätzlich möchte ZAGvoAS hinterfragen, ob eine Zusammenarbeit mit Aktion Sorgenkind möglich ist und ob es nicht andere Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung zur Verfügung stehen. In diesem Sinne plant ZAGvoAS einen Reader (Kritik an AS) und einen Workshop für alternative Fördermöglichkeiten (Bundesmittel und Europamittel) unabhängig von AS zu organisieren.

Für Fragen steht ZAGvoAS allen InteressentInnen unter folgender Postanschrift zur Verfügung:

ZAGvoAS, Bautzenerstr. 10
10829 Berlin
Tel/Fax:030/
78 70 93 93

Profitgier an unserem Erfolg partizipieren zu können. So war es ihnen mit einem verschwendend geringen finanziellen Aufwand möglich, flächendeckend an alle Organisationen der Behindertenhilfe und -selbsthilfe Informationsmappen mit der Aufschrift "5. Mai - Wir sind dabei" zu verschicken. AS macht Imagearbeit auf dem Rücken behinderter Menschen, um weiterhin mit modernen PR-Marketingmethoden im Lotteriegeschäft dabei zu bleiben. Für die Verbände ist in diesen Zeiten öffentlicher Sparzwänge eine finanzielle Unterstützung von z.B. 10.000,- DM für eine Veranstaltung im Rahmen der Aktion Grundgesetz viel Geld, welches ISL nicht bereitstellen kann. AS kann den Betrag aus der Kaffeekasse bezahlen. So konnten die Organisationen für den die Protestwoche mit einer maximalen Zuschußhöhe von 3.500,- DM für eine Veranstaltung gefördert werden. Oben drauf gab es noch mal 500,- DM für eine Pressekonferenz. Das Geld sollte es nicht bedingungslos geben. Der/die AntragstellerIn mußte als Gegenleistung einen zahlenmäßigen Nachweis und einen Sachbericht bis Ende Juni einreichen. Selbst über die Plakatierung machte Aktion Sorgenkind Vorschriften, denn es hieß in der zu unterschreibenden Erklärung im Antragsformular, "daß das Aktion-Grundgesetz-Logo gleichrangig neben dem Signum des Veranstalters stehen und die neongrüne Kampagne-Farbe Verwendung finden müßte." Durch die Verwendung des Aktion-Grundgesetz-Logos, das dem Aktion-Sorgenkind-Logo sehr ähnelt, wird beim potentiellen Besucher einer Veranstaltung oder dem/der zufällig bei einer Protestaktion vorbeigehenden SchaulustigeN der Eindruck hinterlassen, daß es sich hier um eine Veranstaltung der AS handele. Dieser Effekt ist so gewollt. Eine kleine, nicht repräsentative Umfrage bestätigte mir dieses Bild. Behinderte Menschen machten sich auf diese Weise zu "Sorgenkindern", obwohl die Aktionen und Veranstaltungen genau das Gegenteil bezwecken sollten. AS wirbt mit dieser Art der Vermarktung für ihre Lotterie. Da aber davon auszugehen ist, daß der/die potentielle Loskunde/in das Los für einen "guten Zweck" kauft, steht die 5. Maikampagne diametral dem Selbstverständnis behinderter Menschen gegenüber. Denn behinderte Menschen setzen sich für ein Leben ohne Aussonderung ein. Der Berliner Protesttag fand bewußt unabhängig vom AS-Sponsoring statt. Die PR-Arbeit durch AS für den 5. Mai hatte keine Auswirkungen auf die regionalen Presseberichte. In Berlin zum Beispiel ist die Resonanz der Presse wie in den vergangenen Jahren verlaufen. Trotz dieser Erkenntnis protzte der stellvertretende Geschäftsführer und Marketingleiter Mittler mit einem Stapel Zeitungsausschnitte auf einem Workshop zur Förderpolitik und gab das als den Erfolg der guten Öffentlichkeitsarbeit von AS aus.

Eingeladen hatte zu dem Workshop "Förderphilosophie und -praxis der Aktion Sorgenkind und der Aktion



Foto: Rebecca Maskos

Grundgesetz" in Kassel am 16. Juni 1998 die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde der ca. 20 erschienen TeilnehmerInnen, beschreiben Pfeifer (Förderpolitik) und Mittler (Marketing), warum es gut sei, mit Aktion Sorgenkind zusammen zu arbeiten. Sie fragten auch nach den Förderwünschen der TeilnehmerInnen. Ein Antrag, nach dem die Förderwünsche im internen Kreis (ohne das Beisein der AS-VertreterInnen) vordiskutiert werden sollten, wurde mit großer Mehrheit (eine Stimme für diesen Antrag) abgelehnt. Ich kann über den Verlauf dieser Abstimmung nur mutmaßen, aber könnte dieses Ergebnis nicht schon ein Abhängigkeitsverhältnis von AS bedeuten? Wir müssen aufpassen, daß Nichtbehindertenorganisationen wie AS sich nicht auf dem Rücken von der starken Krüppelbewegung profilieren!

Nicht nur durch Infomappen wurde auf den 5. Mai durch AS hingewiesen, sondern auch durch ganzseitige Werbeanzeigen in einigen großen Zeitungen. In der Welt am Sonntag vom 3.5.98 im Sportteil veröffentlichte AS unter der Überschrift "ART. 3 ABS: 3 GG: ÜBEN! ÜBEN! ÜBEN!" ganzseitig ihre Werbeanzeige der Aktion Grundgesetz. Auf der linken Zeitungshälfte wird unter der Überschrift "Sorgenkinder bei öffentlicher Probe" über die Sorgenkinder der Tour-De-France berichtet. AS sollte demnächst ÜBEN! ÜBEN! ÜBEN!, bevor sie noch mal neben behindertenunfreundlichen Artikeln ihre Anzeige setzen. Das Sorgenkindimage wird sicherlich auch nicht mit der im Dezember '98 in Aussicht gestellten Namensänderung verändert werden, denn das Logo wird wahrscheinlich erhalten bleiben und in dem "O" von „Aktion" wird der neue Name stehen. Das Logo wird einen Zusatz bekommen, in dem dann sicherlich der Name Sorgenkind Erwähnung findet.

Und zum Schluß noch ein kleiner Schwenk zu den Sorgenkindern. In einer schleswig-holsteinischen Tageszeitung war im März '98 über eine Heilpädagogische Tagesstätte folgender Satz zu lesen: "Für die Eltern ist die Betreuung der Sorgenkinder unentgeldlich." Oder auch Die Zeit vom 26.3.98 berichtet im Zusammenhang über eine nicht zu pachtende Immobilie: "Daß sich die Immobilientochter der Deutschen Telekom trotzdem schwertut, ihr hoch aufgeschossenes Sorgenkind an den Mann zu bringen, betrübt deren Pressesprecher". Diese wild aus der Medienwelt herausgegriffenen Zitate zeigen, daß der Begriff Sorgenkind als Negativimage in den Köpfen der Deutschen verankert ist, auch wenn AS auf ihrem Workshop zur Namensänderung im Dezember '97 das Gegenteil beweisen wollte. Es wird Zeit, daß AS nicht zum Fürsprecher der Selbstbestimmt-leben-Bewegung aus den eigenen Reihen erhoben wird.

Gewalt gegen Frauen Lesben Mädchen mit Behinderung



Leserinbrief

VON MICHAELA BRÜCKNER

VERANTWORTLICH

Heike Lennartz
Foorthkamp 53 F,
22419 Hamburg
Tel./Fax: 040/520 98 28

VERANTWORTLICH

Wir wollen in der neuen randschau ein stärkeres Gewicht auf die Interessen und die Situation von Mädchen/Frauen/Lesben mit Behinderung legen. Deshalb werden wir ab sofort in möglichst jeder Ausgabe einen Artikel bringen, in dem auf die besondere Gefährdung dieser durch (meist männliche) Gewalt eingegangen wird. Gewalt ist für viele Mädchen/Frauen/Lesben mit Behindeung Alltag, sie müssen damit leben, daß immer wieder ihre Grenzen überschritten werden. Deshalb ist es uns wichtig, dieses Thema nicht nur ab und zu in einem Frauenschwerpunkt abzuhandeln, sondern es ständig präsent zu halten, um so auf die besondere Betroffenheit der Mädchen/Frauen/Lesben mit Behinderung einzugehen.

Liebes Redaktionsteam,

ganz herzlichen Dank für den Artikel "Amelotatismus" von Heike Lennartz im Heft 2/98! Ihr glaubt ja gar nicht, wie gut mir dieser Artikel getan hat.

Da ich eine Frau bin, die mit dem Phänomen Amelotatismus schon öfters auf äußerst unliebsame Weise konfrontiert wurde - als oberschenkelamputierte Frau gehöre ich ja zu den Lieblingsobjekten dieser Perversen! - habe ich selber schon versucht, Aufklärungs- und "Präventions"arbeit zu leisten, bin bisher damit aber kläglich gescheitert.

Als Gunther Berlitz in der Zeitschrift "handyCAP" damals einen Artikel zu besagter Thematik ankündigte, habe ich mich mit ihm in Verbindung gesetzt. Leider hat mein Brief nichts daran ändern können, daß der Artikel von Berlitz äußerst moderat ausfiel - sogar die Amelos erwähnen ihn lobend...! -, und Berlitz in seiner Zeitschrift weiterhin Kontaktanzeigen von Amelos veröffentlicht.

Als nächstes schrieb ich dann einen Artikel in der "mittendrin", der Zeitschrift des "Netzwerkes von Frauen und Mädchen mit Behinderungen in NRW" Dieser Artikel führte zum Eklat mit den Netzwerkfrauen, da sie sich gegen mich stellten und es für wichtiger hielten/halten eine Frau zu unterstützen, die eine Partnerargentur für behinderte Menschen betreibt und wissentlich und bewußt auf Anfragen von Amelos antwortet und körperbehinderte Frauen an sie vermittelt - oder es zumindest versucht.

Und da sind wir auch schon bei dem wunden Punkt meiner bisherigen Erfahrungen, was die Aufklärungsarbeit, das Thema Amelotatismus betreffend, angeht: Die größten Schwierigkeiten und Anfeindungen gegen mich kamen von behinderten Frauen!!! Ich muß sagen, daß ich mit dieser Tatsache nur sehr schwer umgehen kann, mich deswegen derzeit ziemlich zurückgezogen habe. Ich kann das einfach nicht verstehen! (Wirklich positive Unterstützung habe ich eigentlich nur von meinen nichtbehinderten Freunden und Freundinnen erhalten...)

Ein großer Teil der veröffentlichten Leserbriefe zu meinem Artikel - von behinderten Frauen geschrieben! - hat ja auch den Tenor: Laß' die armen Amelos in Ruhe; es ist doch gut, daß es sie gibt.) Diese Einstellung kann /will und muß ich allerdings weder verstehen noch teilen!

In dem Heft "mittendrin", in dem mein Artikel veröffentlicht wurde, habe ich auch eine Arbeitsgruppe zu dem Thema: "Gelebte Sexualität/Begegnungen mit Amelotatisten" angeboten, aber angeblich gab es nicht eine einzige Nachfrage bzw. Anfrage zu dieser Arbeitsgruppe. Falls das stimmen sollte,erhebt sich ja nun die Frage, ob ich evtl. die einzige Frau bin, die darunter leidet, wie ein Objekt behandelt zu werden? 'Kann ich mir eigentlich nicht vorstellen, aber wo sind denn all' die anderen Frauen, die auch negative Erfahrungen mit Amelos gemacht haben?

Broschüre geplant: „Auseinandersetzung von FrauenLesben über Assistenz"

AUFRUF VON 'LUMINA'

Eine Diskussionsbeiträgesammlung zum Thema: „Auseinandersetzung von FrauenLesben über Assistenz" ist schon lange überfällig, finden wir. Deshalb machen wir jetzt den Schritt zu dieser öffentlichen Ankündigung und Aufforderung, Euch an dieser Broschüre zu beteiligen, um Ende des Jahres eine Diskussionsbeiträgesammlung zu dem Thema herauszubringen. Wir, die diese Diskussionssammlung initiieren, sind zwei weiße, deutsche Lesben mit linken und feministischen Positionen, ohne und mit nicht sichtbaren Einschränkungen. Seit einigen Jahren führen wir immer wieder Auseinandersetzungen über das Thema „Assistenz" Wir ergreifen diese Iniative, weil wir eine Geschichte mit dem Thema haben, als Freundin, als professionelle Assistentin, selten als eine die Pflege braucht, aber auch mit dem Wissen darum, daß wir jederzeit in die Rolle der Hilfenehmenden kommen können.

Unzufrieden sind wir mit den bisherigen Diskussionen, finden, daß einige Fragen immer wieder rausfallen, zu wenig Platz ist, die verschiedenen Erfahrungen und Positionen auszutauschen. Wir wollen mit anderen FrauenLesben den bisherigen Umgang miteinander reflektieren und einen Platz geben, um über Hemmschwellen, Ängste und auch persönliche Erfahrungen zu schreiben. Wir wünschen uns, daß sich daraus vorwärtsbringende Denkanstöße und Handlungsweisen entwickeln.

Wir beziehen uns in der Diskussionsbeiträgesammlung ausschließlich auf Assistenz zwischen FrauenLesben, weil das unser Zusammenhang ist.

Wenn du Interesse hast etwas dazu zu schreiben, dichten, malen, auf Kassette etwas sprechen, oder oder oder, dann schick uns deinen Beitrag an untenstehende Adresse. Keine Angst, der Briefkasten ist groß genug für die hoffentlich zahlreichen Einsendungen.

Wir möchten dich noch bitten, daß du bei umstrittenen oder leicht mißverständlichen Begriffen schreibst warum du sie benutzt. Auch fänden wir es gut, wenn du schreibst aus welchem Lebensalltag du deinem Beitrag geschrieben hast. Wir wünschen uns Beiträge unterschiedlichster Art.

ADRESSE:
KRAUT UND RÜBEN
„LUMINA"
ORANIENSTR. 15
10999 BERLIN

Schwerpunkte, Diskussionsanregungen können sein:

- *Was ist Assistenz?*
- *Wie war das zum ersten Mal Assistenz zu machen?*
- *Was macht das mit einer auf Assistenz angewiesen zu sein?*
- *Wie kann Assistenz aussehen? Was macht Frau da?*
- *Warum entscheidet sich eine dagegen Assistenz zu machen?*
- *Sexualität und Behinderung.*
- *Wo kann es zu Grenzüberschreitungen kommen?*
- *Sind Assistenzsituationen per se Grenzüberschreitungen? Welchen Umgang damit kann es geben?*
- *Reflektierung wie Assistenzen bisher z.B. auf Lesbenfrühlings gelaufen sind?*
- *Assistenz in Liebesbeziehungen*
- *Gewalt in der Pflege.*
- *Welche „Ängste", „Vorstellungen" habe ich davor mal auf Assistenz angewiesen zu sein?*
- *Welche „Hemmschwellen" gibt es bei der Überlegung Assistenz zu machen?*
- *Wie wirkt sich äußerer Druck (z.B. Geldkürzungen im Gesundheitsbereich) auf die „Beziehung" von Assistenzgebenden und Assistenznehmenden aus?*

O.K wir hoffen, daß wir euch einige Anregungen geben konnten und das Ihr jetzt ganz viele Ideen und Gedanken habt.





Julia - Die Macht des Wunderheilers

Kinderbuch von Barbara Büchner
Verlag St. Gabriel, 1996

VON HEIDI KAHLE, HANNOVER

Julia ist ein etwa vierzehnjähriges schwerhöriges Mädchen, das seit dem Tod des Vaters und dem Fortgang der Mutter zufrieden bei ihrem Großvater lebt. In der Schule ist sie zwar keine große Leuchte, aber die handwerkliche Arbeit mit Holz geht ihr leicht und geschickt von der Hand. Am liebsten schleift, bohrt schnitzt, poliert und sägt sie in Großvaters Werkstatt. Oder sie unterhält sich mit Herrn Wallenberg, ihrem besten Freund. Er sitzt seit einem schweren Autounfall in einem elektrischen Rollstuhl. Seit geraumer Zeit mehren sich die Anzeichen eines heraufziehenden Unwetters.

Aber Julia fühlt noch eine andere Katastrophe heraufziehen. Arno Surbach, zu dessen Mitarbeiterstab der neue Mann ihrer Mutter gehört, der großartige Wunderheiler, der Lahme wieder laufen läßt, Blinden das Augenlicht wieder bringt und nun ihr wieder ein neues Gehör schenken sollte, kommt in die Stadt. Dabei konnte sie hören. Wenn die Menschen nur etwas lauter und langsamer sprachen, verstand sie fast alles. Gut, manchmal fühlte sie sich schon außen vor, wenn sie in der Schule nicht alles gleich verstand, worüber sich die Mitschüler unterhielten. Wenn sie die Hörgeräte einsetzte, dann hörte sie den Krach der ganzen Welt um sie herum und der störte sie gewaltig.

Als sie nach Hause kommt, ist die Mutter bereits eingetroffen und sie hört den Großvater sagen: „...weil du dich für die Kleine schämst. Deshalb soll sie geheilt werden, oder? Damit du dich wieder mit ihr blicken lassen kannst! Ein schwerhöriges Kind ist nicht gut genug für dich und dein frommes Pack!" Genau das ist der Punkt. Julia soll passend gemacht werden. Passend für die Bedürfnisse der Mutter. Dazu ist ihr jedes Mittel recht. Als Julia sich weigert von dem „großen Mann Gottes" geheilt zu werden, wird sie kurzerhand im Hotel eingeschlossen. Es gelingt ihr aber, sich zu befreien. Nun durchschaut sie die Machenschaften des „großartigen" Wunderheilers.

Warum sollte Julia wieder zu der Frau zurück, deren Ansprüchen sie gar nicht gerecht werden wollte. War das nicht schon allein ein Grund, schwerhörig zu bleiben?

Fazit: Julia wehrt sich erfolgreich gegen die ihr aufgezwungene Anpassung, die nicht das mindeste mit Integration zu tun hat.

RICHTIGSTELLUNG

Netzwerk behinderter und chronisch kranker Schwuler

In der letzten Ausgabe (queer: Lesbisch/Schwules Leben) brachte die randschau auf S. 34 ff. das "Konzept der Arbeit mit Behinderten und chronisch Kranken in der Schwulenberatung Berlin und *Kursiv* e.V.". Durch ein Versehen geriet eine veraltete Version des Textes in Druck, die ich so nicht veröffentlicht wissen wollte. Es scheint mir zu umständlich die inhaltlichen Änderungen hier aufzulisten. Daher bitte ich interessierte Leserinnen und Leser, die korrigierte Fassung kostenlos bei mir anzufordern. Da in der Adressenliste der letzten Ausgabe Faxnummer und Telefonberatungszeit fehlten, hier die vollständigen Angaben:

Netzwerk behinderter und chronisch kranker Schwuler c/o Hans-Hellmut Schulte
Schwulenberatung Mommsenstr. 45 10629 Berlin
Fax: 030/32 70 30 41
Telefon: 030/19446
Telefonberatung für behinderte und chronisch kranke Schwule:
mittwochs 18 Uhr - 20 Uhr

DATES

SEPTEMBER

Essen: Unter dem Titel „Euthanasie gestern, Sterbehilfe heute?“ veranstaltet die VHS Essen 10 Abende. Den Anfang macht Dr. Volker van der Locht am 7.9. um 20 Uhr 10. Nähere Infos bei der Volkshochschule Essen, Hallestr.75 in Essen.

Melsungen: Das bundesweite Forum der Krüppel- und Behinderteninititativen findet vom 11. - 13.9. in der JH Melsungen statt. Schwerpunktthema ist „Höher, schneller, weiter - Möglichkeiten und Gefahren neuer Technologien“. Anmeldung und Info bei: Ulrike Rieß, zum Knick 19, 29439 Lüchow, OT Grabow, Tel./Fax: 05864/416

Reinhausen/Göttingen: Über Psychosoziale Beratung und Unterstützungsangebote im Zusammenhang mit Pränataldiagnostik informiert Cara e.V. aus Bremen auf einer Tagung vom 16. bis 18.9. im Freien Tagungshaus Waldschlößchen, 37130 Reinhausen/Göttingen, Tel. 05592/382

Frankfurt: Einen Selbstbehauptungs- und Verteidigungskurs für behinderte Kids im Alter von 12 bis 17 Jahren bieten Barbara Schaller-Knob und Andrea Rüb am 19. und 20 September in Frankfurt am Main an. Veranstaltungsort ist die Heinrich-Steul-Schule in Frankfurt (Nebeneingang Eschersheimer Ldstr. 326.) Dort findet außerdem am 26. und 27. September ein Feldenkrais-Kurs für Behinderte mit der Dozentin Annette Seliger statt. Anmeldung für beide Veranstaltungen unter der Tel./Fax-Nr.: 069-597 13 61 bei Andrea Rüb.





OKTOBER

Stuttgart: Am 1. Oktober findet im Wissenschaftsausschuß des Landtags Baden-Württemberg um 13.00 Uhr eine öffentliche Anhörung zur geplanten Bioethikkonvention (mit anschließender öffentlicher Beratung) statt.

Melsungen: Zum zweiten Mal in diesem Jahr treffen sich die Frauen und Lesben des Forums der KrüppelInnen- und Behinderteninitiativen zum bundesweiten Krüppel-Frauen/Lesbentreffen vom 1. bis 4.10. Das Schwerpunktthema ist Sexualität bzw. Körperwahrnehmung, wozu auch eine Referentin eingeladen wird. Mehr Infos und Anmeldung bei: Ulrike Rieß, Zum Kick 19, 29439 Lüchow, OT Grabow; Tel./Fax:05864/416

Bad Boll: Unter dem Titel „Der vermessene Mensch - Vom Wert des Lebens“ veranstaltet die Evangelische Akademie vom 2. bis 4. 10. eine Tagung zu ethischen Konflikten und Entscheidungen in Medizin und Diakonie. Info: Evangelische Akademie, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll; Tel.:07164-79-0, Fax:07164-79440

Köln: Das Ökobildungswerk Köln lädt zur Veranstaltung „Körper nach Maß? Wissenschaft und Politik mit dem Körper“ vom 19. bis 23. 10. ReferentInnen sind Ulla Theißling, Erika Feyerabend und Sylvia Wiegers. (Bildungsurlaub der Heinrich-Böll-Stiftung NRW). Die Teilnahmegbühr beträgt 390 Mark. Mehr Infos beim Ökobildungswerk Köln, Herwarthstr.22, Köln (Seminar-Nr. 4301-98)

Frankfurt/M.: Zum ersten Mal in Frankfurt und nicht mehr in Karlsruhe findet vom 21. bis 24.10 die zweijährlich veranstaltete Rehab, Internationale Fachmesse für Pflege, Rehabilitation und Integration, statt. Es gibt folgende Infoadresse: Messe Frankfurt GmbH, Wolfgang A. Messerle, Tel.: 069/7575-6341; Fax:069/7575-6607

Vöhl/Edersee: Der Bundesverband Kleinwüchsige Menschen und ihre Familien e.V. lädt vom 21. bis 25. Oktober zum Seminar „Mein Leben als kleinwüchsige Frau/ kleinwüchsiger Mann“ nach Vöhl am Edersee. Anmeldeschluß ist der 30.9.; der Teilnahmebetrag beträgt 100 Mark. Das Haus ist nicht rollstuhlgerecht. Anmeldung und Info bei Doris Michel, 04163/3460 oder beim BKMF, Westerstr.98-104, 28199 Bremen; Tel.: 0421/502122, Fax:0421/505752, e-mail: BKMF.Bremen@t-online.de

VERANTWORTLICH
Rebecca Maskos,
Wangeroogerstr. 3
27755 Delmenhorst
Tel. 030/78703386
oder per Fax: 030/78703389
VERANTWORTLICH

Köln: Ihre Kunst und Kultur und Informationen über technische und kommunikative Möglichkeiten, Freizeit- und Bildungsangebote stellen die Gehörlosen der Stadt Köln auf dem „Gehörlosen-Kulturforum 1998“ am 24.10. von 10 bis 22 Uhr vor. Ort des Geschehens ist das VHS-Forum am Neumarkt, Josef-Haubricht-Hof. Der Eintritt ist frei.

Duisburg: Zu einem Studientag treffen sich die KritikerInnen der Atom- und Biotechnologie am 31 10. im Calvin Haus Am Burgacker. Nähere Infos erteilt das Sekretariat der Solidarischen Kirche im Rheinland, Ravensberger Str.128, 42117 Wuppertal; Tel.:0202/242211, Fax:0202/2422112

Dortmund: In Zusammenarbeit mit der Geschichtswerkstatt Dortmund lädt das Archiv zur Behindertenbewegung am 31.10. zu einem Lese- und Theaterabend mit der hörbehinderten Autorin Gerda Baade, die aus ihrem neuen Buch „Drum möcht' ich Euch bitten“ eine Auswahl Gedichte und ein eigenes Theaterstück vorstellt. Infos: Archiv zur Sozialgeschichte der Behindertenbewegung, Wellinghofer Str. 44, 44263 Dortmund (Hörde), Tel.:0231/412242; Fax:0231/417312

WIEDERKEHRENDE VERANSTALTUNGEN

Bonn/Dresden/München/Vevey: Noch bis zum 10.1. sind unter dem Oberthema „Gen-Welten“ in verschiedenen Museen Austellungen zu sehen: In Bonn („Prometheus im Labor?“) in der Kunst- und Ausstelungshalle der BR Deutschland, Friedrich-Ebert-Allee 4, Tel.: 0228/9171200, in Dresden („Werkstatt Mensch?“) im Deutschen Hygiene-Museum, Lingnerplatz 1, Tel.:0351/4846670, in München („Vom Griff nach dem ABC des Lebens“) im Museum Mensch und Natur im Schloß Nymphen-

burg, Tel.:089/171382 und in der Schweiz in Vevey („L'alimentation au fil du gène") im Musée de l'alimentation quasi Perdonet in der Rue du Léman in CH-1800 Vevey, Tel.: 0041/21/9244111

Braunschweig: Der Arbeitskreis Bioethik trifft sich in der nächsten Zeit am 8. und 22. 9. um 20 Uhr im Kulturzentrum Brunsviga, Karlstr. 35 (Raum im 2.Stock). Nähere Infos bei Angelika Wessel, Weddenkorpsweg 4, 38118 Braunschweig, Tel./Fax: 0531/506515

Köln: In ihrem Herbst-Programm vom September bis Dezember bietet die VHS Köln zahlreiche Veranstaltungen rund um's Thema Leben mit Behinderung an. Diese sind in einer Broschüre „Themenkreis Behinderung" zusammengestellt, die bei der VHS angefordert werden kann. Die Veranstaltungen sind in die Themenbereiche „Arbeit und Beruf", „Psychiatrie", „Politik, Gesellschaft, Recht", „Elternseminare", „Selbsthilfe, Selbstbestimmung", „Bewegung, Entspannung", „Kunst, Kultur, Kreativität" und andere gegliedert. Es werden mehrere Gesprächskreise angeboten, z.B.



„Mit Behinderung leben" (ab. 22. 10.), „Arbeitskreis Behinderte und Nichtbehinderte" (ab 8.9.), „Arbeitskreis Behindertenpolitik" (ab 11.9.), „Gesprächskreis für Gehörlose über Gesellschaft und Politik" oder „Gehörlos - hörend: Einander kennen- und verstehenlernen" (beide ab 16.9.) Bei vielen Veranstaltungen ist die Teilnahme von Gehörlosen möglich und willkommen, allgemein können zusätzlich benötigte Hilfen organisiert werden. Weitere Infos und die Broschüre gibt es bei: Marita Reinecke, VHS-Studienhaus am Neumarkt, Tel.: 0221/221-2486; Fax:0221/221-4221; e-mail Marita.Reinecke@x400.VHS.Koeln.lion.de

Frankfurt/M.: Der CeBeeF (Club Behinderter und ihrer Freunde) und Pro Familia Frankfurt bieten ab Mittwoch den 9.9. bis zum 28.10 eine Beratung für Frauen mit Behinderungen zum Thema Sexualität an. Interessierte Frauen können sich unter der Anleitung von Andrea Plumpe, CeBeeF-Mitarbeiterin und selbst behindert, zum Erfahrungsaustausch in einer Gesprächsgruppe in den Räumen von Pro Familia zusammenfinden. Gleichzeitig besteht jeden Mittwoch von 14 bis 16 Uhr die Möglichkeit, (nach vorheriger Vereinbarung) eine ärztliche Sprechstunde und gynäkologische Untersuchung für Frauen mit körperlichen Behinderungen zu nutzen. Ansprechpartnerin hierzu ist Dr. Maria Hettenkofer, Tel.:069/599286. Die Gesprächsgruppe findet Mittwochs von 19 bis 20 Uhr 30 bei Pro Familia, Auf der Körnerwiese 5, in 60322 Frankfurt, statt. Anmeldung und Info hierzu beim CeeBeeF, Andrea Plumpe, Tel.:069/970522, Fax:069/702577 tgl. von 10 bis 14 Uhr.



Frankfurt: Offene Treffen für Contactimprovisation finden einmal monatlich immer samstags von 14 bis 17 Uhr in Frankfurt am Main in der Heinrich-Steul-Schule (Nebeneingang Eschersheimer Ldstr. 326) statt. Die nächsten Termin ist der 12. 9. Info und Anmeldung bei: Andrea Rüb, Tel./Fax: 069-597 13 61

REGELMÄSSIG:

Bremen: „Die Hexenhände", Gehörlosen-Frauen-Lesben-Gruppe in Bremen, trifft sich an jedem zweiten Sonntag im Monat ab 11 Uhr zum Frühstükken im Bürgerhaus Weserterassen und jeden zweiten Freitag ab 20 Uhr in einer Kneipe. Jede, die Gebärden kann oder lernt, ist willkommen. Ort bitte erfragen. Kontakt: Tanja Muster, Fax: 0421/8728154 oder Chris, Fax:0421/371490

Hamburg: KrüppelInnenstammtisch, jeden dritten Mittwoch im Monat, auch für nichtbehinderte MitstreiterInnen, ab 19 Uhr im Palé, Sternstr.2 (Nähe U-Bahnhof Feldstr.).

Hamburg: AG Gewalt des Hamburger Netzwerkes für Mädchen und Frauen mit Behinderung, jeden vierten Mittwoch im Monat in den Räumen von Autonom Leben, Langenfelder Str.35, 22769 Hamburg

Hamburg:Gebärdenstammtisch, jeden Donnerstag im Woodpecker, (rollstuhlunzugänglich!!), Max-Brauer-Allee 86, 22765 Hamburg.

Kassel: Offener Stammtisch für Frauen mit Behinderungen. Jeden zweiten Freitag im Monat im Fernando Poo, Friedrich-Ebert-Str.78, Info: Ingrid Schopmans, hess. Koordinationsbüro für behinderte Fauen, T. 0651/7288522, Jordanstr.5, 34117 Kassel.

Köln: Der Gebärdenstammtisch im Cotta's ist nicht nur für Gehörlose und GebärdensprachkursteilnehmerInnen, sondern auch für Interessierte und Ungeübte offen. Treffen ist jeden Montag ab 19 Uhr, im „Cotta's", Dürener Str. 87.

Mainz: KOBRA (Koordinations- und Beratungsstelle für behinderte Frauen in Rheinland-Pfalz) startet demnächst einen offenen Stammtisch für Frauen/Lesben mit Behinderungen, jeden 4. Montag im Monat. Eine barrierefreie Kneipe wird noch gesucht... Infos über KOBRA, Tel.: 06131/618671, Fax:06131/618672

Suhl: „frau anders um 5", offener Stammtisch für Frauen mit Behinderungen. Jeden zweiten und vierten Mittwoch um 17 Uhr im Frauenzentrum, Schleusinger Str.45, 98527 Suhl. Infos gibt es bei der Kontakt- und Beratungsstelle für behinderte Frauen „frau anders", Schleusingerstr.45, 98527 Suhl T. 03681/309370, Fax: 03681/309380

Berlin: Treffen von Integral, Begegnungszentrum für Menschen mit und ohne Behinderungen: Jeden 3. Montag im Monat, 14-16 Uhr: Blinde und Sehbehinderte, jeden 2., 2. u.4. Dienstag im Monat ab 20 Uhr: StottererInnen, jeden 3. Mittwoch im Monat ab 16 Uhr 30: Hörbehinderte.

DATES

für (Dez.)/Jan./Febr./März bis zum **15. Nov.** an Rebecca Maskos
Bitte gebt immer die Telefon- und die **Faxnummer** an!!!

Nachruf: Wolfgang Uhl

An die Freunde und Freundinnen
aus der Selbstbestimmt-Leben Bewegung
ISL-Verteiler

15.04.98

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir müssen Euch etwas Trauriges mitteilen. Wolfgang ist am 15.04.98 in den frühen Morgenstunden ganz plötzlich gestorben. Am Samstag, den 18. April, wäre Wolfgang 39 Jahre alt geworden. Sein Tod kommt für uns ganz überraschend, auch wenn ihn der Gedanke, früh zu sterben, in seinem Leben begleitet hat.

Ohne Wolfgang wäre das ZSL e.V. nicht das, was es heute ist. Seine Ideen, sein Mut und sein Kampfgeist haben uns alle angespornt und gestärkt. So konnten wir die Selbstbestimmt-Leben-Idee durchsetzen, weitergeben und Dinge erreichen, die wir vor 10 Jahren noch nicht für möglich gehalten hätten.

Wolfgang war Ideenlieferant und Mitbegründer der Studenteninitiative Behinderter e.V., des ZSL e.V., der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V., des Bildungs- und Forschungsinstitutes zum Selbstbestimmten Leben Behinderter e.V. und des überregionalen Arbeitskreises für Heim- und Langzeitbeatmete.

Zusammen mit Wolfgang entwickelten wir ein Ausbildungskonzept für behinderte Beraterinnen und Berater, damit wir in den Zentren für Selbstbestimmtes Leben Behinderter professionelle Beratung nach dem Prinzip des Peer Counseling anbieten können.

Die Verwirklichung eines Selbstbestimmten Lebens für behinderte Menschen, insbesondere auf Beatmung angewiesene Behinderte, lag ihm besonders am Herzen. Sein letztes großes Projekt war der Aufbau eines überregionalen Beratungs- und Assistenzdienstes für atembehinderte Menschen.

Wir werden Wolfgang, seinen Witz, seinen Dickkopf und seine Fähigkeiten sehr vermissen und versuchen, seine Arbeit fortzusetzen und unsere gemeinsamen Ziele weiter zu verfolgen.

Für das ZSL e.V. grüßt Euch herzlich
Dinah Radtke


Hg.: 'krüppeltopia' e.V. - Postfach 10 23 66 - 34023 Kassel
Postvertriebsstück - Entgelt bezahlt

randschau Abo??

Tomaten

Ja Ja Ja Ja!

Ja Ja!!!

Abo Schnipsel

Ja Ich will 'die randschau' abonnieren und zwar in ihrer gedruckten, aufgelesenen oder digitalisierten Fassung. Die Abo-Bedingungen sind denkbar einfach: Gezahlt wird für 4 Ausgaben im voraus (Erscheinungsweise vierteljährlich) durch Überweisung auf das Konto von 'krüppeltopia' e.V. bzw. durch Übersendung eines Verrechnungsschecks oder Bargeld. Nach Ablauf der 4 Hefte (bzw. Cassetten bzw. Disketten) gibt es eine Rechnung für die 4 folgenden Exemplare.

Mit den Abobedingungen erkläre ich mich einverstanden

DATUM / UNTERSCHRIFT

Ich will — *das Abo* ***als Heft für 25,00 DM (Ausland 35,00 DM)***
das Cassetten-Abo ***für 30,00 DM (Heft & Cass. 40,00 DM)***
'die randschau' auf Diskette ***(Nur Text/ASCII) 30,00 DM***

Den Abobeitrag von DM habe ich überwiesen auf das Konto 1009 424 bei der Kasseler Sparkasse (BLZ: 520 503 53) - 'krüppeltopia' e.V. oder in Scheinen / als Scheck beigelegt.

NAME
VORNAME
STRASSE
PLZ
ORT
TEL./FAX

NEU!! NEU!! NEU!! NEU!!

Ausschneiden, eintüten, frankieren und senden an:

randschau-Abo • c/o Martin Seidler • Memelweg 17 • 53119 Bonn